Polizeistaat Bayern Bericht Seite 6

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 12 vom 20. März 1981 15. Jahrgang 1 DM



10000 demonstrierten in Frankfurt gegen die faschistische Junta in der Türkei und die Bonner Türkei-Hilfe. Unsere Partei hatte mit zu der Aktion aufgerufen. Erst kurz vor Demonstrationsbeginn wurde das Verbot des Umzuges wieder aufgehoben. Polizeihundertschaften mit Wasserwerfern drängten sich in die Reihen der Demonstranten. Die Einschüchterungsversuche blieben ohne Wirkung, Provokationen scheiterten an der Disziplin der Demonstranten. Auf der Abschlußkundgebung wurde die Regierungspolitik und das skandalöse Verhalten der Bonner „Untersuchungskommission" in Ankara scharf verurteilt. (Berichte Seite 9.)

Die Pläne der CSU:

Mit Schußwaffen gegen Demonstranten

Organisieren wir den Widerstand!

MÜNCHEN. — „Es kann Situationen geben, in denen der Schußwaffengebrauch zur Diskussion stehen muß!" — mit diesen Worten kündigte der bayrische Innenminister Gerold Tandler am 11. März an, daß zukünftig bei Demonstrationen gegen die Wohnungsnot und andere Mißstände auch Tote einkalkuliert werden. Als sofortige Verschärfung der Polizeibewaffnung ordnete Tandler die Einführung von Hartgummigeschossen, eine höhere Giftkonzentration beim Einsatz von Gaskampfstoffen und die Beimischung von gesundheitsschädlichen Chemikalien in die Tanks der Wasserwerfer an.

Darüberhinaus forderte Tandler dasselbe von der Polizei in anderen Bundesländern. Bayrische Polizei werde jedenfalls nur noch dann Amtshilfe leisten — wie in Brokdorf geschehen —, wenn sie auch in anderen Bundesländern ihre neuen Mittel einsetzen dürfe. Die Polizei müsse sich die „Gewalttäter vom Leibe halten" können.



„Los Jungs! Haltet euch die Gewalttäter vom Leibe!"

Massive Unterstützung erhielt Tandler natürlich von seinem Parteichef Strauß. Dieser forderte auf der Handwerksmesse einen „starken Staat mit einer funktionsfähigen und zweckmäßig ausgerüsteten Polizei". Er, der ehemalige Nazi-Führungsoffizier, hatte die Frechheit, die Demonstranten gegen die Wohnungsnot mit den Schlägertruppe von SA und SS zu vergleichen. Die andauernden Demonstrationen erinnerten ihn „an die Endphase der Weimarer Republik". Dies ist, wenn man es richtig liest, eine unverhohlene Drohung, ebenso wie Tandlers Ankündigung: „Das Jahr 1981 treibt auf einen Höhepunkt der Gewalt zu." Denn die brutale Gewalt bei den Auseinandersetzungen der letzten Tage ging von der Polizei aus! Sie ist die einzige Antwort gerade von Strauß und Co. auf berechtigte soziale Forderungen.

Diese Warnung müssen alle Demokraten ernst nehmen. Erteilen wir den reaktionären Gewaltpolitikern eine Abfuhr! Verstärken wir den gemeinsamen antifaschistischen Widerstand!

(Ausführliche Berichte über die Demonstrationen in Nürnberg und Freiburg, über Polizeieinsätze und Einzelheiten der neuen Bewaffnung auf den Seiten 6,7 und 12.)

Wieder Hunderttausende im Warnstreik

Ruf nach Urabstimmung wurde immer lauter

IGM-Führung steuert auf Reallohnabbau zu

Der Tarifkampf in der Metallindustrie spitzte sich in der vergangenen Woche weiter zu. Insgesamt nahezu eine Million Arbeiter und Angestellte der Metallindustrie beteiligten sich inzwischen an den Warnstreiks gegen die geplante Reallohnsenkung. Immer häufiger forderten die streikenden Belegschaften die Durchführung der Urabstimmung und die volle Durchsetzung der IGM-Forderungen.

Auf der anderen Seite steuert die IGM-Führung sichtbar auf einen Reallohnabbau zu. Die Taktik der „neuen Beweglichkeit" ist ein Abwiegelungsmanöver. Daß ohne einen einheitlichen, unbefristeten Streik die von den Unternehmern angestrebte „Lohnpolitische Wende" (das heißt drastischer Lohnraub in den kommenden Jahren) nicht gestoppt und ein massiver Reallohnabbau in diesem Jahr nicht verhindert werden kann, liegt auf der Hand.

Die Rückkehr der IGM-Bonzen an den Verhandlungstisch trotz der unverfrorenen und unnachgiebigen Haltung von Gesamtmetall läuft darauf hinaus, über die Höhe des Reallohnabbaus zu schachern. Offenkundig ist die IGM-Führung bereit, einen völlig unzureichenden Tarifabschluß um die 5 Prozent zu akzeptieren.

Bei den zahlreichen Streikaktionen der vergangenen Woche wurden in vielen Fällen Transparente mitgeführt, auf denen die Kollegen fordern, daß die Verhandlungen abgebrochen und der unbefristete Streik eingeleitet wird. (Ausführliche Berichte auf Seite 3.)

Aus dem Inhalt

Außerordentlicher DGB-Bundeskongreß

Opposition zog die Flagge ein

Neues Grundsatzprogramm verabschiedet

DÜSSELDORF. — Vom 12. bis 14. März fand in Düsseldorf der 4. außerordentliche Bundeskongreß des DGB statt. Die erwartete scharfe Auseinandersetzung über die umstrittene Präambel des neuen Grundsatzprogrammes fand nicht statt. Ohne Gegenstimmen wurde das Programm, das schwere Angriffe auf die Grundsätze der Einheitsgewerkschaft beinhaltet, verabschiedet.

Die Präambel des neuen Programms drängt die DGB-Programmatik nicht nur noch stärker auf die Position einer sozialpartnerschaftlichen, auf Stabilisierung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse ausgerichtete Politik. Sie greift auch das Konzept der Einheitsgewerkschaft grundlegend an und verfälscht es zu einer trügerischen Phrase. Denn die revolutionäre und kommunistische Strömung in der Gewerkschaftsbewegung wird aus dem Toleranzspektrum des DGB ausgegrenzt.

Mit einer beispiellosen Hetzkampagne, die unter antikommunistischer Flagge angeheizt worden war, haben die reaktionären Kräfte in der DGB-Führung erreicht, daß auf dem Kongreß kein Widerstand gegen diese verhängnisvolle Weichenstellung geleistet wurde. Jene Kräfte unter den Delegierten, von denen man Opposition erwartet hätte (vor allem bestimmte Vertreter der IG Druck, der HBV und der IG Metall) haben offenkundig die Köpfe eingezogen.

Lediglich Detlev Hensche vom Hauptvorstand der IG Druck wagte wenigstens ein offenes Wort des Protestes: Er nannte die von maßgeblichen DGB-Führern unterstützte Hetze über eine „kommunistische Unterwanderung" des DGB **„einen der perfidesten Spaltungsversuche der jüngsten Vergangenheit"**. (Siehe auch Seite 4.)

Im gesamten Bundesgebiet

Großartige Solidarität gegen den Polizeiterror

Über 40000 Menschen demonstrierten

Im gesamten Bundesgebiet fanden am Freitag, 13. März, und am Wochenende Demonstrationen statt, an denen sich insgesamt über 40000 Menschen beteiligten. Sie protestierten gegen den Polizeiterror und die Massenverhaftungen in Nürnberg. Die Demonstrationen richteten sich auch gegen die Wohnungsnot in der Bundesrepublik und die verbrecherische Wohnraumspekulation.

Allein in Freiburg, das in diesen Tagen einer besetzten Stadt gleicht, demonstrierten etwa 20000 Menschen. Nach Nürnberg erlebte damit auch diese Stadt eine ihrer größten Demonstrationen überhaupt.

Zu weiteren Demonstrationen und anderen Aktionen kam es unter anderem in München, Nürnberg, Kassel, Bremen, Hannover, Düsseldorf, Köln, Remscheid, Saarbrücken, Heidelberg, Ravensburg, Göttingen, Radolfzell, Karlsruhe, Stuttgart, Heilbronn, Göttingen Hamburg, Gevelsberg, Emden, Aurich und Kiel. Die KPD unterstützte diese Aktionen nach Kräften.

Dabei kam es in Hamburg am Schluß einer 3000 Teilnehmer zählenden Demonstration zu einem Polizeiüberfall, der mehrere Verletzte forderte. Die Polizei jagte die Menschen mit Hunden über den Kundgebungsplatz. An den meisten Orten konnten Provokationen der Polizei, die es auf Schlägereien anlegte, durch die Disziplin der Demonstranten wirkungslos gemacht werden.

In München räumte die Polizei am Morgen des 16. März ein Haus, das am vorhergehenden Abend besetzt worden war, mit brutaler Gewalt. 43 Menschen wurden verhaftet. „In Bayern dauert keine Hausbesetzung länger als 24 Stunden!" tönte Polizeipräsident Schreiber. Der Kampf gegen Wohnungsnot und Polizeigewalt aber geht weiter.



Der Kampf gegen die Wohnungsnot geht alle an, von der Polizeigewalt sind alle betroffen. Deshalb ist die Solidaritätsbewegung so groß. Hier ein Bild von der Demonstration in Düsseldorf.

Kommentar der Woche

Bei Niederschrift dieser Zeilen ist die Nürnberger Geiselnahme noch immer nicht beendet. Nach wie vor werden einige Dutzend der von der Straße weg gekidnappten Jugendlichen gefangengehalten. Der politische Hintergrund der Tat hat sich indessen vollends aufgeklärt. Die Spur führt in rechts-terroristische Kreise. Als Kopf der Geiselnehmer wurde der einschlägig bekannte frühere Nazi-Funktionär Franz Josef Strauß ausgemacht, derzeit Ministerpräsident von Bayern und Vorsitzender der CSU.

Die Geiselnahme von Nürnberg

Strauß ist also wieder da. Mit der ihm eigenen kalten Heimtücke und Brutalität hat er erneut zugeschlagen. Es zeigt sich, wie fahrlässig diejenigen handelten, die diesen Mann nach seinem Kandidaten-Debakel als Provinz-Deppen abgetan haben, der inmitten seines Münchener Hofstaats nur noch der Pensionierung entgegendämmern würde. Strauß hat wieder zugeschlagen. Und es wäre erneut eine gefährliche Illusion, wollte man in der Nürnberger Geiselnahme nur einen jähzornigen Racheakt gegen die rebellische Jugend sehen.

Die Sache war mit erstaunlicher Präzision vorbereitet worden, und sie fügt sich ein in eine von Strauß beharrlich vorangetriebene langfristige Strategie.

Da hatte schon im Februar der Ministerpräsident einen offiziellen Brief an seinen Innenminister aufgesetzt, in dem er „bürgerkriegsähnliche Zustände“ im Bundesgebiet beklagte, die nicht auf Bayern übergreifen dürften. Strauß an Tandler: „Ich bitte Sie, hier höchste Aufmerksamkeit walten zu lassen.“ Der Brief wurde öffentlich gemacht, ein Zeichen dafür, daß er zur Ausrichtung nicht nur des Herrn Tandler gedacht war. Dann wurden bayrische Polizisten in die vorderste Linie am Brokdorfer Bauzaun geschickt, wo sie sich erwartungsgemäß einige blutige Schrammen holten. Das war der willkommene und wohl auch beabsichtigte Anlaß für neue Ausfälle gegen Demonstranten als „Kern einer neuen terroristischen Bewegung“ und für die am Aschermittwoch in Passau ausgestoßene Drohung: „Die Polizei in Bayern wird sich wehren.“

Wir wollen hier nicht behaupten, daß Strauß persönlich den Polizeiführern, Staatsanwälten und Richtern die konkrete Weisung für die Gefangenahme der 141 Jugendlichen gegeben hat. So dumm ist Strauß erstens nicht und zweitens hat er das auch gar nicht nötig gehabt. In der „Süddeutschen Zeitung“ hat Robert Leicht sehr richtig bemerkt: „Die Nürnberger Affäre zeigt nämlich sehr deutlich, wie die politischen Vorgaben von Franz Josef Strauß nun in praktische Politik, also vom rein Klimatischen ins durchaus Konkrete umgesetzt werden.“

Es genügen also die Vorgaben wie der Tandler-Brief oder die Aschermittwochs-Rede, um den ganzen Gewaltapparat des Freistaats für ein illegales Unternehmen in Gang zu setzen. Gerade darin aber liegt das Erschreckende des Vorgangs. Keiner der „unabhängigen Richter“ hat sich gegen die Zumutung verwahrt, vorgedruckte Haftbefehle am Fließband auszustellen. Keiner hat auch nur den Versuch unternommen, wenigsten einen einzigen Fall zu überprüfen. Keiner schließlich hat sich mit dem Hinweis auf geltendes Recht geweigert, zum Komplizen bei einer vollkommenen ungesetzlichen Aktion zu werden.

Die Richter ebenso wie die Staatsanwälte und Polizeiführer haben aus Straußens Vorgaben gewußt, was „oben“ von ihnen erwartet wird. Und sie haben danach gehandelt. Genau so hat auch in der Anfangszeit der Hitler-Diktatur schon die Justiz funktioniert, bis die Nazis dann ihre „atmosphärischen Vorgaben“ durch entsprechende Gesetze ersetzten. **Nürnberg ist also nicht nur einfach ein Skandal, ein besonders krasser Fall von Willkür, es ist der Bankrott des sogenannten Rechtsstaats.**

Strauß hat zugeschlagen. Und sein Schlag zielt deutlich über die Grenzen Bayerns hinaus. Was soll mit der Geiselnahme erzwungen werden? Wohlverhalten bei der rebellierenden Jugend? Sicherlich ist der Nürnberger Piratenakt auch darauf abgestellt, Angst zu verbreiten und dadurch die Bewegung zu lähmen. Er ist in dieser Hinsicht das berühmt-berüchtigte Exempel, das die Reaktion hin und wieder an den Werktätigen statuiert. Aber Strauß will noch mehr.

Schlagartig ist er wieder als Führer und Einpeitscher der gesamten Union auf der politischen Bühne erschienen. Er entwickelt die Strategie, gibt den Weg vor und setzt die Meilensteine. Und all die Stoltenberg, Kohl oder Albrecht folgen ihm dabei. ***Abbau des Demonstrationsrechts.*** Überall soll Nürnberg sein. Wer sich wehrt, kommt in den Knast. In feiner Abstimmung mit dieser Strategie betreiben die Kapitalisten ja gegenwärtig eine Kriminalisierung selbst von Warnstreiks.

Neue Waffen für die Polizei. Auch Strauß und seine Gefolgsleute wissen mindestens seit Brokdorf, daß mit Strafandrohung allein eine Bewegung nicht aufzuhalten ist. Also Gummigeschosse. Also Giftgas. Und Strauß läßt seine Kreatur Tandler tönen, daß auch der Schußwaffengebrauch gegen Demonstranten nicht auszuschließen ist.

Massaker unter Streikenden. Mit Maschinenpistolen gegen Friedenskundgebungen und die Aktionen der Jugend. Das wäre dann die letzte Konsequenz der Terror-Strategie des F.J. Strauß. Das wäre nach Nürnberg der nächste oder übernächste Meilenstein auf dem Weg in den Polizeistaat, in eine neue faschistische Diktatur. **Die Nürnberger Geiselnahme hat uns vor Augen geführt, wie hohl die demokratische Fassade dieses Staates ist. Der Staatsapparat ist alles andere als ein Bollwerk gegen die Offensive der hinter Strauß stehenden Kräfte der äußersten Reaktion. Diesen Kräften den Weg in ein neues '33 verlegen — das kann allein die Aktion der werktätigen Massen.**

Detlef Schneider

Genscher in den USA

Übereinstimmung mit Reagans Kriegspolitik

WASHINGTON. — Zufriedenheit herrscht bei allen Bonner Parteien über die Ergebnisse des Besuchs von Außenminister Genscher in den USA. Für die Werktätigen in unserem Land sind sie allerdings ein Grund für neue Besorgnis. Denn demonstrativ hatte Genscher in Washington „Übereinstimmung in allen wichtigen internationalen Fragen bekundet“.

Und das bedeutet ja Übereinstimmung mit dem von Reagan und seiner Mannschaft in beispiellosem Tempo vorangetriebenen Kriegskurs, Übereinstimmung mit Hochrüstung, militärischen Aggressionen gegen Länder der „Dritten Welt“ wie El Salvador, Übereinstimmung mit einer Politik der direkten Konfrontation mit der sowjetischen Supermacht.

In den bürgerlichen Medien wurde zwar viel über eine angebliche Gesprächsbereitschaft mit Moskau gesagt und geschrieben, die Genscher und sein Amstkollege Haig gemeinsam bekräftigt hätten. Tatsächlich aber sind in dieser Hinsicht nur äußerst vage Formulierungen abgegeben worden. So hieß es etwa zu Breschnews Vorschlag für ein Gipfeltreffen zwischen ihm und Reagan, dieser Vorschlag bedürfe einer „sorgfältigen Untersuchung.“ Das von Moskau angeregte Einfrieren des Bestands aller Mittelstreckenraketen in Europa auf den jetzigen Stand wurde dagegen rundweg abgelehnt.

Der NATO-Raketenbeschluß von 1979 soll also ohne jeden Aufschub durchgezogen werden. Genscher bezeichnete die Bundesrepublik als den nach wie vor wichtigsten Bündnispartner der USA in Europa. Auf beiden Staaten ruhe die Hauptlast der westlichen Verteidigung. Das war sicher Musik in den Ohren der Reagan-Leute. Und sie machten auch deutlich, was sie von ihrem „wichtigsten Bündnispartner“ verlangen: aufrüsten und noch einmal aufrüsten. Kaum war Genscher wieder zurück in Bonn, ging Kriegsminister Weinberger mit entsprechenden Forderungen auch an die Öffentlichkeit. „Wir müssen ein ganzes Stück mehr als 3 Prozent (Steigerung der Rüstungsausgaben — RM) erreichen, und wir werden versuchen, die Alliierten davon zu überzeugen, daß auch sie mehr tun müssen.“

Die Reagan-Leute wollen aber mehr als eine ständige Steigerung der Rüstungsausgaben ihrer „Alliierten“. Sie bemühen sich in den letzten Wochen immer stärker um eine westeuropäische Beteiligung an der im Aufbau befindlichen amerikanischen Eingreiftruppe. Diese Truppe, die nach ihrer Aufstellung 110000 Mann umfassen wird, ist als Instrument für militärische Aggression außerhalb des NATO-Bereichs gedacht. Als möglichen Einsatzort haben die amerikanischen Kriegstreiber wiederholt den Persischen Golf genannt.

Westdeutsche Zerstörer im Atlantik — bald auch am Persischen Golf?

Die britische Premierministerin Thatcher hat bei ihrem Staatsbesuch in Washington eine britische Beteiligung an der Eingreiftruppe schon zugesagt. Der französische Außenminister Francois Ponçet, das zweite europäische Regierungsmitglied, das vor Genscher den Reagan-Leuten seine Aufwartung machte, verwies in Washington auf die 15 französischen Kriegsschiffe, die heute schon im Indischen Ozean kreuzen. Das wäre doch wohl ein „Beweis, daß wir zum Schutz der freien Durchfahrt durch die Meerenge von Hormus bereit sind.“

Die amerikanischen Imperialisten verlangen nun auch von ihrem „wichtigsten Bündnispartner“ eine direkte Beteiligung an ihren Kriegsvorbereitungen am Persischen Golf und in anderen Teilen der Welt. Genscher sagte zwar in Washington auf einer Pressekonferenz, daß eine westdeutsche Beteiligung an militärischen Aktionen außerhalb der NATO „nicht in Frage kommt“. Aber die Erfahrung der letzten Jahre hat uns ja gezeigt, daß sich Bonn letztlich immer noch den amerikanischen Forderungen gebeugt hat.

Ein erster Schritt ist schon die Zusage für eine Bonner Beteiligung am „Host-Nation-Support-System“. Das bedeutet: Für 1,2 Milliarden Mark sollen in der Bundesrepublik Einrichtungen für sechs zusätzliche amerikanische Divisionen geschaffen werden. Bei diesen Divisionen wird es sich dann zweifellos um Einheiten der Eingreiftruppe handeln, die unser Land als Basis für ihre Aggression benutzen.

Und sicher war das noch nicht der letzte Schritt auf dem Weg zu einer direkten Beteiligung an militärischen Aktionen der amerikanischen Supermacht. Bundeskanzler Schmidt hat kürzlich vor der SPD-Fraktion erklärt: „Wir müssen zum Gleichgewicht nicht nur in Mitteleuropa, sondern auch anderswo in der Welt beitragen.“ Solche Töne müssen uns zu denken geben. Sie laufen in der Konsequenz genau auf das heraus, was Reagan, Haig und Weinberger fordern: Deutsche Soldaten am Golf.

BVG rechtfertigt Beschlagnahme von Zeitungsfotos

Ein Schlag gegen die Pressefreiheit

KARLSRUHE. — Das Bundesverfassungsgericht hat die Beschlagnahme von Fotos, die Bildjournalisten der „Hannoverschen Neuen Presse“ während einer Demonstration aufgenommen hatten, für rechtens erklärt.

Die Fotos waren bei Protesten gegen eine öffentliche Rekrutenvereidigung im vergangenen November gemacht worden. Unter Androhung von Gewalt hatte die Polizei die Herausgabe von 130 Negativen erzwungen. Sie sollten angeblich der Ermittlung von „Gewalttätern“ dienen. Sowohl das Amts- wie auch das Landgericht Hannover wiesen Klagen der Zeitung gegen diesen massiven Eingriff in die Pressefreiheit zurück.

Eine Verfassungsbeschwerde, die von der Zeitung daraufhin eingeleitet wurde, hat jetzt der Vorprüfungsausschuß des 2. Senats am BVG nicht zur Entscheidung angenommen. Es bestünde kein hinreichender Aussicht auf Erfolg der Beschwerde.

In der Begründung bestätigte der Vorprüfungsausschuß voll die Entscheidungen der Hannoverschen Gerichte. Nur diejenigen Materialien dürften nicht beschlagnahmt werden, die von außenstehenden Informanten kämen. Handelt es sich dagegen um Bilder oder Schriftstücke, die Mitarbeiter der Zeitung selbst recherchiert hätten, sei eine Beschlagnahmeaktion wie in Hannover durchaus rechtmäßig. Das Bundesverfassungsgericht wies zustimmend auf die Entscheidung des Landgericht hin, wo es heißt, daß eine prinzipiell zulässige Beschlagnahme von selbsterarbeitetem Material die Presse in ihrer grundrechtlich geschützten Tätigkeit zwar beeinträchtigen könne. Deshalb müßten nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit die nachteiligen Auswirkungen auf die Pressefreiheit gegen das Interesse des Staates an der Verbrechensaufklärung abgewogen werden.

Im vorliegenden Fall aber sei die „Hannoversche Neue Presse“ durch die Durchsuchung und Beschlagnahme weder in ihrer Berichterstattung gehindert worden, noch habe sie wirtschaftliche Nachteile erlitten. Bei der polizeilichen Aufklärung sei es andererseits nicht um Bagatelldelikte, sondern um Fälle von schwerem Landfriedensbruch gegangen. Deshalb sei hier der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht verletzt worden.

Mit dieser Entscheidung hat das höchste bundesdeutsche Gericht einen wichtigen Teil der Pressefreiheit außer Kraft gesetzt. Redaktionen und Zeitungsarchive werden dem ungehemmten Zugriff der Staatsorgane geöffnet. Denn ein „schweres Delikt“ wie in Hannover läßt sich ja immer leicht finden, um dem „Grundsatz der Verhältnismäßigkeit“ zu genügen.

Journalisten stehen also jetzt vor der unhaltbaren Situation, daß sie ihr Material künftig nicht nur für die Zeitung, sondern ungewollt gleichzeitig auch für die Polizei oder den Verfassungschutz recherchieren. Die können, wann immer sie es für nötig halten, zupacken und sich das Material aneignen. Damit werden die Journalisten in die Rolle von Informanten und Zuträgern für die Staatsorgane gedrängt. Von der vielgepriesenen Freiheit der Presse in diesem Land, zu der notwendigerweise auch der Schutz von Informationen und Material gehört, bleibt somit kaum noch etwas übrig.

Es liegt auf der Hand, daß sich die Staatsorgane dieser neuen „Quellen“, die ihnen das höchstrichterliche Urteil erschlossen hat, immer dann bedienen werden, wenn um die Beobachtung und Verfolgung von Kämpfen der Werktätigen geht. Der Hannoversche Fall ist ja selbst ein Beispiel dafür.

***

Unterdessen hat die Polizei erneut gegen die Presse losgeschlagen. Am vergangenen Freitag durchsuchten Polizisten in Westberlin auf richterliche Anordnung die Räume der „Tageszeitung“. Der Anlaß war eine in der Zeitung veröffentlichte Anzeige, in der angeblich zur Gewalt aufgerufen wurde. Die Seite mit der Anzeige wurde bei den noch vorhandenen Exemplaren der „Tageszeitung“ beschlagnahmt. Gleichzeitig schwärmte in Westberlin ein Heer von Polizisten aus, um in Zeitungsläden und Kiosken die beschlagnahmte Seite auch aus den schon im Handel befindlichen Exemplaren herauszureissen.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Erneut Hunderttausende an Warnstreiks beteiligt

„Schluß mit dem Verhandlungszirkus — Urabstimmung — Streik!"

Unternehmer beharren auf Lohnabbau Unmut über Warnstreiktaktik

Auch in der vergangenen Woche demonstrierten wieder Hunderttausende von Metallern mit Warnstreiks ihre Kampfbereitschaft. Allein am Montag legten mehr als 100 000 die Arbeit nieder. Gleichzeitig breitete sich aber zunehmender Unmut über die abwieglerische Warnstreik-Taktik der IGM-Führung aus. Bei vielen Streikdemonstrationen forderten die Kollegen unübersehbar, daß endlich die Urabstimmung durchgeführt und der unbefristete Vollstreik eingeleitet werden soll.

Bereits mehr als 800 000 Beschäftigte in der Metallindustrie haben seit Beginn der vorletzten Woche an den von der IG Metall organisierten Warnstreiks teilgenommen. Häufig beteiligten sich auch die Angestellten relativ stark an den Aktionen der IG Metall. Auch die Lehrlinge, denen nach wie vor jedes Streikrecht abgesprochen wird, nahmen sich dieses Recht in vielen Betrieben und streikten an der Seite der älteren Kollegen mit.

An der Kampfbereitschaft der Metaller gibt es also nichts zu deuteln. Allerdings auch nicht an der Tatsache, daß die von den Unternehmern angepeilte „lohnpolitische 'Wende'" nicht mit Warnstreiks verhindert werden kann. Es ist schlicht eine Verulkung der Arbeiter, wenn die IGM-Bonzen einerseits so tun, als sei die Sicherung der Reallöhne das mindeste, was sie herausholen wollten, während sie andererseits auf der Basis der vorliegenden Provokationsangebote endlos weiterverhandeln und faktisch um die Höhe des Reallohnabbaus feilschen.

Dieses Vorgehen der Bonzen stieß in der vergangenen Woche auf zunehmenden Unmut bei den Metallern. Die Forderung nach sofortigem Abbruch der Verhandlungen, Urabstimmung und Vollstreik wurde immer unüberhörbarer. Nicht nur in internen Diskussionen sondern auch in demonstrativer Form bei den Streikaktionen forderten die Kollegen in vielen Fällen, daß die IGM-Führung endlich konsequent die gewerkschaftliche Kraft einsetzen soll.

So zum Beispiel bei einem Sternmarsch Tausender Metaller in Duisburg am vergangenen Montag. Eine der Losungen der Kollegen hieß: **„Schluß mit dem Verhandlungszirkus — Urabstimmung — Streik"**. Es wurden auch viele Tafeln mitgeführt mit der Aufschrift: **„Acht Prozent voll durchsetzen"**.

Bei HDW in Kiel, wo 5 000 Kollegen in allen drei Werftbetrieben am Mittwoch den ganzen Nachmittag über streikten, wurde an der Spitze des Marschblocks der demonstrierenden Werftarbeiter ein Transparent getragen, mit der Parole: **„Loderer führ uns in den Kampf, alles andere ist Krampf!"** Die Forderungen auch der HDW-Kollegen sind: Urabstimmung und Vollstreik für die volle Durchsetzung der im Nordverbund geforderten 7,7 Prozent.

In dem neuesten Extrablatt der IG Metall, das die schon ziemlich unverfroren wirkende Überschrift „Weiter so!" trägt, versucht IGM-Vorstandsmitglied Janßen zu beweisen, daß die Taktik der „neuen Beweglichkeit" Erfolge zeige. Diese „Erfolge" bestehen laut Janßen darin, daß die Unternehmer inzwischen um ein paar Zehntelprozent über ihr Provokationsangebot von 2,5 Prozent hinausgegangen sind (das höchste, allerdings „inoffizielle" Angebot wurde in Hessen gemacht: 3,8 Prozent bei 13 Monaten Laufzeit.)

Die Argumentation des Herrn Janßen ist der nackte Hohn. Denn sie läuft eindeutig darauf hinaus, daß die Metaller sich mit einem Tarifabschluß abspeisen lassen sollen, der weit unter den steigenden Lebenshaltungskosten liegt. Jedes Kind weiß inzwischen, daß selbst ein 6-Prozent-Abschluß noch immer eine empfindliche Reallohnsenkung bedeuten würde. Die IGM-Bonzen aber steuern auf 5 Prozent hin! Sie hoffen, die Unternehmer mit dem „milden Druck" der Warnstreiks dahin zu bekommen.

Die IGM-Bonzen geben vor, gegen die von den Unternehmern angestrebte „tarifpolitische Wende" zu kämpfen. In Wirklichkeit aber halten sie die Arbeiter mit allen Mitteln von diesem notwendigen Kampf zurück. Einzig und allein dazu dient ihre sogenannte „neue Beweglichkeit".

Entweder Vollstreik der Metaller für die volle Durchsetzung der aufgestellten Forderungen, oder aber ein brutaler Reallohnabbau und ein praktisch kampfloses Weichen vor dem Unternehmerfeldzug. So und nicht anders steht die Alternative!

Bereitschaftspolizei gegen Metallerdelegation

TIMMENDORF. — Der schleswig-holsteinische Innenminister Barschel (CDU), der sich jüngst seine Bürgerkriegssporen mit dem Polizeieinsatz in Brockdorf verdient hat, setzte jetzt auch Polizei gegen streikende Metaller ein.

Gegen eine 50 Mann starke Delegation der streikenden Metaller, die anläßlich der Tarifverhandlungen im Seehotel Maritim im Timmendorfer Strand ihren Protest gegen die Unternehmerhaltung zum Ausdruck bringen wollten, ließ Barschel Bereitschaftspolizei in Mannschaftswagen mit einer Hundestaffel anrücken. Die Polizei hinderten die Gewerkschafter daran, den Verhandlungsort zu betreten.

Inzwischen hat die Bezirksleitung Hamburg scharf gegen den Polizeieinsatz protestiert. Dies sei eine Kriminalisierung streikender Arbeiter.



Tödlich beleidigt **waren die Unternehmer, als Metallarbeiter vor dem Beginn der vierten Verhandlungsrunde in Stuttgart für die Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden in Trauerzügen in den Verhandlungsraum einzogen. Die Kollegen stellten vor dem Verhandlungsführer der Unternehmer seine schwarzbemalte Urne auf den Tisch und erklärten: „Damit begraben wir symbolisch den von Ihnen aufgekündigten sozialen Frieden". Sofort erhoben sich die Herren zutiefst gekränkt und weigerten sich, die Verhandlungen überhaupt aufzunehmen, bevor die IG Metall sich von diesem Vorgehen distanziert hat. IGM-Bezirksleiter Steinkühler lehnte es jedoch ab, sich für diese witzige Aktion der Kollegen zu entschuldigen. Inzwischen ist den beleidigten Herrschaften allerdings doch noch Genugtuung zuteil geworden: IGM-Vorsitzender Loderer entschuldigte sich im gewerkschaftsfeindlichen Hetzblatt „Handelsblatt" für die Aktion und zwar mit folgender umwerfender Begründung: „Ich halte gar nichts von so makabren Scherzen. Wenn das der Tarifpartner mit uns machen würde, würden wir auch sauer werden." Dazu kann man nur sagen: makaber, makaber!**



Am Mittwoch vergangener Woche traten ab 12 Uhr ca. 5 000 Kollegen bei HDW in Kiel für den ganzen Nachmittag in den Streik. Sie demonstrierten aus allen drei Werken durch die Stadtteile. Ihre Forderungen: Einleitung der Urabstimmung und des Vollstreiks für die volle Durchsetzung der 7,7 Prozent. Unser Foto zeigt den Abmarsch der Werftarbeiter aus dem Werk Gaarden.

Auch in der zweiten Stahlverhandlungsrunde kein Angebot

Einbeziehung der Stahlarbeiter in die Lohnrunde!

KREFELD. — Auch in der zweiten Verhandlungsrunde der Tarifrunde bei Eisen und Stahl haben die Stahlbarone kein Angebot vorgelegt. Immer noch wollen sie von ihrer unverfrorenen Forderung nach einem sechsmonatigen Lohnstopp nicht abgehen.

Die Verhandlungen für die rund 210 000 Beschäftigten der Eisen- und Stahl-Industrie von Nordrhein-Westfalen und Bremen wurden nun auf den 25. März vertagt. Die IGM fordert nur 7 Prozent Lohnerhöhung, sowie eine anrechenbare Vorweganhebung des Ecklohnes.

Die IGM-Bonzen haben es bisher nicht für nötig gehalten, gegen die provokative Haltung der Stahlbarone Protestaktionen zu organisieren. In einem Flugblatt der RGO-Betriebsgruppe Hoesch, das in der vergangenen Woche vor den Dortmunder Hoesch-Werken verteilt wurde, heißt es dazu:

„Warum, so fragt man sich, bezieht die IG Metall nicht die Stahlarbeiter in die Lohnstreiks mit ein? Hier wollen die Unternehmer sogar einen sechsmonatigen Lohnstopp! Muß dieser Provokation nichts entgegengesetzt werden? Haben die Stahlarbeiter durch die monatelange Kurzarbeit nicht schon genug Einbußen?

Die IGM-Bonzen sind offenkundig der Meinung, die Stahlwerker sollten ruhig mal den Gürtel enger schnallen, schließlich geht es „der Stahlindustrie" ja sooo schlecht!

MBB/Hamburg

Zum ersten Mal gestreikt

ARBEITERKORRESPONDENZ (Hamburg). — Bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm führten wir am Donnerstag, den 12. März zum ersten Mal im gesamten Werk einen Warnstreik durch.

Die IG Metall hatte dazu aufgerufen im Rahmen der Lohnrunde. 3000 Kollegen waren an dem Streik beteiligt, der von 9.00 Uhr bis 10.30 Uhr dauerte. Wir zogen in einem Demonstrationsmarsch durch das Werk. Auf einem Transparent forderten wir Urabstimmung.

Wir schätzen diese Aktion als großen Erfolg ein. Es war das erste Mal, daß bei MBB in Hamburg so etwas lief. Auch war die Beteiligung sehr gut, obwohl ca. 50 Prozent der Belegschaft Angestellte sind, und auch der gewerkschaftliche Organisierungsgrad ziemlich niedrig liegt.

Unter den Vertrauensleuten gab es dennoch ziemlich starke Kritik an den verantwortlichen IGM-Stellen, weil die Vorbereitung der Aktion viel zu wünschen übrig gelassen hat.

Stuttgart-Cannstadt

Lehrlinge nahmen sich das Streikrecht

ARBEITERKORRESPONDENZ (Stuttgart). — Am Donnerstag rief die IG Metall vormittags zum Warnstreik in den Betrieben des Stuttgarter Vororts Cannstadt auf. Die Belegschaften von SKF, Mahle, Fortuna, Eckart und Hesser-Bosch folgten dem Aufruf. Es waren insgesamt 7000 Kollegen beteiligt. Wir demonstrierten zum Bahnhofsvorplatz in Cannstadt, wo eine machtvolle Kundgebung durchgeführt wurde. Als Lehrling halte ich es für einen besonderen Erfolg, daß zum ersten Mal auch aus allen Betrieben die Lehrlinge mitstreikten.

IG Bau-Steine-Erden

Massive Ablehnung des 4-Prozent-Abschlusses

DÜSSELDORF. — Massive Kritik und Empörung hat der 4-Prozent-Schandabschluß bei den Bauarbeitern ausgelöst.

Auf dem Hamburger Landesbezirkstag der IG Bau sprachen sich 108 von 110 Delegierten für die Ablehnung des Abschlusses aus. Die Delegierten betonten, daß 4 Prozent einen scharfen Reallohnabbau bedeuten. Sie verurteilten ferner die „Geräuschlosigkeit", mit der der Abschluß zustandgekommen war. Die Ortsverbände Lüdenscheid, Hannover und Stuttgart sprachen sich ebenfalls — und zwar einstimmig — gegen den Schandabschluß aus.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53. geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr. 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/ 77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/ 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/848408.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di. und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

4500 **OSNABRÜCK**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr



Außerordentlicher Bundeskongreß des DGB

Weichenstellung auf Spaltung

Zum Entwurf für das neue DGB-Grundsatzprogramm

Im Vorfeld des 4. außerordentlichen Bundeskongresses des DGB kam es zu tiefgreifenden gewerkschaftspolitischen Konflikten innerhalb des Funktionärskörpers des DGB und seiner Einzelgewerkschaften. Gleichzeitig wurde von außen wie auch von innen eine regelrechte Hetzkampagne entfacht, die unter antikommunistischer Flagge läuft und sich gegen alles richtet, was in den Gewerkschaften links ist. Diese Begleitumstände des Kongresses sind nicht verwunderlich, denn der Entwurf für das neue DGB-Grundsatzprogramm, den der Kongreß verabschieden soll, enthält hochexplosiven gewerkschaftspolitischen Sprengstoff.

Erstellt wurde der Entwurf unter der Regie des DGB-Vorsitzenden Vetter, der zu den antikommunistischen Scharfmachern im Bundesvorstand zu rechnen ist. Der Bundesvorstand verabschiedete den Entwurf vor anderthalb Jahren, nach offenbar schweren internen Auseinandersetzungen.

Was den Hauptteil des Entwurfes betrifft, der sich mit den verschiedenen Bereichen der Tarif- und Sozialpolitik und den einzelnen Gebieten gewerschaftlichen Wirkens befaßt, enthält er nichts wesentlich Neues, sondern stellt im großen und ganzen eine Fortschreibung des alten Programms aus dem Jahr 1963 dar. Anders verhält es sich allerdings mit der Präambel, in der die gewerkschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Grundsätze des DGB zusammengefaßt werden sollen.

Sie ist der Anlaß für die scharfen Widersprüche, die sich im Zuge der Diskussion des Entwurfes auch zwischen Spitzenfunktionären der DGB-Gewerkschaften aufgetan haben und die sich beispielsweise darin veranschaulichen, daß — laut „Frankfurter Rundschau" — der DGB-Boß Vetter gegenüber dem Vorsitzenden der IG Druck und Papier Leonhard Mahlein in einem kurzen Gespräch zwischen Tür und Angel gedroht haben soll, falls Mahlein es wagen sollte, seine Auffassungen in Form von Anträgen auf dem Kongreß einzubringen, *„dann fliegen die Fetzen, dann kommen die Karten auf den Tisch"*.

Ein Drittel von den 511 Änderungsanträgen, über die die 504 Delegierten (hauptsächlich höhere Funktionäre) zu befinden haben, befaßt sich denn auch mit dieser Präambel, obgleich sie rein quantitativ nur einen Bruchteil des umfangreichen Entwurfs ausmacht.

Diese Präambel enthält einige Passagen, in denen reaktionäre Positionen der DGB-Programmatik einschneidend ausgebaut und zugespitzt werden. Wesentlich schärfer und deutlicher als im alten Programm wird der DGB auf sozialpartnerschaftliche Positionen und auf eine aktive Loyalität mit der kapitalistischen Staatsmacht verpflichtet. Den Gewerkschaften wird die Rolle einer Stütze der bestehenden monopolkapitalistischen Herrschaftsverhältnisse, eines systemstabilisierenden staatstragenden Ordnungsfaktors aufdiktiert.

So wird beispielsweise die Verteidigung des „sozialen Rechtsstaats" als Zielsetzung des DGB festgelegt. Er soll seine Politik an einem sogenannten „Gesamtwohl" orientieren. Die „innere Sicherheit", in deren Namen dieser Staat Gewerkschafter bespitzeln, verfolgen, schikanieren und zum „Sicherheitsrisiko" erklären läßt, sollen die Gewerkschaften zu ihrem eigenen Anliegen machen!

Da solche Positionen im Grunde dem Wesen der Gewerkschaftsbewegung zutiefst widersprechen, ist es dann nur logisch, daß die Präambel diese gesellschaftspolitische Orientierung mit einer Definition von „Einheitsgewerkschaft" verbindet, die mit Gewerkschaftseinheit nichts, mit Spaltung hingegen alles zu tun hat.

Als historisch und politisch die Einheitsgewerkschaft tragende Traditionen und Strömungen der Arbeiterbewegung werden lediglich bürgerliche Strömungen anerkannt. Ausdrücklich genannt und hervorgehoben wird die rechtssozialdemokratisch-reformistische und die christlich-konservative Strömung.

Sowohl die kommunistische Arbeiterbewegung als auch die großen Traditionen der revolutionären Sozialdemokratie werden hingegen ausgegrenzt und auf einen „Tabukatalog" gesetzt. Über den Marxismus-Leninismus wird — allerdings ohne daß er offen benannt wird — ein ideologischer Unvereinbarkeitsbeschluß verhängt. Er sei „unvereinbar mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft".

Als ob nicht der Kommunismus auch in der deutschen Arbeiterbewegung eine bedeutende Stellung einnähme. Und auch die Herren Vetter, Rappe, Frister und Co. wissen doch, daß schon in den ersten Anfängen der Abeiterbewegung die revolutionären, marxistischen Arbeiter und Arbeiterparteien für den Aufbau der Gewerkschaften gekämpft, daß die Kommunisten an der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterklasse stets wesentlichen Anteil hatten und haben!

Wer die revolutionären und kommunistischen Teile der Arbeiterbewegung aus dem DGB ausgrenzt, betreibt ganz bewußt das Geschäft der Spaltung. Und wer dies auch noch als Verteidigung der Einheitsgewerkschaft ausgibt, ist schlichtweg ein politischer Scheckbetrüger und Falschmünzer!

Der spalterische Inhalt des Programmentwurfs zielt aber nicht nur auf die Kommunisten, sondern auch auf die in der revisionistischen DKP organisierten Gewerkschafter sowie auf Gewerkschafter, die dem linken Flügel der SPD angehören. Vetter und Konsorten marschieren damit auf der Linie der aggressiv-gewerkschaftsfeindlichen Kampagne der Strauß und Stoiber gegen die sogenannte „kommunistische Unterwanderung" des DGB. Sie wollen in das Grundsatzprogramm des DGB ideologisch-politische Voraussetzung für die Ausweitung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auch gegen DKP-Mitglieder und linke Sozialdemokraten einbauen.

Die rechten Sozialdemokraten haben von Anfang an verhindert, daß der Gedanke der Einheitsgewerkschaft im DGB konsequnet verwirklicht wird. Ihre jetzigen Vorstöße zielen darauf ab, unter dem Tarnmantel einer angeblichen Verteidigung der Unabhängigkeit und Autonomie der Gewerkschaften den DGB vollends zu einer am Gängelband der SPD-Führung gehaltenen und auf Sozialpartnerschaft getrimmten Richtungsgewerkschaft zu machen.

Genau dazu dient auch die Hetze von der „kommunistischen Unterwanderung". Jeder, der sich den spalterischen Absichten der angeblichen Verfechter der gewerkschaftlichen Autonomie widersetzt, soll als Erfüllungsgehilfe einer angeblich drohenden „kommunistischen Okkupation" des DGB diffamiert werden. Hier soll die Weichenstellung auf eine Spaltung des DGB betrieben werden, von der die Strauß und Stoiber schon lange träumen.

„Sozialdemokratisierung der Einheitsgewerkschaft"

Aus einer Stellungnahme Westberliner Jusos

Nachstehend geben wir zwei Auszüge aus einer Stellungnahme von Westberliner Jusos zu den Auseinandersetzungen im DGB über das neue Grundsatzprogramm im Wortlaut wieder. Der Beitrag trägt die Überschrift „Sozialdemokratisierung der Einheitsgewerkschaft" und ist in der neuesten Ausgabe des Westberliner Juso-Informationsdienstes „Der rote Bär" erschienen. Zu den Verfassern gehört unter anderem auch der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jusos, Klaus-Peter Wolf.

„In der Diskussion über das neue DGB-Grundsatzprogramm, das in dieser Woche in Düsseldorf verabschiedet werden soll, versuchen maßgebliche Teile der SPD unter der Flagge der ‚Sozialdemokratisierung der Einheitsgewerkschaft' sozialpartnerschaftliche Vorstellungen der Bundesregierung durch den DGB absichern zu lassen. Ein solches Bekenntnis zur soziallliberalen Wirtschaftspolitik, die sich auch mit CDU-Positionen deckt, wäre jedoch für die Arbeitnehmer schädlich."

***

„Wenn jedoch eine in der Gewerkschaftsbewegung verankerte politische Bewegung meint, die Einheitsgewerkschaft ‚gepachtet' zu haben, erweist sie ihr einen schlechten Dienst. Von daher ist es heuchlerisch, wenn bekannte SPD-Mitglieder und Gewerkschaftsfunktionäre — wie die IG-Chemie-Vorständler Hauenschild und Rappe — ihre Aufgabe vor allem darin sehen, vor dem angeblichen Einfluß der Kommunisten im DGB zu warnen und deren Ausgrenzung zu fordern. Der ‚Kommunisten-Buhmann' wird von den Sozialdemokraten des rechten Parteiflügels aufgebaut, um zum einen eine kämpferische, ausschließlich an den Interessen der Arbeitnehmer ausgerichtete Gewerkschaftspolitik — die sich offen gegen derzeitige Regierungspositionen richten kann — zu verhindern, und um zum anderen von der ‚Sozialdemokratisierung' des DGB unter sozialpartnerschaftlichen Vorzeichen abzulenken."

Bei Stoiber und Konsorten ein Führungszeugnis vorlegen?

Aus Stellungnahmen von Christian Götz und Hans Preiss

Christian Götz vom geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV und Hans Preiss vom geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Metall zählen zu jenen Spitzenfunktionären der DGB-Gewerkschaften, gegen die zur Zeit eine massive Hetzkampagne von aggressiv gewerkschaftsfeindlichen Kräften betrieben wird. Eine Kampagne, die auch innerhalb des DGB von reaktionären Kräften unterstützt wird. Götz und Preiss sind keineswegs Kommunisten oder revolutionäre Gewerkschafter. Sie gehören jedoch zu den wenigen Funktionären innerhalb hoher Führungsgremien der DGB-Gewerkschaften, die es wagten die Kritik an der Ausgrenzung aller antikapitalistischer, vom Marxismus beeinflußten Positionen aus dem Toleranzspektrum des DGB, die der Bundesvorstand des DGB in dem neuen Grundsatzprogramm vornehmen will, zu unterstützen. Im folgenden zitieren wir aus einer Rede von Götz, die er im Sommer vergangenen Jahres auf der 6. Ordentlichen Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft HBV gehalten hat, sowie aus einem von Hans Preiss auf der bildungspolitischen Konferenz des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen im Oktober 1979 gehaltenen Vortrag.

„Zur Einheitsgewerkschaft gehören Sozialdemkraten, Christdemokraten, Kommunisten und Parteilose sowie Arbeitnehmer aus allen Schichten und Berufen. Sie begegnen sich mit politischer, weltanschaulicher und kofessioneller Toleranz. Sie stellen das Gemeinsame über das Trennende und wehren sich entschieden gegen jeden Versuch, die Einheitsgewerkschaft politisch zu mißbrauchen. Innerhalb der Einheitsgewerkschaft gibt es keine Mitglieder erster und zweiter Klasse. Über ihre Politik sowie über ihre innere Ordnung bestimmen die Gewerkschaften selbst.

Das sind unverzichtbare Grundsätze der Einheitsgewerkschaft, die von niemandem zur Disposition gestellt werden dürfen, weder von ‚außen' noch ‚innen'." *(Götz)*

***

„Es gibt weder eine evangelische Arbeitszeit noch einen katholischen Akkord, geschweige dann eine ungläubige Kündigung, aber es gibt ein Unternehmertum, das die Existenzbedingungen aller arbeitenden Menschen nicht zu sichern imstande ist.

Anders ausgedrückt: Wer den Gegner aus dem Auge verloren hat und statt dessen meint, im politisch andersdenkenden Kollegen den Feind bekämpfen zu müssen, der hat immer noch nicht kapiert, was Einheitsgewerkschaft ist.

Niemand hat das Recht, unsere Mitglieder nach dem Parteibuch zu sortieren. Was zählt, ist einzig und allein der Einsatz für die Interessen derArbeiter und Angestellten auf der Grundlage gewerkschaftlicher Zielvorstellungen …

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zur angeblichen Unterwanderung des DGB durch die Kommunisten. Dieses Gespenst wird immer dann aus der Mottenkiste geholt, wenn man ablenken will. Ablenken von der eigenen Hilflosigkeit, von ökonomischen und politischen Problemen.

Das war bisher immer so. Als die Gewerkschaften gegen die Wiederaufrüstung, gegen Atomwaffen, gegen Notstandsgesetze kämpften, war es so. Es war so bei den spontanen Arbeitsniederlegungen 1969, und weil die Gewerkschaften auch in der Krise kampffähig geblieben sind, nicht gekuscht, sondern gestritten haben, wird diese alte Platte heute wieder aufgelegt. Für wie dumm halten uns diese Leute eigentlich? Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat es nicht nötig, sich an dieser Schmutzkampagne zu beteiligen, die immer dann, wenn die Marktwirtschaft ins Schlingern gerät, Hochkonjunktur hat.

Nur eines erfüllt mich mit großer Sorge: Während die Gewerkschaften früher solche Angriffe immer souverän und selbstbewußt zurückgewiesen haben, sind sie heute teilweie unsicher geworden und bemühen sich, zunächst ihre politische Zuverlässigkeit nachzuweisen.

Ich meine: Wer den Kapp-Putsch niedergeschlagen, die Leiden des Krieges, KZ, Emigration und Verfolgung ertragen, Hitler bekämpft, Demontagen verhindert und beim Wiederaufbau die Ärmel hochgekrempelt hat, der hat es heute nicht nötig, bei Herrn Stoiber und Konsorten ein demokratisches Führungszeugnis vorzulegen." *(Preiss)*

Wieder ein skandalöser Fall von Zensur im DGB

Referentenleitfaden zum Thema „Faschismus — Neofaschismus" verboten

BOCHUM. — Auf Druck der DGB-Zentrale und einiger Gewerkschaftsvorstände hat der nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende Siegfried Bleicher den Referentenleitfaden zum Schulungsthema „Faschismus — Neofaschismus" einziehen lassen.

Dies ist der neueste Streich der reaktionären Mafia von „Kommunistenjägern" im DGB! Momentan führen diese Kräfte eine massive Kampagne durch, mit dem Ziel, den DGB auf rein rechtssozialdemokratische Positionen einzuschwören und gegen alles was links, antifaschistisch oder gegen eine Sozialpartnerschafts-Politik gerichtet ist, als „kommunistische Unterwanderung" zu hetzen.

Wenige Tage vor dem Auslieferungsverbot des Leitfadens hatte der berüchtigte antikommunistische Scharfmacher Hermann Rappe, stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie, den politischen Inhalt des Leitfadens verteufelt. Auf einer IG-Chemie-Funktionärskonferenz in Bad Münder hetzte Rappe: ***„Für micht ist so etwas das reinste Unterwanderungscurriculum".***

Als Begründung für das Verbot des Leitfadens wird denn auch behauptet, er trage „DKP-Handschrift". Dieser Vorwurf ist nicht zuletzt auch als unterschwellige Diffamierung an das Vorstandsmitglied der IG Metall, Hans Preiss, gerichtet, der an der Erarbeitung des Leitfadens mitgewirkt haben soll. Hans Preiss gehört zu jenem Kreis höherer Gewerkschaftsfunktionäre, die sich immer wieder scharf gegen die antigewerkschaftliche Hetze von der angeblichen „kommunistischen Unterwanderung" des DGB gewandt haben.

Die DGB-Zensoren sind vor allem wegen der Kritik des Leitfadens an der sogenannten „Totalitarismus-Theorie" eingeschritten. Diese Theorie soll einerseits das Wesen des Faschismus verschleiern und andererseits den Kommunismus verteufeln, indem sie Faschismus und Kommunismus unter dem Schlagwort „Totalitarismus" in einen Topf wirft.

In dem Leitfaden heißt es, die *„gängige Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus (Kommunismus) im Rahmen der sogenannten Totalitarismustheorie"* könne für die Arbeiterbewegung *„kein akzeptabler Erklärungsansatz sein —, weil der Sozialismus als Wurzel der gesamten Arbeiterbewegung (unter Einschluß der freien deutschen Gewerkschaften) damit diskreditiert würde —, weil sich jede Sozialismustheorie an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer orientiert, während Faschismus diese negiert und Kapitalinteressen folgt".*

Diese Kritik an der „Totalitarismus-Theorie", vor allem die Aussage, daß der Faschismus Kapitalinteressen folgt, wird von der „Unterwanderungspolizei" um Rappe, Hauenschild, Vetter und Co. als „Übernahme von DKP-Theorien" begeifert.

Das aber heißt nichts anderes, als auf der Linie eines Stoibers, Strauß und Konsorten jede antifaschistische Theorie und Praxis als „DKP-gesteuert" und „moskauhörig" zu verteufeln!

Weiter wird der Leitfaden auch deshalb angegriffen, weil er anregt, bei Bildungsteilnehmern eine Diskussion über die Frage zu provozieren, inwiefern es zwischen der Krisenperiode 1929 bis 1933 einerseits und der Krisenperiode 1973 bis 1980 andererseits Parallelen gibt. Dabei läßt der Leitfaden jedoch offen, welche Schlußfolgerungen aus diesem Vergleich zu ziehen sind.

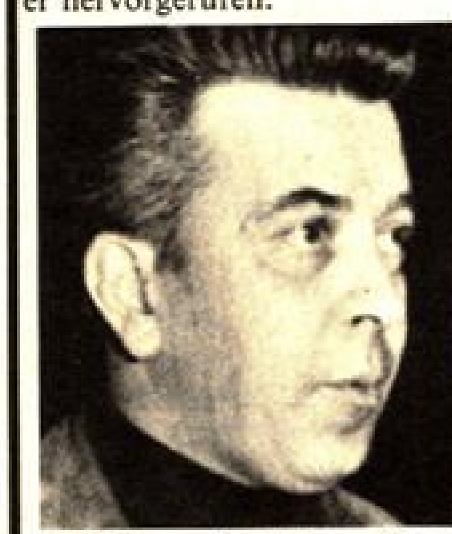
Gerade dieser Vergleich wird doch heute von jedem ernstzunehmenden Antifaschisten kritisch gezogen! Ohne dabei in eine Gleichsetzung zu verfallen, muß man die Parallelen zwischen diesen beiden Perioden einer sich zuspitzenden Krise des Kapitalismus bewußt machen. Ansonst kann man die Gefährlichkeit des Neonazismus und der Faschisierung in der Bundesrepublik doch überhaupt nicht sichtbar machen!

Wieder einmal — wie auch schon vor 1933 — sind es rechtssozialdemokratische Bonzen, die mit antikommunistischer Demagogie den gewerkschaftlichen Kampf gegen die faschistische Gefahr unterdrücken und spalten wollen. Das zeigt sich erneut am Verbot dieser Broschüre.

In diesem Zusammenhang ist übrigens der Hinweis darauf interessant, daß die „Totalitarismus-Theorie" auch in der Präambel des neuen DGB-Grundsatzprogramms enthalten ist. Der 4. Außerordentliche DGB-Kongreß, der dieses neue Grundsatzprogramm verabschiedet hat, tagte just zur selben Zeit, als die Schulungsbroschüre eingezogen wurde.

Ferdinand Patschkowski ist tot

Ferdinand Patschkowski, langjähriger Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden der IG Chemie Papier Keramik ist im Alter von 50 Jahren plötzlich gestorben. In der oppositionellen Gewerkschaftsbewegung hat der frühe Tod des aufrechten Gewerkschafters Bestürzung und Trauer hervorgerufen.



Kollege Patschkowski gehörte zu den konsequentesten Vertretern der fortschrittlichen Opposition innerhalb des Funktionärskörpers der IG Chemie. Im Frühjahr 1979, als die reaktionäre Mehrheit im damaligen IG-Chemie-Vorstand mit einer Satzungsänderung wesentliche Grundlagen gewerkschaftlicher Autonomie und die Reste der innergewerkschaftlichen Demokratie in der IG Chemie zerschlagen wollte, war es vor allem Ferdinand Patschkowski, der gemeinsam mit Paul Plumeyer und anderen Kollegen dagegen Sturm lief und den Widerstand in der IG Chemie organisierte.

Die rechte Mafia um Hauenschild und Rappe konterte mit der Suspendierung und Entlassung Patschkowskis. Dem starken Widerstand der Mitgliedschaft in der Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden und darüber hinaus war es zu verdanken, daß diese Maßregelung verhindert werden konnte.

Auf dem 11. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie im September 1980 gehörte der Kollege Patschkowski neben Paul Plumeyer zu den führenden Köpfen des oppositionellen Delegiertenlagers. Ein bedeutender Erfolg ihres Kampfes auf dem Kongreß besteht darin, daß durch einen Mehrheitsbeschluß die reaktionäre Satzungsänderung wieder rückgängig gemacht wurde.

Der Versuch, die oppositionellen Positionen im Hauptvorstand der IG Chemie zu behaupten und auszubauen, scheiterte jedoch. Es gelang Hauenschild und Konsorten, Paul Plumeyer aus der Führungsspitze der IG Chemie zu drängen und die Wahl Ferdinand Patschkowskis in den Hauptvorstand zu vereiteln. Dies ändert jedoch nichts an der Bedeutung und dem Wert des oppositionellen Kampfes des Kollegen Patschkowski und seiner Freunde.

Sein Tod ist ein bitterer Verlust für die gesamte fortschrittliche und revolutionäre Opposition in den DGB-Gewerkschaften.

Gewerkschaftsboß Döding hat „Wut im Bauch"

„... Besetzer aus den Häusern hinwegfegen"

Von „Bild" befragt, was Gewerkschaftsmitglieder über besetzte Häuser und Auseinandersetzungen zwischen Hausbesetzern und Polizei denken, wußte der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) folgende Auskunft zu geben:

Döding: *Die haben Wut im Bauch. Wenn sie nicht so friedlich veranlaßt wären, dann würden sie auf die Straße gehen und diese gewalttätigen Besetzer aus den Häusern hinwegfegen. Unsere Mitglieder und die große Mehrheit der Bundesbürger verstehen auch die Politiker nicht mehr.*

Bild: *Warum nicht?*

Döding: *Die Tatsache, daß in vielen Großstädten, die Wohnungsbaupolitik versagt hat, kann doch kein Grund sein, bei Demonstrationen fremdes Eigentum zu zerschlagen oder Häuser zu besetzen und dann zu Bollwerken gegen die Polizei auszubauen. Das hat mit Demonstrieren in einem demokratischen Staat gar nichts mehr zu tun. Unsere Mitglieder haben keinerlei Verständnis dafür, daß die Verantwortlichen diesem Treiben tatenlos zusehen, ja sogar in einigen Fällen mit gewalttätigen Hausbesetzern verhandeln. Sie müssen hart und energisch vorgehen, sonst glauben bald manche, daß man sich mit unserem Staat alles erlauben kann. Auf der anderen Seite muß Wohnungsspekulanten klar gemacht werden, daß Eigentum verpflichtet.*

Das Gerücht allerdings, Döding habe dem bayerischen Innenminister Tandler zu seiner Massenverhaftungsorgie gegen „mutmaßliche Hausbesetzer" in Nürnberg ein begeistertes Glückwunschtelegramm geschickt, ist momentan noch ungeklärt. (Dem eventuell verunsicherten Leser sei gesagt: Während besagtes Gerücht vermutlich von böswilligen Mitgliedern unserer Redaktion ausgestreut wurde, ist das „Bild"-Interview echt — leider!)

Preisindex zu niedrig

Oldenburger Forschungsgruppe weist Manipulation nach

OLDENBURG. — Im „Roten Morgen" haben wir schon des öfteren den amtlichen Preisindex kritisiert und darauf hingewiesen, daß er die Steigerung der Lebenshaltungskosten herunterspielt. Das wird jetzt durch eine Untersuchung der Forschungsgruppe „Energieeinsparung und Wirtschaftspolitik" an der Universität Oldenburg erhärtet.

Die Forschergruppe stellte fest, daß die Umlagen der Mieter für Heizung und Warmwasser im „Warenkorb" des Statistischen Bundesamtes für den Preisindex der privaten Haushalte überhaupt nicht enthalten sind. Zudem stammt die Gewichtung der verschiedenen Posten im Warenkorb noch aus dem Jahr 1976, obwohl der Öl- und Benzinpreis inzwischen überproportional gestiegen ist und dadurch mit einem erheblich größeren Anteil bei den Lebenshaltungskosten ins Gewicht fällt.

Durch diese Fehler erhält der Strompreis, der unter den Ausgaben für Energie bei den privaten Haushalten am wenigsten gestiegen ist, im Verhältnis zu dem weit stärker gestiegenen Ölpreis ein zu großes Gewicht, während umgekehrt der Ölpreis ein zu geringes Gewicht im „Warenkorb" des Statistischen Bundesamt erhält.

Die Oldenburger Forscher haben eine Neuberechnung der Grundlagen des Preisindexes vorgenommen und sind zu korrigierten Daten für die Preisentwicklung gekommen.

Diesen Berechnungen nach lag die wirkliche Teuerungsrate im Jahr 1979 nicht bei 4,1 Prozent, wie amtlich angegeben wird, sondern bei 4,8 Prozent. Für die Zeit von Januar bis November 1980 sind die Forscher auf eine Teuerungsrate von 5,4 Prozent statt der amtlichen Rate von 4,2 Prozent gekommen.

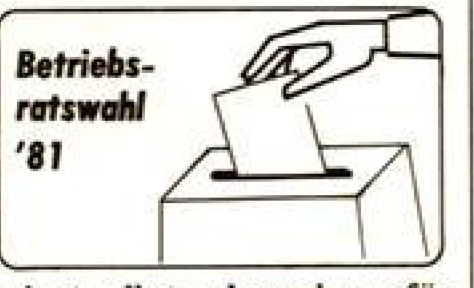
Die Forschungsgruppe hat allerdings nur einen, den oben genannten Manipulationsfaktor (Heiz-Umlagen) untersucht. Zusätzlich gibt es aber noch weitere Formen der Manipulation beim Preisindex.

Betriebsratswahl bei Ford in Köln

„Ein kämpferischer Betriebsrat muß her!"

Kollegen verschiedener Nationalität bilden klassenkämpferische Liste

KÖLN. — Eigentlich sollte es Persönlichkeitswahl mit einer alphabetisch geordneten Liste bei den Ford-Werken in Köln geben. Nachdem dies aber von zwei Spaltergruppen (CMV-Liste und einer reaktionären Liste von Kollegen aus der Türkei) verhindert worden war, reichte auch die gewerkschaftsoppositionelle Betriebsgruppe „Arbeitereinheit" ihre vorsorglich erstellte Reserveliste ein. Die fünf Kandidaten dieser Liste bringen ihr Programm auf folgenden Nenner: „Ein kämpferischer Betriebsrat muß her!"



Die Listenstifter der Spaltergewerkschaft CMV (Christlicher Metallarbeiter-Verband) und von der vermutlich faschistisch beeinflußten Gruppe Ford Türk Işçileri (Türkische Arbeiter von Ford) erwiesen der Belegschaft einen schlechten Dienst: Sie haben die Persönlichkeitswahl sabotiert und dadurch eine Kettenreaktion ausgelöst. Jetzt kandidieren im Arbeiterbereich bei Ford in Köln sieben verschiedene Listen.

Die einzig wirklich klare Alternative zur bisherigen sehr schlechten und unternehmerhörigen Betriebsratspolitik bildet dabei die Liste **ARBEITEREINHEIT für sichere und bessere Arbeitsplätze**, die von einer gewerkschaftsoppositionellen Gruppe von Ford-Arbeitern verschiedener Nationalitäten aufgestellt wurde. Zwei deutsche-, ein türkischer-, ein italienischer- und ein jugoslawischer Kollege kandidieren auf der Liste.

Auf der Liste der IG Metall kandidieren an vorderster Stelle wieder die alten Betriebsratsfürsten, die in allen Punkten die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit den Ford-Kapitalisten einer ehrlichen Vertretung der Belegschaftsinteressen vorziehen. Ihr Konzept gegen die Auswirkungen der Automobilkrise bei Ford, die im vergangenen Jahr zur Entlassung Tausender Kollegen geführt hat, ist nicht etwa die Aufklärung und Mobilisierung der Belegschaft gegen die Angriffe der Bosse. Vielmehr vertreten sie folgende Forderungen, die mit den Arbeiterinteressen nichts zu tun haben:

- Eine andere Modellpolitik bei Ford.
- Gegen britische Bevormundung und für ein deutsches Management.
- Nur in der Bundesrepublik gebaute Ford-Fiestas sollen auch in der Bundesrepublik verkauft werden dürfen.

Das ist eine völlige Fehlorientierung der Empörung der Kollegen über die Arbeitsplatzvernichtung. Da stecken reaktionäre, chauvinistische und sozialpartnerschaftliche Vorstellungen dahinter, die nur zur Spaltung der Arbeiter taugen.

Dementsprechend sah bisher die Betriebsratspolitik auch in der Praxis aus: Keinerlei Widerstand des Betriebsrats gegen die Entlassungsfeldzüge bei Ford, die über Abfindungsverträge durchgezogen wurden. Nicht die geringsten Versuche, die Belegschaft über die Absichten der Geschäftsleitung zu informieren. Im Gegenteil: man tat immer so, als wüßte man von nichts. Typisch auch, daß bei der Aufstellung der IGM-Liste noch nicht einmal die Vertrauensleute ein Mitspracherecht hatten, von den einfachen Gewerkschaftsmitgliedern gar nicht zu reden.

Die Liste ARBEITEREINHEIT stellte sich der Belegschaft mit einem Kampfprogramm vor, in dem es eingangs heißt: **„Wir, außer den fünf Listenkandidaten noch weitere aktive Gewerkschafter aus verschiedenen Bereichen, wollen, daß die IG Metall bei Ford zu einer kämpferischen Interessenvertretung wird, daß sie möglichst viele Kollegen dafür gewinnt, selbst und gemeinsam für ihre Interessen einzutreten und zu kämpfen."**

In Bezug auf die Art gewerkschaftlicher Interessensvertretung wird unter anderem gefordert, daß keine Art von Arbeitsplatzvernichtung kampflos hingenommen werden darf.

Der Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze steht nicht umsonst im Mittelpunkt des Programms der Liste ARBEITEREINHEIT. Die Situation bei Ford in Köln ist so, daß die Bosse immer noch von einem „Überhang" von 3 bis 4000 Beschäftigten sprechen. Anscheinend plant die Konzernleitung für die Kölner Ford-Werke keinerlei größere Investitionen mehr. Das heißt, daß möglicherweise ein Stillegungsplan für die Ford-Werke in Köln bereits in der Schublade liegt.

Es ist also zu hoffen, daß trotz der schwierigen Bedingungen (sieben konkurrierende Listen) wenigstens einige Kollegen der ARBEITEREINHEIT in den Betriebsrat einziehen können. Wahltage sind vom 6. bis 9. April.

Hoesch-Union

RGO-Liste bei Union steht

DORTMUND. — Die Einschüchterungsversuche der Bosse und Bonzen beim Dortmunder Hoesch-Werk Union haben ihr Ziel nicht erreicht! Bei 148 gültigen Unterschriften mußte der Wahlvorstand die Liste der RGO-Betriebsgruppe für die Betriebsratswahl anerkennen.

Auf der RGO-Liste kandidieren wieder die bisherigen Hoesch-Betriebsräte Hartmut Siemon und Norbert Bömer. Es gilt als sicher, daß die Liste genügend Stimmen erhält, so daß beide Kollegen erneut in den Union-Betriebsrat einziehen können.

HDW/Kiel

RGO-Liste mit 5 Kandidaten

KIEL. — Auch 1981 kandidiert bei den Howaldts-Werken-Deutsche Werft (HDW) in Kiel eine RGO-Liste zur Betriebsratswahl.

Im Unterschied zur Situation vor drei Jahren sehen jedoch diesmal nicht drei, sondern fünf Kandidaten auf der Liste, unter ihnen auch die bisherigen drei RGO-Betriebsräte. Die Liste wurde mit 107 gültigen Stützunterschriften bereits zur Wahl zugelassen.



„CSU-SA-SS!"

Besonders drastisch bringt diese Parole der Massendemonstration vom 10.3. die Empörung der Menschen zum Ausdruck. Und sie ist nicht die Parole einer „linksradikalen Minderheit". Ein Vater sagte auf der Elternversammlung: „Das erinnert mich an die Zeit meiner Eltern im Dritten Reich." Und die Geisteshaltung von Strauß und Co. wird auch in dieser Parole angegriffen: „Laßt die Leute heim — sperrt den Hoffmann ein!". An die Verhaftung dieses wirklichen Terroristen und Nazi-Führers aber denkt die CSU-Regierung immer noch nicht. Deshalb zeigt die hier genannte Parole sehr richtig, in welche Ecke die Hintermänner des Polizeiterrors gehören. Sie müssen von der politischen Bühne verschwinden!

D.L.

Polizeistaat Bayern

Es begann mit der Strauß-Rede in Passau am 4.3. „Die gewalttätigen Hausbesetzer sind der Kern einer neuen terroristischen Bewegung" — so verkündete der CSU-Chef. „Die Polizei in Bayern wird sich wehren" — das war eine andere Ankündigung aus CSU-Kreisen, die das Schlimmste ahnen ließ — denn niemand hatte die Polizei angegriffen. Es wurde Stimmung gemacht. Man hatte etwas vor.

Sechs kaputte Fensterscheiben...

Am 5.3. passieren dann die sogenannten Krawalle. Im Jugendzentrum läuft der normale Betrieb. Man sitzt zusammen, spielt, sieht Filme. Einige Jugendliche gehen nach einem Film über Hausbesetzer in den Niederlanden auf die Straße. An diesem Abend geschehen auch die „terroristischen Gewalttaten", die den Vorwand zu der riesigen Polizeiaktion liefern: Es gehen sechs Scheiben zu Bruch. Die Polizei sieht dabei zu! Es ist nicht so, wie es erst hieß, daß die Polizei zu spät kam. Sie sah zu, wie die Scheiben kaputt gingen und griff nicht ein.

Überhaupt muß man sich das mal vor Augen halten. Sechs Scheiben sind kaputt. Was ist das für ein „Strafbestand"? Das ist Sachbeschädigung, mehr nicht. Was wurde daraus gemacht? „Schwerer Landfriedensbruch"!

Gezielte Provokationen

Als alles vorbei ist — einige Demonstranten gehen zurück — wird das Jugendzentrum umstellt. **Unter den Polizisten sind Einheiten aus München.** Das heißt: Diese Verstärkung war schon in der Stadt. Sie stand bereit zur Aktion, ohne daß ein sichtbarer Anlaß gegeben war. Dieser Einsatz war vorbereitet, er ist offensichtlich Bestandteil einer großangelegten Provokation!

Dafür ist nicht allein der Nürnberger Polizeipräsident Kraus verantwortlich. Hier wird deutlich: Strauß hat von „Kriminellen" gesprochen, jetzt will er sie auch liefern ... und die „Kriminellen" werden in den Verlautbarungen der CSU alle 141 Menschen, die an diesem Abend festgenommen wurden und gegen die fünf Richter 141 Haftbefehls-Vordrucke ausfüllen.

Auch das ist eine Schweinerei für sich: den Besuchern des KOMM wurde, als sie freiwillig das Gebäude verließen und festgenommen wurden, zugesagt, sie würden „nur" erkennungsdienstlich behandelt. Dabei waren die Haftbefehle vorbereitet. Und sie wurden ausgeführt, obwohl die Polizei und die Justiz wußten, daß der größte Teil der Verhafteten bei der genannten Demonstration gar nicht mitgemacht hatte.

Die Eltern werden nicht informiert. Zum Teil werden sie, wenn sie das Gefängnis ausgemacht haben, in dem ihre Tochter oder ihr Sohn eingesperrt wurde, nicht vorgelassen. Eine Frau wird als „Terroristenmutter" beschimpft!

Die Eltern schließen sich zusammen. Hier erleiden Strauß und Co. eine klare Niederlage: Die Eltern erkennen, daß sie zusammen etwas machen müssen, daß sie gemeinsam betroffen sind und gemeinsam die Kraft aufbringen, dem staatlichen Terror entgegenzutreten. Sie richten eine Elternversammlung ein, die auch zu Aktionen aufruft. Auf einer Versammlung sagt eine Mutter: „Wir sollten uns nicht von den Steinewerfern distanzieren. Mein Sohn war nur zum Schachspielen ins KOMM gekommen. Jetzt kann man nicht einmal mehr weggehen, um Schach zu spielen, ohne damit rechnen zu müssen, verhaftet zu werden. Wenn ich mir das überlege, kann ich die Steinewerfer verstehen".



Auf zahllosen Transparenten forderten die Kundgebungsteilnehmer die Freilassung aller jungen Nürnberger aus bayrischen Gefängnissen

Die machtvolle Demonstration vor der Lorenzkirche.



Angehörige der Verhafteten drängen ins Amtsgericht.

Am Samstag gibt es die erste Demonstration. 1500 Menschen demonstrierten friedlich für die Freilassung aller Inhaftierten. Am Montag morgen „stürmen" die Eltern das Gericht. Sie wollen endlich die Besuchserlaubnis bekommen, um ihre Kinder wiedersehen zu können!

Am Dienstag abend gibt es eine große Kundgebung, zu der die SPD aufgerufen hat — was nicht heißt, daß all die Menschen, die dorthin kommen, etwas mit dieser Partei am Hut haben. Etwa 5000 Menschen versammeln sich vor der Lorenz-Kirche. In scharfer Form werden der Justizskandal und der Polizeiterror angegriffen.

Solidarität mit den Verhafteten — die gibt es in Nürnberg überall. Gewerkschafter, Vertrauensleute, Schülergruppen, Lehrergruppen, sogar die Kirche protestierten.

Nürnbergs größte Demonstration

Als allerdings am Schluß der Kundgebung ein Pfarrer zum Gebet in der Kirche aufruft, findet er keine große Gefolgschaft: **es formiert sich ein Zug, der zu einer der größten Demonstration der Nachkriegszeit in Nürnberg anwächst.** Etwa 10000 Menschen ziehen zum weit entfernt liegenden Gefängnis. Die Partei und die VOLKSFRONT sind dabei. Vor den Gefängnismauern wird eine eindrucksvolle Kundgebung abgehalten. Die ganze Wut und der Haß, der sich bei vielen aufgestaut hat, ist hier zu spüren.

„CSU-Schinder, jetzt sitzen schon die Kinder!"

Die Stoßrichtung des Protestes, die auf dieser Demonstration zum Ausdruck kommt, markiert eine weitere wichtige Niederlage für die reaktionären Politiker, die am liebsten aus unserem ganzen Land einen Polizeistaat machen möchten. Drastisch verdeutlicht das die folgende Parole: **„Macht Kraus auch viel Radau, der Strauß, der Strauß, der bleibt die größte Sau!", die Menschen in Nürnberg wissen, wer hinter der ganzen Sache steckt. Sie fordern die sofortige Ablösung des Polizeipräsidenten von Nürnberg, und sie fordern auch den Rücktritt von Strauß und Tandler!**



Bereits am Samstag demonstrierten 1500 Menschen.

Und sie lassen sich auch nicht dafür beruhigen, daß 22 Inhaftierte freigelassen wurden. Hier wollte die Justiz dem Protest die Spitze nehmen. Nach dem Motto: Seht ihr, wir lassen schon welche frei, bald noch einige, und wer dann noch sitzt, der ist wirklich ein Krimineller, mit dem solltet ihr euch nicht solidarisieren. Die Eltern, deren Kinder jetzt draußen sind, sollen sich möglichst von den anderen fernhalten.



Auch die 19jährige Mutter dieses zehn Monate alten Säuglings wurde eingesperrt.

Verrechnet haben sich die Herren. Alle 141 müssen freikommen! — An dieser Forderung gibt es nichts zu rütteln. Und damit allein ist es nicht getan. Denn die „Ermittlungen" wegen schweren Landfriedensbruch laufen gegen alle weiter, der Prozeß und Haftstrafen bis zu zehn Jahren drohen allen Festgenommenen! **„Einstellung aller Verfahren!"** — so lautete deshalb eine der Hauptforderungen auch bei der machtvollen Demonstration.

Tandler will Eskalation der Gewalt

Strauß, Tandler und Co. haben gemerkt, daß es mit der Einschüchterung und den Spaltungsversuchen nichts geworden ist. Ihre weiteren Stellungnahmen offenbaren die ganze Brutalität dieser Herren: Tandler fordert inzwischen die Ausrüstung der Polizei mit Hartgummigeschoß-Pistolen, mit denen auf Demonstranten geschossen werden soll. Aus Entfernungen von weniger als 25 Metern abgefeuert, können damit schwerste, ja tödliche Verletzungen verursacht werden.

Das verstärkt nur die Wut der Menschen. Der Kampf in Nürnberg geht weiter. Den Inhaftierten, allen von Prozessen Bedrohten gehört die Solidarität der Antifaschisten im ganzen Land!

Nazi-Verteidiger plädieren im Majdanek-Prozeß

Verhöhnung der Opfer des Faschismus

Freispruch für Lagerführer Hackmann gefordert

DÜSSELDORF. — Am 10.3. begannen im Majdanek-Prozeß die Plädoyers der Nazi-Verteidiger. Wie zu befürchten war, ist ihre Unverschämtheit und ihr Zynismus kaum noch zu überbieten; mit Duldung des Gerichts verhöhnen sie die Opfer des Faschismus. Rechtsanwalt Stratmann hatte die Stirn, für den ehemaligen Lagerführer Hackmann Freispruch zu fordern.

Hackmann hatte selbst mehrere Häftlinge umgebracht und an der Ermordung Tausender mitgewirkt. Stratmann allerdings meinte, „niedrige Beweggründe" seien Hackmann ebensowenig nachzuweisen wie seine innere Überzeugung vom Nationalsozialismus. Er habe nur aus falsch verstandenem Pflichtbewußtsein Beihilfe geleistet, da er die Treuepflicht der SS für sich als bindend anerkannte — „vermeidbarer Verbotsirrtum" nannte er das. Außerdem habe sich Hackmann in einem Befehlsnotstand befunden, in einer Notstandssituation, weil er bei der Verweigerung von Befehlen befürchten mußte, vor ein SS-Gericht gestellt und in ein KZ eingeliefert zu werden!

Dabei hat Hackmann noch nicht einmal nur Befehle ausgeführt. Er hat aus eigenem Antrieb grausam gemordet und seinerseits anderen Mordbefehle erteilt. Auch den Dienst bei der SS ist Hackmann freiwillig und bewußt angetreten.

Entschieden wehrte sich Stratmann gegen die Argumentation Dr. Kauls, des Vertreters des Nebenklägers Max Oppenheimer, der in Übereinstimmung mit dem Nürnberger Kriegsverbrecher-Urteil die SS als eine verbrecherische Vereinigung bezeichnete und den gemeinschaftlichen Willen zur Durchführung von Verbrechen und Morden bei ihren Angehörigen hervorgehoben hatte. (Vergleiche RM Nr. 11/81.) Verfolgung der SS-Leute nach diesem Grundsatz, so scheute sich Stratmann nicht zu sagen, käme der Sippenhaft für Nazis gleich!

Der Richter schritt bei dieser und anderen Unverschämtheiten nicht ein. Mehrere jüdische Zuschauer hielten es im Saal nicht mehr aus, ihnen wurde regelrecht schlecht beim Auftreten dieses Nazi-Anwalts. Das störte den Vorsitzenden, Herrn Bogen, nicht. Nur einmal forderte er Stratmann auf, eine Pause in seinen Ausführungen zu machen — mit Rücksicht auf die Angeklagte Lächert (die „blutige Brygida"), deren Hautkrankheit sich auf das Gesäß ausgedehnt habe und es ihr erschwere, so lange der Verhandlung zu folgen!

Aber das kann einen bei Herrn Bogen nicht verwundern. Denn dieser Herr wurde von Stratmann auch noch herangezogen, um seine Forderung nach Freispruch für Hackmann zu untermauern: er berief sich auf Urteilsbegründungen in früheren NS-Prozessen, in denen es ebenfalls zu Freisprüchen kam, und zitierte dabei — den Vorsitzenden Richter Bogen!

Stratmann zog noch weitere Justizskandale der Vergangenheit und Gegenwart für seine Verteidigung heran. Er berief sich zum Beispiel darauf, daß heute noch Rechtswissenschaftler und verantwortliche Juristen, die sich freiwillig zu Hitler bekannten und ihm zu Diensten waren, obwohl manche nicht einmal in der NSDAP waren, Straffreiheit genießen. Das ist wahr, und das ist eine Schande! Für Hackmann aber ein Anlaß, die Frage zu stellen: „Wie hätte sich bei solchen Vorbildern der kleine Mann, der Angeklagte, zurechtfinden sollen?"

Es ließen sich noch viele Beispiele für die Unverfrorenheit Stratmanns anführen. „Die Geschichte ist nichts anderes als Krieg, Tränen und Zerstörung", philosophierte er am 10.3., „von der Vertreibung aus dem Paradies über die Zerstörung Jerichos bis hin zur Kernspaltung". Im übrigen habe in der Nazi-Zeit „das Volk" Hitler willenlos geglaubt, nach der damaligen Auffassung sei die Vernichtung des jüdisch-bolschewistischen Untermenschentums rechtmäßig gewesen. Wie jeder Deutsche sei auch Hackmann von der Rechtmäßigkeit seines Tuns überzeugt gewesen, er hatte halt das Pech, in einem KZ arbeiten zu müssen. Deshalb kann er aber auch gar kein Mörder sein, sondern höchstens „Beihilfe leisten", denn er ist letztlich nicht verantwortlich.

Diese Unverschämtheit ist gleichzeitig eine Verhöhnung der deutschen Antifaschisten, die gegen Hitler und seine Hackmanns gekämpft und dafür ihr Leben aufs Spiel gesetzt und oft auch geopfert haben.

Auch Stratmann übernahm natürlich die These alle Alt- und Neo-Nazis, daß die Gaskammern in den KZs zur Desinfizierung von Kleidungsstücken gedient hätten. Und eine Verbindung zwischen Gaskammern und Krematorien habe nur deswegen bestanden, weil man damals zur Entlausung Heißluft benötigt habe!

Zum Schluß sagte Hackmann noch, deutschen Kriegsgefangenen sei es in russischer Gefangenschaft nicht besser ergangen als den russischen Gefangenen in Majdanek. (Hackmann hatte auch an der Ermordung Kriegsgefangener mitgewirkt, nachdem ein Teil von diesen die Flucht gelungen war.)

Und er schrie: „Diese **Helden** sind tot — aber der Angeklagte lebt!"

Wenn es nach dem Willen der Verteidiger geht, wird es jetzt für jeden einzelnen Nazi ein derartiges, mindestens zwei Tage dauerndes Plädoyer geben. Unter den Antifaschisten in Düsseldorf aber wächst die Empörung. Derartige Unverschämtheiten, die mit einer sachlichen Verhandlung nichts zu tun haben, werden sie nicht mehr lange unwidersprochen hinnehmen.



Schikanen gegen Asylbewerber

Wie im Wartesaal

KÖLN. — Mit allen Mitteln versucht der westdeutsche Staat, der sich selbst gern „Sozialstaat" nennen läßt, das Asylrecht auszuhöhlen. Dazu gehört auch das Bemühen, Asylsuchenden in Westdeutschland das Leben so schwer wie möglich zu machen.

In Köln werden Ausländer teilweise in Hotelzimmern untergebracht, zwei auf einem Zimmer, das nur für einen gedacht ist. Sie dürfen dort nicht kochen, aber ihr Geld — 300 Mark Sozialhilfe — reicht auch nicht zum Essengehen aus.

Ein Höhepunkt der Schikane ist, daß es in Köln Ausländern verwehrt wird, in eigene Wohnungen zu ziehen. Auch wenn diese viel billiger ist als das Hotelzimmer, zahlt das Sozialamt nicht (das Hotel wird bezahlt), damit sich die Asylbewerber auf gar keinen Fall heimisch fühlen können. Das zeigt auch, was davon zu halten ist, wenn Politiker sagen, für Sozialausgaben sei zuwenig Geld da — für menschenunwürdige Schikanen reicht es allemal!

Dagegen regt sich in Köln Protest. Eine „Antifaschistische Arbeitsgruppe" hat einen Offenen Brief an den Oberbürgermeister, den Oberstadtdirektor und die Ratsfraktionen geschrieben. Darin heißt es:

„Sehr geehrte Damen und Herren!

‚Asylbewerber sollen sich wie im Wartesaal fühlen!' — Mit Empörung haben wir diese Äußerungen von Uwe Keßler, dem Leiter des städtischen Wohnungsamtes im Bericht des Kölner Stadtanzeigers vom 20.2.81 gelesen.

Es ist erschreckend, mit welcher Menschverachtung die Asylbewerber von unseren städtischen Behörden behandelt werden, denn sie sind ja entweder aus politischer oder aus wirtschaftlicher Not in unser Land gekommen.

Kein Recht auf Arbeit, kein Recht auf feste Wohnung, 300 Mark Sozialhilfe! Können sich diese Beamten, kann sich der Herr Keßler eigentlich vorstellen, wie diese Menschen mit 300 Mark ohne eigene Kochgelegenheit auskommen sollen?

Wir möchten keine direkte Beziehung setzen, aber zur Warnung, zur Abschreckung und zur Aufrüttelung möchten wir erinnern an folgende Programmpunkte der NSDAP:

‚5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen ...

7. Wir fordern, daß der Staat sich verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen aus dem Reiche auszuweisen.

8. Jede weitere Einwanderung Nichtdeutscher ist zu verhindern.'

(Programm der NSDAP von 1920)

Zehntausende ausländische Mitbürger arbeiten und leben in dieser Stadt und füllen damit das Steuersäckel von Stadt und Land.

Wir fordern die Stadtverwaltung und die im Stadtrat vertretenen Parteien auf, für eine menschenwürdige und soziale Behandlung der asylsuchenden Menschen einzutreten."

Neue Polizeiwaffen

„Thema des Tages" war die „Gummiwuchtgeschoß-Pistole" für die „Bild"-Zeitung, einen Tag nach Tandlers Forderung, den Polizeistaat gegen Demonstranten noch weiter zu verschärfen. Klar, daß das Springer-Blatt diesen Vorstoß begrüßt. Da wird ein armer Polizist zitiert: „Wann werden wir endlich so ausgerüstet, daß wir uns die Gewalttäter vom Leib halten können?", fragt Obermeister Manfred E. (30) in München.

hermetisch abgeriegelt worden. Jeder, der auf den Römerberg wollte, mußte sich einer entwürdigenden Kontrolle durch die Polizei unterziehen, die oft auch mit einer Leibesvisitation verbunden war — die erste Provokation der Polizei. Wallmanns uniformierte Truppen hatten noch andere Sache auf Lager.

Als sich die Demonstranten in Bewegung setzen wollten, kamen sie mit einer weiteren Pro-

wurden immer wieder auf deutsch und auf türkisch Parolen gegen das faschistische Militärregime in Ankara und gegen die Bonner Regierung gerufen. Andere Parolen wie „Hoch die internationale Solidarität" bekräftigten die Kampfeinheit zwischen den deutschen Antifaschisten und den Kollegen aus der Türkei.

Bei der Abschlußkundgebung, auf der unter anderem

Das **Gummiwuchtgeschoß** ist eine vier Zentimeter große Hartgummischeibe, die im Flug in vier Teile zerfällt. Sie sind mit langen Nylon-Fäden verbunden. Trifft eines der Gummiteile beispielsweise den Brustkorb, so werden die anderen drei an den Fäden um den Oberkörper herumgeschleudert und treffen den Rücken.

Eine andere Version ist das **Gummischrot-Gewehr**, ein Karabiner mit abgesägtem Lauf. Auf diesen ist ein 25-Zentimeter-langer Schießtrichter aufgesetzt, aus dem ein Plastikbeutel mit 35 Hartgummikugeln verschossen werden kann. Diese Geschosse treffen mit breiter Streuung auf den ganzen Körper. Beide Waffen rufen auf jeden Fall sehr starke Schmerzen, Prellungen und Blutergüsse hervor. Werden sie aus Entfernungen von unter 25 Metern eingesetzt, verursachen sie schwerste und eventuell auch tödliche Verletzungen.

Auch wenn die Innenminister anderer Bundesländer noch zögern, Tandler zu folgen, müssen wir uns auf die angekündigte Eskalation der staatlichen Gewalt gefaßt machen. Organisieren wir den Widerstand! Nehmen wir die Gewaltandrohung zum Anlaß, die VOLKSFRONT gegen Reaktion und Faschismus weiter zu stärken und überall in unserem Land zu verwirklichen!

Taktik-Debatte im Bundesrat:

Wie kann man die Protestbewegung stoppen?

BONN. — Auf einer Sondersitzung der Innenministerkonferenz wollen die Innenminister der Bundesländer am 6. Mai die „Ursachen und Konsequenzen" der „gewalttätigen Ausschreitungen" bei Demonstrationen der letzten Zeit beraten. Man sucht verzweifelt nach Möglichkeiten, den Protest, besonders der Jugend abzuwürgen.

Die Ursachen für die Protestaktionen sind den Innenministern bestens bekannt. Die wollen sie gar nicht abschaffen. Es geht darum, die möglichst erfolgversprechende Taktik einzuschlagen, um die Protestbewegung zu spalten und niederzuhalten. Nur unter diesem Gesichtspunkt sind auch die Auseinandersetzungen um die Zweckmäßigkeit eines noch härteren Vorgehens der Polizei — z. B. mit der Verwendung von Hartgummigeschossen — zu sehen.

Wiederum wurde der Ruf nach einer Beschneidung des Demonstrationsrechts laut. Diesmal war es der schleswig-holsteinische Innenminister Uwe Barschel, der diesen Vorstoß führte. Wie er sich das Demonstrationsrecht vorstellt, haben seine Aktionen im Zusammenhang mit der Brokdorf-Demonstration hinlänglich gezeigt. „Ich bin ein glühender Anhänger des Demonstrationsrechts" — so tönte dieser Mann, der dieses Recht ständig mit Füßen tritt.

Mit den Stimmen der CDU/CSU-Mehrheit lehnte der Bundesrat am 13.3. auch die Abschaffung der Gewaltparagrafen 88 a und 130 a ab und rief den Vermittlungsausschuß an. Ein „Falsches Signal" sei diese Maßnahme in der heutigen Zeit, sagte unter anderem Stoltenberg. Und ausgerechnet Hillermeier von der CSU, der nicht müde wird, die Brutalität der bayrischen Polizei zu rechtfertigen, äußerte größte Bedenken gegen diesen „verhängnisvollen Irrtum", weil damit die „Gewalttäter" ermutigt würden.

Verschiedene SPD-Leute, besonders Klose aus Hamburg, erklärten noch einmal, warum sie die Paragrafen eigentlich abschaffen wollen: Weil sie mit dazu beigetragen haben, der Charakter dieses Staates als Unterdrückungsmaschine offenzulegen. „Bei vielen Jugendlichen", so Klose, „wenn nicht gar bei der Mehrheit (!)", sei inzwischen der subjektive Eindruck entstanden, in diesem Staat könne man nur durch „Demonstrationen und Provokationen" etwas erreichen. Dem will er entgegenwirken. Die Paragrafen in voller Schärfe anzuwenden, hatten sich die Regierenden bisher eh nicht getraut, so weit wollen sie — zur Zeit — noch nicht gehen. Da gewisse Politiker aber heute schon zu fast allem bereit sind, beweisen unter anderem die Vorfälle in Nürnberg.

Einigkeit herrschte wiederum bei allen Innenministern, daß man auch in Zukunft „verfassungsfeindliche Betriebsarbeit" vom Verfassungsschutz beobachten lassen will. Auch wenn von „speziellen Erhebungen" vor Betriebsratswahlen jetzt angeblich abgesehen werden soll, geht die Bespitzelung im Betrieb also unvermindert weiter.

All das zeigt, daß wir von der „Gesprächsbereitschaft" der Politiker nichts zu erwarten haben. Sie wollen uns einlullen und spalten. Sorgen wir dafür, daß sie auch damit scheitern!

Schönborn frei, Röders Prozeß verschoben

Justiz hätschelt die Nazis

LÜNEBURG/FRANKFURT. — Mit äußerster Zuvorkommenheit werden in Westdeutschland die Nazi-Terroristen behandelt, selbst dann noch, wenn man sie aufgrund der Schwere ihrer Verbrechen und des öffentlichen Protestes ausnahmsweise einmal einsperren mußte. Zur Vorbereitung ihrer Verteidigung in den anstehenden Prozessen wurden dem ehemaligen Rechtsanwalt und Terroristen Manfred Röder und dem Frankfurter NSDAP-Mann Erwin Schönborn außerordentliche Zugeständnis gemacht.

Der Prozeß gegen Röder, verantwortlich für mehrere Sprengstoff- und Brandanschläge, darunter gegen die Ausländerunterkünfte in Hamburg, Zirndorf und Lörrach und Leiter einer terroristischen Bande, wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Röder hatte behauptet, er habe wegen seiner „verschärften Haftbedingungen" — er sitzt in Untersuchungshaft in Lüneburg — keine Gelegenheit gehabt, sich auf seinen Prozeß vorzubereiten.

Schönborn bekam sogar Hafturlaub zur Prozeßvorbereitung. Dieser fanatische Nazi wurde schon zu mehreren Haftstrafen verurteilt, die immer noch nicht rechtskräftig wurden. Er sah sich durch seine Haft „in seinen prozessualen Möglichkeiten beschränkt" — jetzt ist er frei! Er muß eigentlich eine sechsmonatige Freiheitsstrafe absitzen.

Eine derart zuvorkommende Behandlung hat es für Antifaschisten in Westdeutschland noch nie gegeben. Aber für die Nazi-Terroristen ist dieser Staat auch dazu bereit!

Schülerdemonstration in Kiel

Volkskorrespondenz

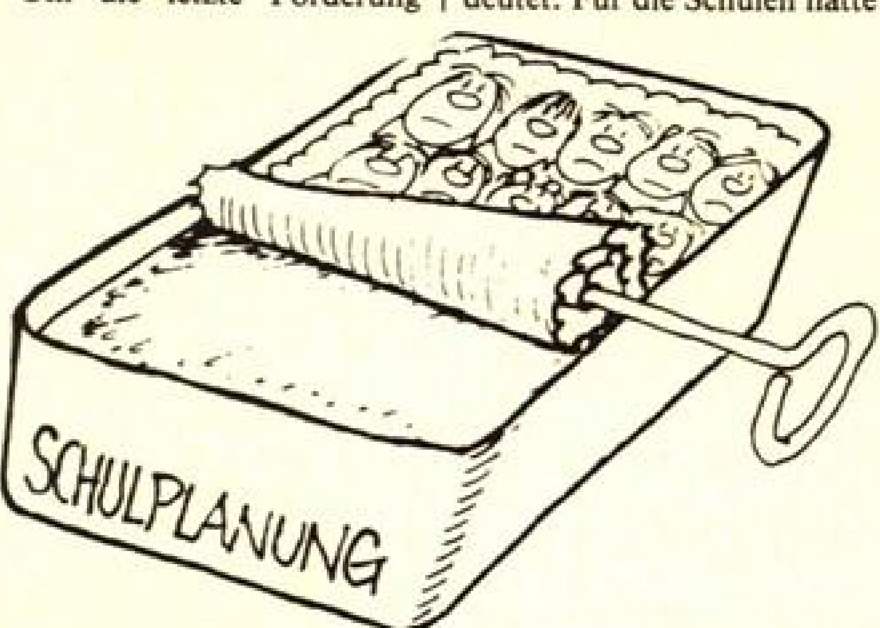
Rund 2000 Schüler aus ganz Schleswig-Holstein gingen am 7.3. in Kiel auf die Straße. Zu dieser Demonstration, die unter dem Motto „Für eine bessere Ausbildung in Schule und Betrieb" stand, hatten Landesschülervertretungen der berufsbildenden Schulen und der Gymnasien sowie die DGB-Jugend Nordmark aufgerufen.

Die Hauptforderungen waren:

- 2x6 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen!
- Keine Einfrierung der BAFöG-Sätze!
- Keine Einführung des Wehrkundeunterrichts! Keine Bundeswehrwerbung durch Jugendoffiziere im Unterricht!
- Ausbildung zum Erzieher und Hauswirtschaftsleiter nur an echten Fachschulen!

Was die vorletzte Forderung betrifft, so kommt es in Schleswig-Holstein an den Schulen öfters vor, daß Jugendoffiziere oder auch Leute von den Kreiswehrersatzämtern Vorträge über die Bundeswehr halten, um Zeit- und Berufssoldaten zu werben. Verschiedene Schülervertretungen haben daraufhin wiederholt gefordert, Zivildienstleistenden die gleiche Möglichkeit zu geben, was ihnen dann regelmäßig verwehrt wurde, zuletzt an der Berufsschule in Kiel.

Um die letzte Forderung hatte es in den letzten Monaten schon einige Furore gegeben. Das Kultusministerium hatte durch die Hintertür über eine Durchführungsverordnung zum BAFöG versucht, die bisherigen „unechten" Fachschulen für Erzieher und Hauswirtschaftsleiter zu Berufsfachschulen herabzustufen. Das hätte für die Schüler Kürzung des BAFöG-Satzes um die Hälfte sowie eine Verschlechterung der Ausbildungsinhalte und der späteren beruflichen Möglichkeiten bedeutet. Für die Schulen hätte es eine Kürzung der Gelder ebenfalls um die Hälfte bedeutet. Außerdem sollte jetzt statt Berufsausbildung und Hauptschulabschluß Berufsausbildung und Mittlere Reife die Aufnahmevoraussetzung sein.





tretung

Die Schüler haben hiergegen eine starke Bewegung auf die Beine gestellt. Als Höhepunkt einer ganzen Reihe von Aktionen, wie Podiumsdiskussionen, Infoständen und Demonstrationen, wurde im Dezember und Januar über mehrere Tage gestreikt. Das Kultusministerium wurde in die Ecke gedrängt. Auf Podiumsdiskussionen gingen den Vertretern des Kultusministeriums immer mehr die Argumente aus, und schließlich gab das Verwaltungsgericht Schleswig den Schülern in erster Instanz Recht.

Der alte Status ist also vorerst wiederhergestellt. Dies wird sich ändern, wenn das Kultusministerium in die Berufung geht. Dann nämlich bleibt die Verordnung des Kultusministeriums bis zur Entscheidung der zweiten Instanz rechtsgültig. Den Schülern steht also noch ein gutes Stück Kampf bevor, in dem die bereits errungenen Erfolge sicherlich anspornene werden.

SPD-Wählerinitiative: Auf kritische Fragen keine Antwort

„Schreiben Sie uns..."

Korrespondenz aus Westberlin

„Schreiben Sie uns. Wir laden Sie dann ein." Das versprach eine SPD-Wählerinitiative in Westberlin in einer Zeitungsannonce. Trotz gegenteiliger Versprechungen sucht dieser Wahlverein aber nicht das Gespräch mit dem Bürger, sondern erwartet widerspruchslose Unterstützung der SPD. Denn kritische Zuschriften sind nicht gefragt. Das beweist der Brief, den der „Rote Morgen" am 11.3. erhielt:

„Liebe Redaktion des Roten Morgen"

Vorliegenden Brief schrieb ich als Antwort an eine Wählerinitiative von SPD-Anhängern in der Annahme, eine Antwort zu bekommen. Leider hat sich bis heute noch niemand gemeldet. Nun gab mir ein Mitglied der VOLKSFRONT, (deren Sympathisant ich bin), den Rat, den Brief dem „Roten Morgen" zur Verfügung zu stellen zwecks Veröffentlichung. (...)"

Mit freundlichem Gruß
H.R.

Dies ist der Brief:

die Armee das Volk massakriert".

Tatsächlich ist Duarte, der einzige Nichtmilitär in der Junta, nur eine Figur, die dem Militärregime einen zivilen Anstrich verleihen soll. Inzwischen mehren sich die Anzeichen dafür, daß die faschistische Junta auch Duarte in die Wüste schicken will. Oberst d'Aubuisson nannte vor einigen Wochen den Teil der christdemokrati-

gen erhoffen, die von der Allgemeinheit als positiv verstanden werden sollen. Sind Sie wirklich davon überzeugt, daß einige neue Leute an der Spitze des Parteiapparates einige neue Programmpunkte verkünden und diese Punkte dann auch verwirklicht werden? Welche Versprechungen wurden von diesen Politikern vor Wahlen abgegeben und welche davon realisiert?

Die Seite im Tagesspiegel, auf der Ihre Anzeige steht, bringt eine Notiz, aus der man ersehen kann, daß ein Senatsdirektor und ein Senatsdirigent in den Aufsichtsrat der Berliner Bank berufen wurden. Beziehen diese beiden Herren ihre sicher nicht kleinen Gehälter von der einen oder der anderen Stelle oder von beiden? Übrigens führen diese eben genannten Titel zu der Frage, die viele Bürger stellen. Wieviel Verwaltungsposten wurden seit Gründung der Bundesrepublik geschaffen und wieviele werden wohl im Lauf der nächsten Jahre noch dazu erfunden? Posten, die im Verhältnis der effektiven Leistung ihrer Inhaber zu ihrer Dotierung total unverständlich sind. Sonderbarerweise wird trotz sinkender Bevölkerungszahl der Verwaltungsapparat größer. Und was hat dieser Verwaltungsapparat in den Jahren seiner Tätigkeit dem Wähler alles zugemutet? Könnten Sie eine Regierung nennen, die an Fehlentscheidungen, Skandalen, Verfilzung, Vetternwirtschaft und Arroganz noch reicher ist? Oder kann sich eine Partei, die sich als eine Partei der Arbeitenden verstand (angeblich noch versteht) noch weiter von der Klasse der Arbeitenden entfernen wie die SPD?

Wie finden Sie es: als vom Rathaus die Sparappelle an die Bevölkerung ergingen, erhöhte sich der Senat im gleichen Augenblick seine Bezüge. Geradezu als Hohn mutet es an, wenn sich Regierungsmitglieder mit der Forderung, den Gürtel enger zu schnallen, an die Bevölkerung wenden. Wen drücken wohl die enger geschnallten Gürtel? Wen drücken wohl die in schöner Regelmäßigkeit sich wiederholenden Bewilligungen von Gebührenerhöhungen? (Bewag, Gasag, BVG). Doch immer nur wieder den „Otto Normalverbraucher", der sich keine Privilegien wie z.B. Regierungsbeamte zulegen konnte. In der Sendung „Panorama" sprach man von 176 Sonderrechten für Beamte.

Betrachten Sie die Regelung der Ruhegehälter und Übergangsgelder für abgehende Regierungsmitglieder. Sechs Jahre Senatszugehörigkeit genügen zum Bezug der obengenannten Gelder. Sagen Sie bitte, mit welchem Recht bezieht nun ein ausscheidender Senator ein Übergangsgeld für 12 Monate in voller Höhe seiner bisherigen Bezüge? Egal wie alt er ist und wieviel Unfähigkeit er während seiner Tätigkeit bewiesen hat. Und im Anschluß bezieht er ein Ruhegehalt von sage und schreibe 156 000 Mark. Und alle diese Exsenatoren und Exminister und sonstige Regierungsmitglieder ernährt der „kleine Mann". Der, um erst einmal die Anwartschaft auf ein Ruhegeld zu haben, 15 Jahre Beitragszahlungen nachzuweisen hat. Hat er dann das Pech, nur diese 15 Jahre angerechnet zu bekommen, hat er eine Mindestrente, bei der er sich fragen muß, wie er davon existieren soll.

Fast mein ganzes Arbeitsleben habe ich in den Werkstätten einer großen Firma zugebracht und weiß somit, was im „Volk" gedacht und geredet wird. So tauchte eines Tages die Frage auf, ob sich an der behördlichen Dienstwagenschlange nicht eine große Menge Geld sparen ließe. Zumal ja dieser ungeheuer große Wagenpark auch vom arbeitenden Menschen unterhalten wird. Und mit welchem Recht muß der „Dienstwagen" eines Ministers stolze 190 PS haben? (Wegen der Energiekrise?) Vor allen Dingen — so sinnierte jemand — ist es eigentlich nicht einzusehen, daß bei einem Jahreseinkommen von 250 000 Mark (oder mehr???), für das wir als Arbeitende aufkommen müssen, wir auch noch diesen Dienstwagen und alles, was dazu gehört bezahlen.

Diese und ähnliche Fragen werden von vielen arbeitenden Menschen gestellt, liebe Wählerinitiative. Neulich las ich in einer Zeitschrift, daß die Dienstkutsche des Ministerpräsidenten Späth 240 000 Mark gekostet hat. Daß dieser Mann mit der Anzahl sogenannter Dienstflüge einsam an der Spitze aller Regierenden steht und damit der löcherigen Staatskasse weitere Löcher zufügt. Und das letzte Ei, das uns diese Regierung beschert hat, die Erhöhung der Mineralölsteuer, ist ja wohl das faulste. Man darf auf die Reaktion der Käufer und die Folgen in der Autoindustrie gespannt sein. Freilich spielt für Besitzer von Dienstwagen der Benzinpreis keine Rolle. Zahlt doch den „Sprit" wieder der „kleine Mann". Der übrigens die — durch oben genannte Maßnahme auf ihn zukommende — Preislawine voll auffangen muß und der sich leider nicht durch einfachen Beschluß seinen Lohn oder sein Gehalt aufstocken kann.

In der Hoffnung, Ihnen zusätzlichen Diskussionsstoff gegeben zu haben, schließt

Hochachtungsvoll
H.R."

Reichsbahner wegen Streik vor Gericht

Arbeiterkorrespondenz aus Westberlin

Jetzt sollen wir streikende Reichsbahner vor die Westberliner Justiz geschleppt werden! Da merkt man doch, daß die Bonzen in Ost und West gegen die Arbeiter zusammenhalten. Meine Anzeige gegen die Bahnpolizei wegen Körperverletzung wurde dagegen eingestellt. Aber es gibt ein Sprichwort: Pack schlägt sich, Pack verträgt sich.

Was uns auch vorgeworfen wurde: Hausfriedensbruch, Widerstand gegen die Bahnpolizei, Beleidigung, Verkehrsgefährdung, Sachbeschädigung usw.

Ich bin der Meinung, die Bahnpolizei und ihre Streikbrecher gehören auf die Anklagebank! Sie waren es doch, die die Türen von den Stellwerken zerhackt haben, die uns als Terroristen beschimpft haben(damit beleidigen sie jeden Werktätigen und andere Freiheitskämpfer, die gegen Unrecht und Unterdrückung kämpfen); sie waren es doch, die die Züge am Signal auf rot einfach vorbeifuhren (was hätte dabei passieren können!). Also gehören sie auf die Anklagebank und nicht wir streikenden Reichsbahner.

Jetzt merkt man auch, wie verkommen die Revisionisten sind, die sich nicht scheuen, Arbeiter vor die bürgerliche Klassenjustiz zu zerren.

Rotfront!
H.W.

Der Polizeipräsident in Berlin — BERLIN

Herrn
[redacted]
Hornblende Weg 5 a
1000 Berlin - 47

M II 2 - 513/81
321
78 10 71 - 1837
1837
1837
05. März 1981

Sehr geehrter Herr [redacted]

Gegen Sie wird ein Ermittlungsverfahren geführt, das folgende Beschuldigung zum Gegenstand hat:

Hausfriedensbruch, Widerstand gegen Bahnpolizei, Beleidigung
Montag, 22. 09. 1981 — Gelände der Deutschen Reichsbahn
Stellwerk " Mwt " (Güterbahnhof Moabit)

Nach § 163a der Strafprozeßordnung ist Ihnen Gelegenheit zu geben, sich zu der Beschuldigung zu äußern, die vorliegenden Verdachtsgründe zu beseitigen, zu Ihren Gunsten sprechende Tatsachen geltend zu machen und zu Ihrer Entlastung einzelne Beweiserhebungen zu beantragen.

Aus diesem Grunde werden Sie gebeten, unter Vorlage dieses Schreibens vorzusprechen am:

Mittwoch, dem 11. März 1981, zwischen 09.15 - 09.30 Uhr
1000 Berlin- 30, Keithstr. 28/32

Gegen die Türkeihilfe und die faschistische Junta

Fast 10 000 demonstrierten in Frankfurt

Polizeiprovokation gescheitert

FRANKFURT. — Fast 10 000 Antifaschisten aus der Türkei und aus allen Teilen der Bundesrepublik beteiligten sich an einer von der „Alternativen Türkeihilfe" veranstalteten Demonstration. Sie protestierten damit gegen die faschistische Militärjunta in Ankara und gegen die wirtschaftliche, politische und militärische Hilfe, die der Junta von der Bundesrepublik gewährt wird.



Taschenkontrollen vor Demonstrationsbeginn

Zu der Frankfurter Demonstration hatten neben der „Alternativen Türkeihilfe" die KPD, die VOLKSFRONT, der KB und lokale Organisationen sowie die türkischen Gruppen Halkin Kurtuluşu, DY, DHB und andere aufgerufen. Schon um neun Uhr morgens sammelten sich die ersten Demonstranten auf dem ursprünglich als Sammelpunkt vorgesehenen Paulsplatz, wo bereits starke Polizeikräfte postiert waren.

Wenige Tage vor der Demonstration hatte Bürgermeister Wallmann (CDU) — der vor wenigen Jahren durch das Verbot einer DGB-Demonstration zu zweifelhafter Berühmtheit gelangte — auch den Aufmarsch der Antifaschisten in der Frankfurter Innenstadt untersagt. Begründet hatte er sein Demonstrationsverbot mit „verkehrlichen Gründen". Um sich gegen den zu erwartenden Widerspruch der Veranstalter zu wappnen, hatte Wallmann eigens einen Boten nach Heidelberg geschickt, der dort ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs besorgen mußte, in dem auch eine Demonstration wegen „Beeinträchtigung des Straßenverkehrs" verboten worden war.

Das Verwaltungsgericht Frankfurt jedoch hob Donnerstag auf Antrag der „Alternativen Türkeihilfe" das Demonstrationsverbot wieder auf. Allerdings setzte es einen neuen Zeitpunkt (13 Uhr), einen neuen Sammlungsort (Römerberg) und eine andere Demonstrationsroute fest. Das war eine Beeinträchtigung der Wirkung des Aufmarsches. Denn nun mußte die Demonstration zur Mittagszeit durch vorwiegend menschenleere Straßen gehen.

Um elf Uhr wurden die auf dem Paulsplatz versammelten Antifaschisten von der Polizei aufgefordert, zum Römerberg zu gehen. Die Zugänge zu diesem Platz waren von Polizisten hermetisch abgeriegelt worden. Jeder, der auf den Römerberg wollte, mußte sich einer entwürdigenden Kontrolle durch die Polizei unterziehen, die oft auch mit einer Leibesvisitation verbunden war — die erste Provokation der Polizei. Wallmanns uniformierte Truppen hatten noch andere Sache auf Lager.

Als sich die Demonstranten in Bewegung setzen wollten, kamen sie mit einer weiteren Provokation. Sie verlangten, daß sich nach je tausend Demonstranten ein Konvoi der Polizei mit Wasserwerfern, anderen Fahrzeugen und „Fußtruppen" in den Zug einschieben könne. Dieses Ansinnen stieß natürlich auf energischen Protest bei den Antifaschisten. Bei Verhandlungen zwischen der Polizei und der Demonstrationsleitung gelang es dann immerhin, die Zahl der eingeschobenen Polizeikonvois auf zwei zu reduzieren.

Der Sinn dieser neuen Polizeitaktik liegt auf der Hand. Sie wollen einerseits abschrecken und Demonstranten durch den so unmittelbar zur Schau gestellten Gewaltapparat einschüchtern. Zum anderen dient der hautnahe Kontakt von Polizei und Demonstranten aber sicher auch dazu, Zwischenfälle zu provozieren, die dann ein willkommener Anlaß zum Auseinanderknüppeln der Demonstration wären. Diese Taktik ist somit insgesamt ein Angriff auf das Demonstrationsrecht. Es muß verhindert werden, daß sie Schule macht.

Die Provokationen der Frankfurter Polizei scheiterten jedoch an der Disziplin und Geschlossenheit der Demonstranten. Drei Stunden lang dauerte der eindrucksvolle Aufmarsch in Frankfurt. In dem unübersehbaren Demonstrationszug wurden immer wieder auf deutsch und auf türkisch Parolen gegen das faschistische Militärregime in Ankara und gegen die Bonner Regierung gerufen. Andere Parolen wie „Hoch die internationale Solidarität" bekräftigten die Kampfeinheit zwischen den deutschen Antifaschisten und den Kollegen aus der Türkei.

Bei der Abschlußkundgebung, auf der unter anderem auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Coppik sprach, wurde in scharfer Form auch die Bundestagsdelegation angegriffen, die kürzlich aus der Türkei zurückgekehrt ist und nun Stimmung für die Junta macht (siehe Artikel auf Seite 10). Die Redner forderten die Bundesregierung auf, ihre Hilfe für die faschistische Junta sofort einzustellen.


Die Polizei dringt in den Demonstrationszug ein


Um die Demonstration vor Provokationen zu schützen, wurden an beiden Seiten des Zuges Ketten gebildet



Demonstranten verkleideten sich als Häftlinge, um auf die Massenverhaftungen aufmerksam zu machen

Verschärfter Druck auf Türken im Ausland

Die Junta will Demokraten ausbürgern

In den letzten Wochen hat die faschistische Junta den Druck auf im Ausland lebende Demokraten aus der Türkei massiv verschärft. Dabei bedient sie sich auch eines Mittels, das schon die deutschen Nazis anwandten: Emigranten werden mit der Ausbürgerung und mit der Beschlagnahme ihres Besitzes in der Türkei bedroht.

Die türkische Presse hat eine Hetzkampagne gegen die im Ausland vor allem in der Bundesrepublik, lebenden Demokraten eröffnet. Der Terror, so heißt es da, habe sich aus der Türkei in die BRD verlagert und müsse hier bekämpft werden. Reaktionäre und faschistische Zeitungen, die in Westdeutschland vertrieben werden wie „Tercüman" und „Anadolu" rufen offen zu tätlichen Angriffen gegen Demokraten auf. Die Zeitung „Hürriyet" hat einen Brief in deutscher und türkischer Sprache veröffentlicht, in dem die faschistische Junta bejubelt wird. Diesen Brief sollen alle Leser an Parteien, Rundfunkanstalten usw. in der Bundesrepublik schicken.

„Tercüman" organisiert gegenwärtig überall im Bundesgebiet Veranstaltungen, die angeblich unpolitisch sind, an denen aber auch Diplomaten der türkischen Botschaft und der türkischen Konsulate teilnehmen. Zweck dieser Veranstaltungen ist es, die in unserem Land lebenden Menschen aus der Türkei auf die faschistische Junta einzuschwören und zum Haß gegen alle Demokraten und Antifaschisten aufzustacheln. Es ist auch bekannt geworden, daß Kollegen aus der Türkei in den westdeutschen Vertretungen des Evren-Regimes gezwungen wurden, Ergebenheitsadressen an die Junta zu unterzeichnen.

Das faschistische Regime hat unterdessen seine Krallen auch nach den im Ausland lebenden Demokraten ausgestreckt. Es erließ eine Aufforderung, nach der sich die Regime-Gegner, die im „Ausland gegen die Sicherheit und die öffentliche, wirtschaftliche oder finanzielle Ordnung" der Türkei verstoßen hätten, den Militärbehörden in der Türkei stellen sollen. Ihnen wird eine Frist von einem Monat gesetzt. Sollten sie bis dahin nicht in die Türkei zurückgekehrt sein, werden sie ausgebürgert und ihr Besitz wird beschlagnahmt. Diese brutale von den Hitler-Faschisten übernommene Maßnahme erstreckt sich auch auf die Kinder der betroffenen Demokraten.

Zuerst richtete die Junta diese Aufforderung an die Vorsitzende der „Arbeiterpartei der Türkei", Behice Boran und an den Vorsitzenden des Lehrerverbandes Töb-Der, Gültekin Gazioglu. Wenig später erhielten auch 24 ins Ausland geflohene Funktionäre der Gewerkschaft DISK das Ultimatum, sich den faschistischen Militärs zu stellen. Und offenbar hat die Junta eine weitere Ausdehnung dieser Maßnahme geplant.

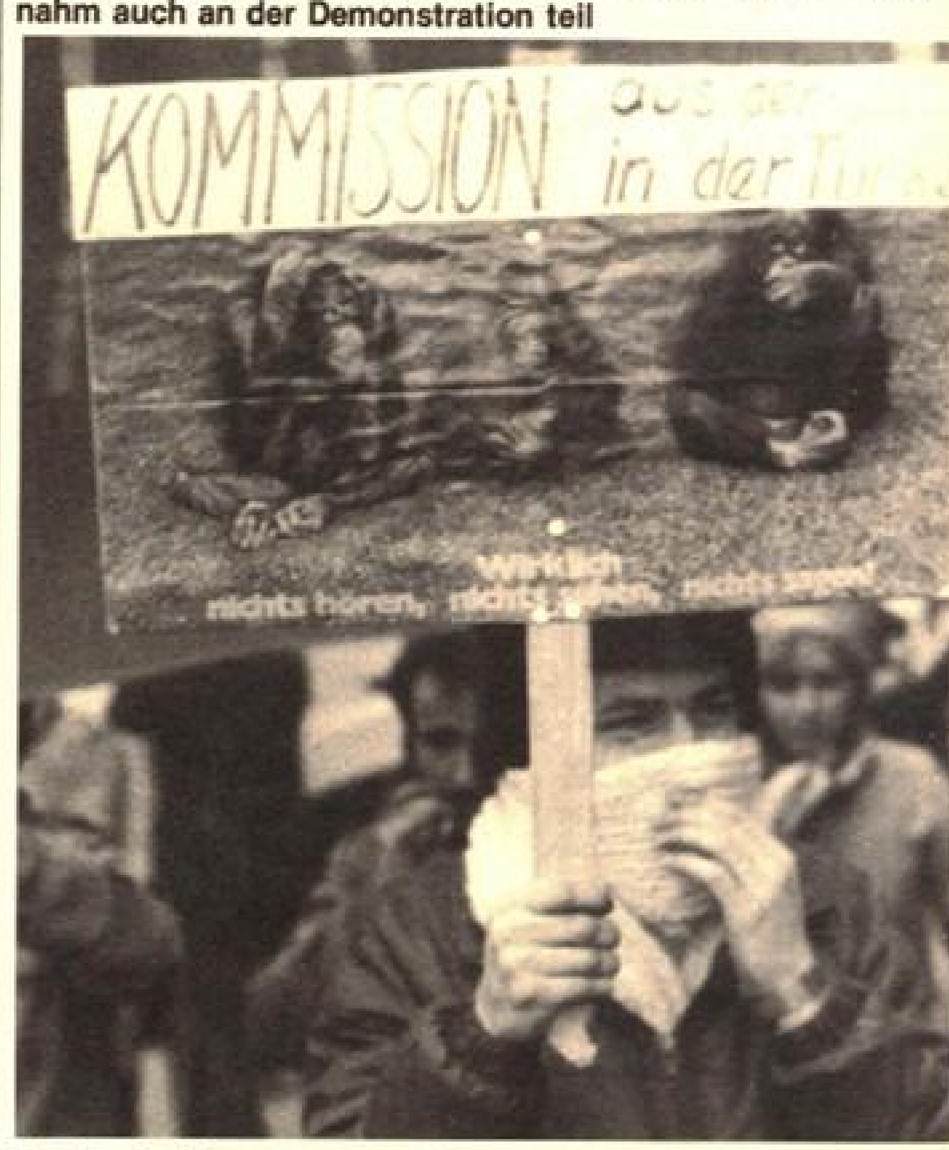
Der Kollege Gazioglu erklärte gegenüber der „Frankfurter Rundschau", er werde selbstverständlich der Aufforderung zur Rückkehr in die Türkei nicht nachkommen, weil von den Militärs „nur Willkür und keinerlei Gerechtigkeit zu erwarten ist". Der Töb-Der-Vorsitzende wies darauf hin, daß seit dem Putsch Hunderte von Mitgliedern seines Verbands verhaftet und gefoltert, viele davon auch zu Tode geschunden wurden. Gegen 3 786 in der Töb-Der organisierte Lehrer sind gegenwärtig Strafverfahren eingeleitet worden. Die Begründung: Sie hätten „kriminelle Forderungen" gestellt.

Gemeint sind damit Forderungen nach einem „Bildungssystem im Sinne der Entwicklung einer breiten Volkskultur, der Chancengleichheit für alle Klassen und Schichten der Gesellschaft". Weiter Forderungen nach dem Recht auf muttersprachlichen Unterricht (das heißt vor allem nach dem Recht für Kurden auf Unterrichtung in ihrer Muttersprache) und nach der „Abschaffung der Lehrbücher, die antiwissenschaftliche, reaktionäre und faschistische Gedanken" enthalten.

Diese für jeden Lehrer, der seinen Beruf ernst nimmt, selbstverständlichen Forderungen gelten heute in der Türkei als „kriminell". Ihretwegen werden Lehrer gefoltert und ermordet. Diese Tatsachen zeigen einmal mehr unverhüllt die faschistische Fratze der türkischen Generäle. Wenn die Junta dazu übergeht, auch die im Ausland lebenden Demokraten aus der Türkei unter Druck zu setzen, um sie zur Rückkehr zu zwingen, dann müssen wir äußerst wachsam sein.

Es gilt, das Zusammenspiel zwischen den türkischen Faschisten und den westdeutschen Behörden bei möglichen Ausweisungen solcher Kollegen zu vereiteln. **Kein in der Bundesrepublik lebender Demokrat aus der Türkei darf den faschistischen Mördern in die Hände fallen.**


Melike Demirağ, die Hauptdarstellerin des Films „Herde" nahm auch an der Demonstration teil



Treffender Kommentar zur Kommission der Bundesregierung

Terror in El Salvador

Reagan erhöht Militärhilfe für die Junta

SAN SALVADOR. — Die faschistische Junta geht weiter mit gnadenlosem Terror gegen das salvadorianische Volk vor. Am vergangenen Montag wurden in der Hauptstadt San Salvador die Leichen von 64 Menschen gefunden. Die Hintergründe dieses Massakers sind noch unklar.


Partisanen der salvadorianischen Befreiungsfront „Farabundo Marti"

Möglicherweise wurden diese Menschen wegen der Mißachtung der Ausgangssperre ermordet. Die Truppen der Junta haben Befehl, jeden sofort zu erschießen, der sich zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang auf der Straße befindet. Auch in den übrigen Teilen des Landes geht das bestialische Morden weiter. Ein Beispiel von vielen: In der Stadt Ahuchapan wurden die Lehrerin Maria Conception Recinos und acht weitere Familienmitglieder — darunter vier Kinder — von Junta-Soldaten aus dem Haus geholt, schwer gefoltert und dann ermordet.

Nach Angaben der Rechtshilfeabteilung des Erzbistums in San Alvador haben Kommandos der faschistischen Armee und Polizei seit Mitte letzten Jahres 202 Kinder umgebracht.

US-Präsident Reagan aber hat die Militärhilfe für die Kindermörder jetzt wieder einmal drastisch erhöht. Sie wurde mehr als verdoppelt. Auch die Zahl der sogenannten Militärberater wurde aufgestockt und beläuft sich jetzt nach offiziellen Angaben auf 54 Mann. **Die salvadorianische Befreiungsbewegung „Farabundo Mari" (FMLN) erklärte jedoch, daß sich inzwischen schon 800 amerikanische Militärs in El Slvador aufhalten, die dort die Killertruppen der faschistischen Junta drillen.**

Obwohl Reagan nach wie vor bestreitet, daß sich amerikanische Soldaten auch an Kampfhandlungen beteiligen, mehren sich die Anzeichen dafür, daß US-Militärs die Einheiten der Junta direkt kommandieren. So berichtete die salvadorianische Menschenrechtskommission kürzlich, das Dorf San Lorenzo sei von ausländischen Soldaten — offenbar Amerikanern — mit Artilleriefeuer beschossen worden.

Während in der letzten Woche pausenlos amerikanischer Waffennachschub für die Junta im Hafen Acajutlo und auf dem Flugplatz Ilopanga gelandet wurde, trat Reagan vor die Fernsehkameras, um seine Aggressionspolitik gegen El Salvador erneut zu bekräftigen. Wieder einmal bezeichnete er dabei den Befreiungskampf des salvadorianischen Volkes als „kommunistische Subversion in der westlichen Hemisphäre", die von Moskau gesteuert würde. Um die amerikanischen Werktätigen zu beruhigen, bestritt er die Absicht einer massiven militärischen Intervention in El Salvador.

Seit Vietnam aber weiß das amerikanische Volk, was solche Dementis wert sind. Denn mit fast den gleichen Worten hatten damals die Vorgänger der Reagan-Leute die Möglichkeit einer Intervention in Vietnam weit von sich gewiesen. Darüber hinaus war auch Reagans Rede selbst höchst verräterisch. Er schloß nämlich einen Überfall auf El Salvador nur **„zum jetzigen Zeitpunkt"** aus. Eine offene Drohung waren auch Reagans Worte, niemand könne Frieden für immer und ewig garantieren.

Die Sonderbotschafter des Weißen Hauses reisen unterdessen noch immer durch die Städte der westlichen Welt, um die „Verbündeten" auf die Unterstützung für Reagans Kriegskurs gegen das Volk von El Salvador einzuschwören. Nachdem sich schon die Regierungen von Norwegen und der Niederlande klar gegen die amerikanische Militärhilfe für die Junta ausgesprochen hatten, holte sich Reagans Sonderbotschafter Cohen auch in Dänemark eine deutliche Abfuhr. Außenminister Kjeld Olesen gab nach seinen Gesprächen mit Cohen eine Erklärung ab, in der er betonte, **das salvadorianische Volk kämpfe für vernünftige politische und soziale Verhältnisse. Die dänische Regierung, so Olesen, stünde auf der Seite der Unterdrückten.**

Solche klaren Worte kann man in Bonn allerdings nicht hören. Die CDU/CSU trommelt für eine uneingeschränkte Unterstützung der faschistischen Militärjunta, die von CDU-Generalsekretär Geißler vor einigen Wochen ja als „menschlich, christlich und Freund der Armen" bezeichnet wurde. CDU-Vorstandsmitglied Biedenkopf, gerade von einer USA-Reise zurückgekehrt, forderte die Einstellung jeder Kritik an der amerikanischen Salvador-Politik. Die Bundesregierung allerdings braucht eine solche Aufforderung nicht. **Sie hat es trotz aller Massaker in El Salvador weder für nötig gehalten, ihre Beziehungen zu der Mordjunta abzubrechen noch zum US-Aggressionskurs auf Distanz zu gehen.**

Statt dessen haben verschiedene Regierungsmitglieder und SPD-Führer in der letzten Zeit diplomatische Manöver zu einer sogenannten friedlichen Lösung des Bürgerkriegs in El Salvador gestartet. Unter anderem wollten sie in Bonn ein Treffen zwischen dem Chef des Militärregimes, Duarte, und dem Führer der Oppositionsfront FDR, dem Sozialdemokraten Guillermo Ungo arrangieren. Solche Manöver aber dienen nur der Verwirrung der Fronten.

Der Schlüssel zur Salvador-Frage liegt in Washington. Ohne die massive Unterstützung durch den amerikanischen Imperialismus könnte sich die blutige Junta längst gegen den geeinten Widerstand des ganzen Volkes keinen Tag an der Macht halten. Und was die Reagan-Leute von den sogenannten politischen oder friedlichen Lösungen halten, haben sie unmißverständlich klar gemacht. So wurde etwa der Generalsekretär der Sozialistischen Internationale (in der die SPD die maßgebende Rolle spielt) im amerikanischen Außenministerium kurzerhand vor die Tür gesetzt, als der Vermittlerdienste für eine „politische Lösung" anbot. Die USA, so wurde ihm bedeutet, unterstützten keine Verhandlungen zwischen den Bürgerkriegsparteien in El Salvador. Die würden den Aufständischen nur den Sieg verschaffen, den sie auf dem Schlachtfeld nicht erringen könnten.

Auch Teile des katholischen Klerus in El Salvador haben in der letzten Zeit deutlich gemacht, daß sie in Verhandlungen zwischen Duarte und der FDR, wie sie gerade von der Bonner Regierung als Lösung angepriesen werden, keinen gangbaren Weg sehen. Das bekräftigte in der vergangenen Woche der Leiter des Rechtshilfebüros des Erzbistums von San Salvador, Roberto Cuellar, bei einem Besuch in Stuttgart. Die Massenmorde, Verschleppungen und Mißhandlungen in seinem Land, so sagte Cuellar, könnten nicht auf das „private" Konto rechtsextremistischer Kräfte gebucht werden. Sein Büro verfüge über genügend Beweise dafür, daß all die Gewalttaten von der Armee selbst begangen würden. Und Duarte, auch wenn er wollte, könnte nicht verhindern, „daß die Armee das Volk massakriert".

Tatsächlich ist Duarte, der einzige Nichtmilitär in der Junta, nur eine Figur, die dem Militärregime einen zivilen Anstrich verleihen soll. Inzwischen mehren sich die Anzeichen dafür, daß die faschistische Junta auch Duarte in die Wüste schicken will. Oberst d'Aubuisson nannte vor einigen Wochen den Teil der christdemokratischen Partei Duartes, der die Junta unterstützt (der andere Teil hat sich der FDR angeschlossen) den „rechten Flügel der Kommunisten". Der Oberst machte auch kein Hehl daraus, warum er sich gegen Duarte und dessen Leute so stark fühlen kann. Washington, so erklärte er, würde seine Position voll unterstützen.

Die amerikanischen Imperialisten haben El Salvador mehr als einmal zum Testfall für ihre Politik der Eindämmung und Liquidierung von Befreiungsbewegungen eingehen und sie werden vor keinem Verbrechen zurückschrecken, um das Volk von El Salvador erbarmungslos niederzuschlagen. Wer diesem blutigen Feldzug der amerikanischen Supermacht gegen ein kleines Volk noch mit politischen Manövern abdeckt, wie es die Bundesregierung tut, macht sich mitschuldig an dem Völkermord.

Von der Bundesregierung muß gefordert werden, daß sie kompromißlos alle Beziehungen zur salvadorianischen Junta abbricht, daß sie die FDR als legitime Vertreterin des Volkes von El Salvador anerkennt und in ihrem Kampf unterstützt.

Auch in den USA werden die Proteste gegen Reagans Salvador-Politik immer stärker


Pro-Westler Roberto, Savimbi

Afghanistan und Angola

Reagan will „Freiheitskämpfer" bewaffnen

WASHINGTON. — Die amerikanische Regierung ist in ihrem Kurs der offenen militärischen Aggression gegen die Völker der Welt wieder einen Schritt weitergegangen. Reagan plant umfangreiche Waffenlieferungen an Organisationen, die gegen die von Moskau kontrollierten Regimes von Angola und Äthiopien kämpfen.

Der Sprecher des US-Außenministeriums, Dyess, kündigte in der letzten Woche an, seine Regierung sei zu Gesprächen mit dem Chef der angolanischen „Befreiungsbewegung" UNITA, Jonas Savimbi, bereit. Savimbi wird noch in diesem Monat in die USA kommen. Gleichzeitig laufen Bemühungen der Reagan-Leute, im amerikanischen Kongreß die Aufhebung eines Gesetzes aus dem Jahr 1976 zu erreichen, das damals dem Präsidenten Ford die weitere militärische Unterstützung der UNITA verboten hat.

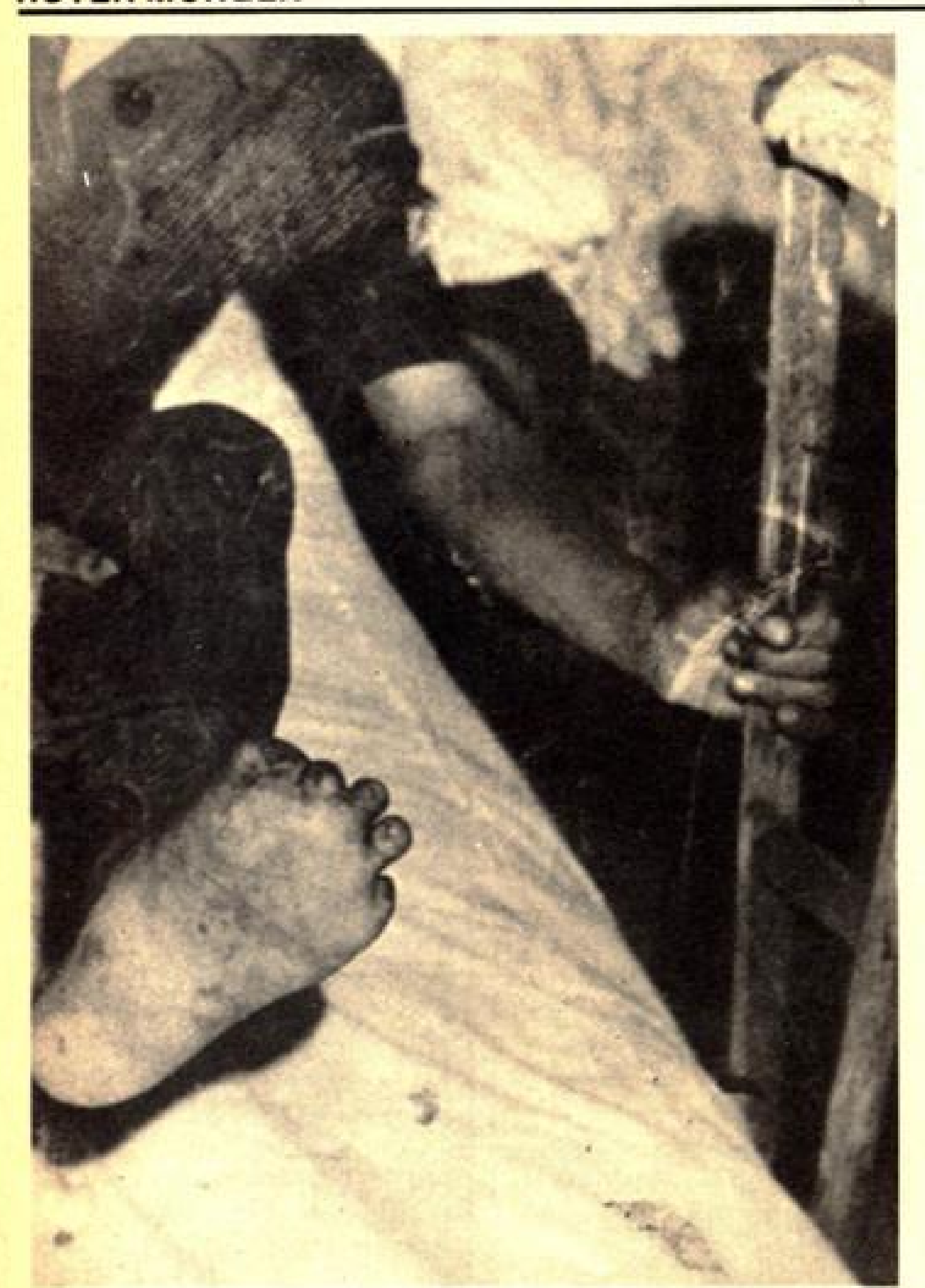
Während des Befreiungskampfes gegen die portugiesische Kolonialherrschaft hatten sich in Angola drei Organisationen herausgebildet: die MPLA, die UNITA und die FLNA. Während die MPLA immer mehr unter sowjetischen Einfluß geriet, wurden die beiden anderen Organisationen vom CIA ausgerüstet. Jede der beiden Supermächte wollte nach dem unausweichlichen Sturz der portugiesischen Herrschaft das an Bodenschätzen reiche Land unter ihre Kontrolle bringen.

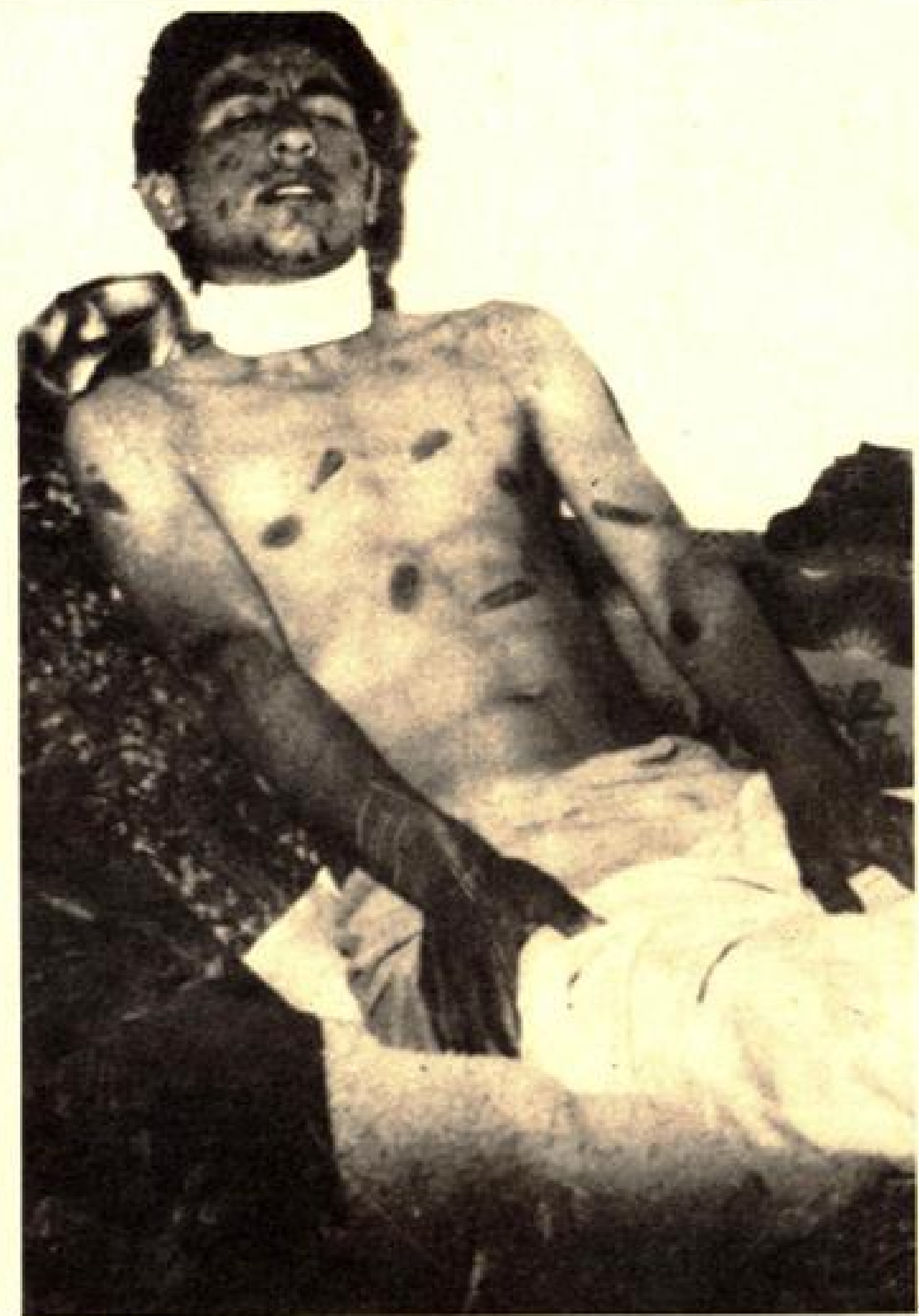
Damals machte Moskau das Rennen, nicht zuletzt durch den massiven Einsatz von kubanischen Söldnern. Die UNITA mußte wieder in den Untergrund gehen, wo sie aber keineswegs als wirkliche Befreiungsbewegung gegen die sowjetische Fremdherrschaft operiert. Sie ist heute vielmehr eine reine Terrorbande, die im Dienst der südafrikanischen Rassisten steht. In deren strategischen Plänen hat sie die Aufgabe, die Situation in Angola zu destabilisieren und gemeinsam mit südafrikanischen Terrorkommandos gegen die Nachschublager der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO in Angola vorzugehen.

Wenn sich jetzt auch die amerikanischen Imperialisten der UNITA wieder annehmen wollen, dann steht dahinter der Plan, mit Hilfe der Terrorbande des Herrn Savimbi einen Stellvertreterkrieg gegen die sowjetischen Oberherren in Angola zu führen — mit dem Ziel, aus dem Land eine amerikanische Neokolonie zu machen.

Und das gleiche gilt auch für Afghanistan. Hier war es Reagan persönlich, der in einem Fernsehinterview ankündigte, daß er grundsätzlich bereit sei, afghanische Widerstandskämpfer mit Waffen zu unterstützen. Es liegt auch hier auf der Hand, daß damit nicht diejenigen Kräfte gemeint sind, die gegen die sowjetischen Besatzer für eine wirkliche Unabhängigkeit ihres Landes kämpfen. Der afghanische Widerstand ist bekanntlich sehr zersplittert und von seiner Klassenbasis und seinen politischen Zielen her höchst widersprüchlich. Neben den Volkskräften sind von pakistanischen Exil aus auch die von der Macht verdrängten ehemaligen Feudalherren und ihre Banden aktiv.

Und gerade diese Banden sind die geeigneten „Partner" für die amerikanischen Imperialisten. Sie werden in ihren pakistanischen Lagern schon heute vom CIA und den chinesischen Revisionisten ausgebildet und aufgerüstet. Reagans Ankündigung von massiven Waffenlieferungen zielen zum einen darauf ab, diesen Banden gegenüber den wirklichen Patrioten im afghanischen Widerstand ein Übergewicht zu geben. Zum anderen bedeuten sie wie auch in Angola ein unmittelbares militärisches Eingreifen der amerikanischen Supermacht in den Herrschaftsbereich ihrer sowjetischen Konkurrentin. Auch hier soll auf dem Rücken und mit dem Blut des Volkes ein Stellvertreterkrieg der imperialistischen Supermächte geführt werden.





Opfer der Folter in der Türkei

Bundestagsdelegation aus Ankara zurück

Propaganda für die türkische Junta

BONN. — Am vergangenen Montag gab die aus der Türkei zurückgekehrte Bundestagsdelegation eine Pressekonferenz in Bonn. Als übereinstimmendes Ergebnis der Reise bezeichnete Delegationsleiter Mertes (CDU) die Einsicht, daß die Türkei ein „entscheidendes Element der Sicherheitspolitik der NATO" sei.

Eine wahrlich überraschende Erkenntnis! Um sie zu gewinnen, hätten sich die fünf Damen und Herren vom Bundestag jedoch nicht den Mühen einer Reise in die Türkei unterziehen müssen. Ein einfaches Ortsgespräch mit der Bonner Hardthöhe hätte genügt. Minister Apel wäre sicher gern bereit gewesen, den Parlamentarieren die Bedeutung der türkischen Faschisten-Junta für die NATO-Strategie zu erläutern.

Aber eigentlich sollte die Türkei-Reise ja ganz anderen Zielen dienen. Nicht die NATO-Politik stand auf dem Programm, sondern eine Untersuchung der Menschenrechtssituation in der Türkei. Und in dieser Hinsicht waren einige Hoffnungen mit der Reise dieser Delegation verknüpft worden. Hatte doch etwa Helga Schuchardt (FDP) mehrfach betont, daß nicht zuletzt der Hungerstreik von türkischen und deutschen Antifaschisten ein Anstoß für die Bildung der Delegation gewesen sei. Die Hungerstreikenden hatten ja unter anderem gefordert, daß eine Kommission zur Untersuchung der gegen die Junta erhobenen Vorwürfe in die Türkei entsandt würde.

Mit diesen Vorwürfen hat sich die fünfköpfige Abordnung, der neben Mertens und Frau Schuchardt auch Renate Hoffmann (CDU) und die beiden SPD-Abgeordneten Karsten Voigt und Peter Corterier (beide Herren übrigens ehemalige Juso-Funktionäre) angehörten, auch beschäftigt. Und wie sie das getan haben! Sie sind direkt in die Höhle des Löwen gegangen und haben dem Junta-Chef Evren und den anderen Putsch-Generälen knallhart ihre Fragen präsentiert. So nach dem Motto: Herr General, ist es wahr, daß sie foltern?

Und siehe da: Die faschistischen Henker waren offenbar vom Mut unserer Abgeordneten so beeindruckt, daß sie auf solche offenen Fragen mit einem ebenso offenen Nein geantwortet haben. Womit dann ein wesentlicher Teil der Untersuchung abgehakt werden konnte. Delegationsleiter Mertens erklärte dann auch unwidersprochen bei der Bonner Pressekonferenz, Folterungen wären kein Wesenszug des türkischen Militärregimes. Die Generäle haben das schließlich selbst gesagt, und was braucht es da noch anderer Beweise.

Sicher, ein bißchen Folter würde es schon geben. Das wären aber nur Einzelfälle, die ohne Wissen der Junta und mit deren Mißbilligung praktiziert würden.

Das kennen wir doch schon! Früher gab es auch im faschistischen Deutschland die Parole: Davon hat der Führer nichts gewußt.

Herr Mertens konnte dann noch eine andere auf seiner Reise gewonnene Erkenntnis zum Problem Folter beisteuern: Die Frage der „polizeilichen Behandlung", so sagte er, könne im gesamten Nahen Osten nicht mit westeuropäischen Maßstäben verglichen werden. Was soll man daraus schließen? Daß für die Leute da unten ein paar Elektroschocks eine ganz normale Sache sind? Andere Länder, andere Sitten!

Bei soviel Verständnis und Offenheit im Umgang mit der Junta kann es nicht verwundern, wenn die Bonner Parlamentarier lobend die „freundschaftliche Atmosphäre" ihrer Gespräche mit den türkischen Mordgenerälen hervorhoben. Und sie konnten der Presse auch noch andere sensationelle Mitteilungen machen. Zum Beispiel, daß die Türkei in absehbarer Zeit „zur Demokratie zurückkehren" wird. Woher sie das wissen? Das hat ihnen auch der General Evren gesagt. Und der muß sich ja schließlich auskennen.

Trotz alledem aber haben die fünf Damen und Herren vom Bundestag auf der Pressekonferenz auch über den Terror in der Türkei gesprochen. Nicht über den gegenwärtigen allerdings, sondern über die Situation vor dem Putsch vom letzten September. Da wurden sie sehr beredt. Frau Hoffmann präsentierte lange Listen mit Terroropfern aus der Zeit vor dem Putsch, natürlich ohne sich weiter darüber auszulassen, wer denn die Mörder dieser Menschen waren. Herr Mertens gab seiner tiefen Bewunderung für die faschistischen Militärs Ausdruck, indem er sagte: „Sie haben die Bürde der Beendigung der Terrorsituation auf sich genommen, um ihrem Land zu dienen." Alles nur im Dienst des Vaterlands! Auch diese markigen Worte kennt man nur allzu gut aus der jüngsten deutschen Vergangenheit. Wie man sieht, hat Herr Mertens nichts verlernt.

Aber auch der Ex-Juso Voigt wollte bei der Pressekonferenz sein Teil beitragen. Er sieht die Sache weniger vom Vaterland als vielmehr von den Massen her. Man müßte doch verstehen, „daß viele Leute in der Türkei nach einer solchen Erfahrung mit solchen Terroropfern dann sozusagen erstmal Ruhe und Sicherheit der Demokratie vorziehen." Klar, die Massen haben sich geradezu nach der faschistischen Diktatur gesehnt. Aber das genügte dem SPD-„Linken" noch nicht. Er versicherte seinem staunenden Publikum, daß „auch Funktionäre der DISK die Machtübernahme (durch das Militär) als notwendig, wenn nicht als zu spät" bezeichnet hätten.

Man muß sich das einmal vorstellen: Die fortschrittliche Gewerkschaft DISK ist von der Junta verboten worden. Auf ihre Funktionäre und Mitglieder wird im ganzen Land Jagd gemacht. Tausende sind schon eingekerkert, werden in den Gefängnissen bestialisch gefoltert. Viele haben dabei ihre Leben verloren. Und da kommt ein Herr Voigt daher und erzählt, diese Gewerkschafter hätten gar nichts anderes gewollt als eine möglichst schnelle Machtübernahme durch das faschistische Militär. Sollen wir etwa glauben, daß unsere Kollegen in der Türkei allesamt Masochisten sind, die sich nur in der Folterkammer wohlfühlen? Mit wem hat dieser Voigt überhaupt gesprochen?

In einem wirklichen Gefängnis jedenfalls sind er und seine Bundestagskumpane nicht gewesen. Sie haben sich von den Henkern der Junta in einer speziell für solche Gelegenheiten ausgebauten Haftanstalt herumführen lassen, wo es natürlich auch keine politischen Gefangenen gab. Diese Visite erinnert fatal an den Besuch einer Rot-Kreuz-Delegation im von den Nazis für diesen Zweck präparierten KZ Buchenwald. Auch die Rotkreuzler hatten damals der Weltöffentlichkeit kundgetan, sie hätten von Terror im Reiche Hitlers nichts gesehen.

Genau diesen Zweck hat schließlich auch die Reise der Bundestagsdelegation in die Türkei gehabt. Sie soll den Widerstand gegen die Junta im Ausland dämpfen. Sie soll Stim-

winnt, selbst und gemeinsam für ihre Interessen einzutreten und zu kämpfen."

In Bezug auf die Art gewerkschaftlicher Interessensvertretung wird unter anderem gefordert, daß keine Art von Arbeitsplatzvernichtung kampflos hingenommen werden darf.

Der Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze steht nicht umsonst im Mittelpunkt des Programms der Liste ARBEITEREINHEIT. Die Situation bei Ford in Köln ist so, daß die Bosse immer noch von einem „Überhang" von 3 bis 4000 Beschäftigten sprechen. Anscheinend plant die Konzernleitung für die Kölner Ford-Werke keinerlei größere Investitionen mehr. Das heißt, daß möglicherweise ein Stillegungsplan für die Ford-Werke in Köln bereits in der Schublade liegt.

Es ist also zu hoffen, daß trotz der schwierigen Bedingungen (sieben konkurrierende Listen!) wenigstens einige Kollegen der ARBEITEREINHEIT in den Betriebsrat einziehen können. Wahltage sind vom 6. bis 9. April.

Meldungen

Schweden: Solidarität mit El Salvador

STOCKHOLM. — Von einer Massenkundgebung im Herzen der Hauptstadt war der Besuch des US-Sonderbotschafters Cohen in Schweden begleitet. Cohen hat im Auftrag Reagans eine Europa-Tour absolviert, um die westlichen Regierungen auf eine Unterstützung für die amerikanische Salvador-Politik einzuschwören.

Bemerkenswert an den Protesten in Stockholm ist die Tatsache, daß zu der Kundgebung vier der fünf im Reichstag vertretenen Parteien aufgerufen hatten. Einzig die reaktionäre Sammlungspartei beteiligte sich nicht daran. Eine sozialdemokratische Zeitung bezeichnete Cohen treffend als „Handlungsreisenden in Sachen Tod und Terrorismus."

China: Arbeiterproteste gegen Deng-Regime

PEKING. — Die mittelchinesischen Provinzen werden offenbar von Protestaktionen gegen das Pekinger Regime erschüttert. Die Parteizeitung „Renmin Ribao" meldete — ohne auf Einzelheiten einzugehen —, daß in dieser Region bei zahlreichen Vorfällen „Gesetze und Bestimmungen verletzt wurden".

Aus der Stadt Taiyuan wurde bekannt, daß dort Stahlarbeiter öffentlich gefordert haben, „das politische System der Bürokratie zu stürzen." Sie verlangten „für die Arbeiter das Recht, über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen."

Britannien: Streiks im öffentlichen Dienst

LONDON. — Etwa eine halbe Million Werktätige legte am vergangenen Montag für einen Tag die Arbeit nieder und legte damit weite Teile des öffentlichen Dienstes lahm. Die Kollegen fordern eine Lohnerhöhung von 15 Prozent, die Regierung hat nur 7 Prozent angeboten.

Durch den Streik wurden die Flughäfen des Landes stillge-

Anteil bei den Lebenshaltungskosten ins Gewicht fällt.

Durch diese Fehler erhält der Strompreis, der unter den Ausgaben für Energie bei den privaten Haushalten am wenigsten gestiegen ist, im Verhältnis zu dem weit stärker gestiegenen Ölpreis ein zu großes Gewicht, während umgekehrt der Ölpreis

Hoesch-Union

RGO-Liste bei Union steht

DORTMUND. — Die Einschüchterungsversuche der Bosse und Bonzen beim Dortmunder Hoesch-Werk Union haben ihr Ziel nicht erreicht! Bei 148 gültigen Unterschriften mußte der Wahlvorstand die Liste der RGO-Betriebsgruppe für die Betriebsratswahl anerkennen.

Auf der RGO-Liste kandidieren wieder die bisherigen Hoesch-Betriebsräte Hartmut Siemon und Norbert Bömer. Es gilt als sicher, daß die Liste genügend Stimmen erhält, so daß beide Kollegen erneut in den Union-Betriebsrat einziehen können.

SVR Albanien: 8. Parteitag der PAA einberufen

TIRANA. — Das 9. Plenum des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens hat den folgenden Beschluß gefaßt:

Der 8. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens wird für den 1. November 1981 einberufen. Als Tagesordnung wurde festgelegt:

1. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der PAA. Den Bericht wird Genosse Enver Hoxha, der Erste Sekretär des ZK, abgeben.
2. Bericht der Zentralen Kontrollkommission, vorgetragen vom Vorsitzendem der Kommission, dem Genossen Pilo Peristeri.



Genosse Enver Hoxha

3. Bericht über die Direktiven des 8. Parteitags der PAA für den 7. Fünfjahresplan der Entwicklung der Wirtschaft und der Kultur in der SVR Albanien für die Jahre 1981 bis 1985. Dieser Bericht wird von dem Genossen Mehmet Shehu, Mitglied des Politbüros der PAA und Vorsitzender des Ministerrats der SVRA vorgetragen.

EG: 8,4 Millionen arbeitslos

BRÜSSEL. — Einen beispiellosen Anstieg der Arbeitslosenzahlen mußte das Statistische Amt der EG für die letzten zwölf Monate melden. Insgesamt sind gegenwärtig nach den offiziellen Meldungen 8,4 Millionen Werktätige in der EG arbeitslos, was einer Rate von 7,7 Prozent entspricht.

Katastrophal ist die Lage in Britannien, wo innerhalb eines Jahres ein Anstieg um 65 Prozent auf 2,4 Millionen Arbeitslose in diesem Januar zu verzeichnen ist. In Dänemark stieg die Zahl der Erwerbslosen im gleichen Zeitraum um 6 Prozent, in den Niederlanden um 48 Prozent, in Irland um 36 Prozent und in der Bundesrepublik um 26 Prozent.

Die höchsten Arbeitslosenquoten wurden verzeichnet in Irland (11), Belgien (10,6), Dänemark (9,5), Britannien (9,3) und Italien (8,6 Prozent).





Aus der Demonstration der 12000, bei dem Auftritt der Schauspieler während der Zwischenkundgebung

In Freiburg erleidet die Staatsgewalt eine Niederlage

Machtvolle Solidaritätsbewegung gegen Polizeiterror

FREIBURG. — Der Widerstand gegen den Polizeiterror in Freiburg wächst täglich weiter an. Daß das nicht bloß eine bildhafte Floskel ist, beweist der folgende Bericht, den wir von Freiburger Genossen erhielten.

„Nachdem Freiburg am Freitag mit einer Demonstration von bis zu 12000 Leuten den vorläufigen Höhepunkt des Protestes gegen die Räumung des Schwarzwaldhofes erlebt hatte, erlebten wir am Samstag (8.3.) auch den Höhepunkt der Polizeibrutalität:

Für Samstag nachmittag war nämlich am Bertholdsbrunnen ein Straßenfest geplant. So versammelten sich dort auch einige Hundert Menschen. Es wurde gesungen, Gitarre gespielt, diskutiert und getrunken. Nun ist der Bertholdsbrunnen zwar ein zentraler Verkehrsknotenpunkt Freiburgs mit einigen Straßenbahn- und Bushaltestellen; während der ganzen Dauer des Festes versuchte aber keine einzige Straßenbahn und kein einziger Bus, durch die versammelten Menschen zu passieren. Wir hätten öffentliche Verkehrsmittel bestimmt gerne durchgelassen.

Der Polizei jedoch waren die Straßenbahnschienen ein willkommener Anlaß zu einem neuen Knüppeleinsatz: Die Polizei „gewann den Eindruck, es könne zu längeren Störungen des Straßenbahnverkehrs kommen" („Badische Zeitung"). Deshalb wurden die Demonstranten angeblich viermal aufgefordert, das Straßenkreuz zu verlassen. Von uns hat diese Aufforderung allerdings niemand gehört — wir wurden von dem plötzlichen, brutalen Polizeiüberfall völlig überrascht. Die Polizeischläger fielen gezielt und brutal über einzelne Demonstranten her. Sehr viele Menschen, die sich zu einem friedlichen Straßenfest versammelt hatten, wurden verletzt, und 22 wurden festgenommen.

Während das brutale Vorgehen der Polizei in Freiburg zunehmend auf Kritik stößt, war es ausgerechnet ein Gewerkschafter, der den Schlägern den Rücken stärkte: Jan-Dietrich Siemann, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in Baden-Württemberg. „Nach Ansicht Siemanns waren die von der Polizei angewandten Mittel ‚angemessen'. (...) Der Gewerkschaftsführer hält die polizeilichen Maßnahmen allein jedoch nicht für ausreichend, wenn die Justiz nicht gleichzeitig durch Beschleunigung anstehender Strafverfahren zur Abwehr eklatanter Rechtsbrüche beitrage." Auch für die Zukunft des Schwarzwaldhofes hat Siemann seine eigenen Vorstellungen: **„Der GdP-Führer hält die Verwendung von nicht gesundheitsschädlichen Chemikalien, mit denen die Räume für längere Zeit unbewohnbar gemacht werden könnten, für sinnvoll."** („Badische Zeitung", 10.3.81)

Ganz anders denkt allerdings die Mehrheit der Freiburger Jugendlichen über unseren Schwarzwaldhof! Dies zeigt sich einmal mehr bei der nächsten Demonstration am Dienstag. Wer auf der Seite der Polizei, der Stadtverwaltung und der Spekulanten gehofft hatte, unser Widerstand könne durch Spaltung in „gewaltsame" und „gewaltfreie" Demonstranten oder ähnliche Spaltungsversuche und „gutgemeinte Warnungen" nachlassen, sah sich bitter getäuscht! Trotz schlechten Wetters versammelten sich nach Zählungen der Demonstrationsleitung weit über 12000 Demonstranten und zogen durch die Innenstadt! (Die Badische Zeitung" hatte natürlich nur 6-8000 gesehen.)

Die Stimmung bei uns war trotz allem ausgezeichnet: Viele Spottverse und Lieder gegen die Polizei wurden gesungen. So z.B. frei nach Drafi Deutscher:
„Marmor, Stein und Eisen
bricht,
aber unser Widerstand nicht!
Alles, alles geht vorbei,
auch die Polizei ...

Oder in Anlehnung an das Sandmännchen:
„Abend will es wieder werden,
alles geht zur Ruh'
und die Bürger auf der Erden
machen bald die Augen zu.
Doch zuvor von fern und nah
ruft's:
Bullen raus aus Freiburg!!!"

Auf einer Zwischenkundgebung trugen dann einige Freiburger Schauspieler kurze Szenen und Kommentare zur Situation in Freiburg vor. Darunter waren auch einige Gedichte von Heinrich Heine und Bertolt Brecht, die für unsere Situation unheimlich zutreffend sind. So wurde diese Solidaritätsdemonstration der Schauspieler auch mit gewaltigem Beifall bedacht. Nur das in Freiburg schon gewohnte Bild massierter Polizeikräfte am Rande der Demonstration fehlte diesmal. Darin ist wohl auch der Grund zu suchen, daß die Demonstration völlig ungestört verlief. Mit diesem mächtigen Zug haben wir nochmals unsere Forderung nach sofortiger Räumung des Schwarzwaldhofes und der Freilassung aller inhaftierten unterstrichen. Hoffentlich sind es am Freitag, an dem bundesweite Demonstrationen geplant sind, noch mehr Leute!"

— Soweit der Bericht aus Freiburg. Es ist schon eine gute Sache, wie dort dem Polizeiterror getrotzt wird. Bleibt noch zu ergänzen, daß am Freitag (13.3.) 20000 Menschen gegen die Wohnungsnot und aus Solidarität mit den Verhafteten in Nürnberg auf die Straße gingen!

großangelegten Provoka-

für ist nicht allein der
berger Polizeipräsident
verantwortlich. Hier wird
ch: Strauß hat von
ninellen" gesprochen, jetzt
sie auch liefern ... und die

mutter" beschimpft!

Die Eltern schließen sich zusammen. Hier erleiden Strauß und Co. eine klare Niederlage: Die Eltern erkennen, daß sie zusammen etwas machen müssen, daß sie gemeinsam betroffen sind und gemeinsam die



Verhafteten drängen ins Amstgericht.

inellen" werden in den
tbarungen der CSU alle
Menschen, die an diesem
d festgenommen werden
egen die fünf Richter 141

Kraft aufbringen, dem staatlichen Terror entgegenzutreten. Sie richten eine Elternversammlung ein, die auch zu Aktionen aufruft. Auf einer Versamm-

Der
Als
Kunc
Gebe
finde
schaf
der z
strati
Nürn
1000
weit
nis. I
FRO
fängi
drucl
halte
Haß,
staut

„C
jet
die

Die S
die a
zum
kiert
derla
litike
rem
staat



Moses oder Darwin

LOS ANGELES. — „Mein Lehrer hat erklärt und darauf bestanden, daß wir vom Affen abstammen." Diese Äußerung seines 13jährigen Sohnes veranlaßte Mr. Kelly Segraves, den Obersten Gerichtshof in Sacramento anzurufen — der Lehrer habe gegen die religiösen Rechte der Schulkinder verstoßen!

Segraves ist Direktor des „Forschungszentrums für die Schöpfungswissenschaft", einer spinnerten religiösen Sekte. Für ihn gilt die Darstellung in Moses' Genesis. Dort er fand durchaus Gehör vor Gericht. In den hochtechnisierten USA wird zur Verdummung der Massen auch der religiöse Aberglaube benutzt. Einen gleichgearteten Prozeß hatte es zuletzt 1926 gegeben, und damals wurde ein Lehrer wegen Verbreitung der Darwinschen Lehre zu 100 Dollar Geldstrafe verurteilt!

Soweit mochte das Gericht heute nicht mehr gehen, aber dem religiösen Wahn entgegenzutreten, war es auch nicht bereit. Neben der Schöpfungsgeschichte der Bibel **darf** nach seinem Spruch auch die Entwicklungstheorie Darwins gelehrt werden. Sie darf aber nicht als gültig hingestellt werden, glauben braucht sie keiner.

Für Segrave und seine Sekte eine Ermutigung. Diese Leute wollen jetzt dafür sorgen, daß mehr Bücher an den Schulen zugelassen werden, die sich die Biblische Schöpfungsgeschichte zu eigen machen. Man werde weiter gegen Lehrer und Bücher vorgehen, die Darwins wissenschaftliche Darlegung als Tatsachen hinstellten. „Es wird eine Menge zu tun geben", sagte einer.

Armes Amerika...

Bischöfe werben für den Kriegsdienst

KÖLN. — „Die Regierungen haben das Recht auf Notwehr und sittlich erlaubte Verteidigung!" Mit diesem Spruch trat die Deutsche Bischofskonferenz, passend zur gegenwärtigen innen- und außenpolitischen Situation, am 13. März an die Öffentlichkeit.

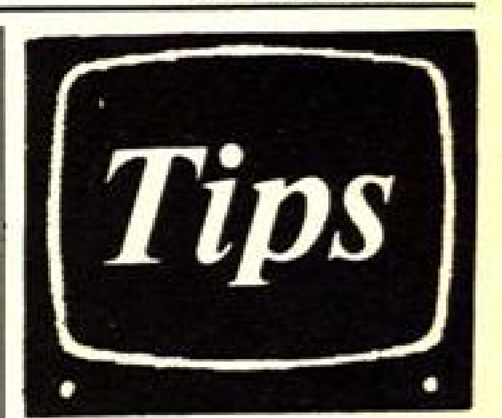
Kardinal Höffner, Vorsitzender der Konferenz und Oberprediger des Katholischen Aberglaubens in der Bundesrepublik unterstrich die Gültigkeit dieser Aussage und erklärte, für diese Verteidigung und zum „Schutze des Friedens" bedürfe der Staat der „Unterstützung des Volkes und die Bereitschaft des einzelnen zum Wehrdienst." Solche Leute wie Höffner haben bereits in zwei Weltkriegen deutsche Waffen gesegnet, ihre Gesinnungsfreunde in den anderen imperialistischen Ländern entsprechend auch.

Auch gegen die „Nachrüstung", gegen die Stationierung der amerikanischen Atomraketen in Westdeutschland und gegen den Waffenexport mochten die Bischöfe sich nicht aussprechen. Hier könne man zu verschiedenen Urteilen kommen, sagten sie, und lehnten jede Stellungnahme ab.

Nur ein Urteil gibt es für diese Herren in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs. Dieser ist für sie schlicht verdammenswert. Die katholische Kirche will eine „Aktion für das Leben" starten, mit der sie eine „Stärkung des Unrechtsbewußtseins gegenüber der Tötung des ungeborenen Lebens" erreicht werden soll.

Es ist wie eh und je: Kinder müssen geboren werden, die dann „bereit zum Wehrdienst" sind — dann dürfen sie auch getrost in einem Krieg sterben. Zur Verbreitung ihrer menschenfeindlichen Lehre wollen die Bischöfe auch in das Projekt des Kabelfernsehens einsteigen. Modernste Technik im Dienste mittelalterlichen Denkens!

Wir wissen, daß viele gläubige Katholiken den Kriegskurs Höffners nicht mitmachen. Ihnen die Abkehr von der Religion, das Abstreifen ihrer geistigen Fesseln zu erleichtern, bleibt eine aktuelle Aufgabe.



Sonntag, 22. März
20.15 Uhr ARD
Optimistische Tragödie. Schauspiel von Wsewolod Wischnewski. Mit dem historischen Sturm auf das Petersburger Winterpalais im Oktober 1917 ist der Sieg der russischen Revolution noch lange nicht gesichert. Um den jetzt beginnenden Kampf gegen die Truppen der Reaktion zu gewinnen, braucht das Proletariat seine eigene Armee. Wischnewski (1900-1951) schildert in seinem Schauspiel eine Episode beim Aufbau der Roten Armee. Im Mittelpunkt steht dabei ein Matrosenregiment, das zwar durchaus revolutionär gesinnt ist, sich aber keiner Disziplin fügen will. Um das Regiment auf Vordermann zu bringen, schickt die Partei einen weiblichen Kommissar. Und die Genossin schaft es in harten Kämpfen, den anarchistischen Haufen zum Ersten Marine-Regiment der Roten Armee umzuformen.

***

Sonntag, 22. März
20.15 Uhr ZDF
Die Neubürger. Der letzte Teil von Jan Troells Epos über eine arme schwedische Bauernfamilie, die nach Amerika auswandert, in der Hoffnung, sich dort ein besseres Leben aufbauen zu können. Mit Max von Sydow und Liv Ullmann.

***

Montag, 23. März
22.00 Uhr WDRIII
Der Mann aus dem Süden. Spielfilm von Jean Renoir über einen Baumwollpflanzer im amerikanischen Süden, der mit seiner Familie eine brachliegende Fram wieder hochbringen will.

***

Dienstag, 24.März
21.15 Uhr WDR III
Frauenstudien. Gespräch mit Redakteurinnen der Frauenzeitschriften "Emma" und "Courage".

***

Mittwoch, 26.März
22.15 Uhr WDR III
Verschwörung in Black Oak. Amerikanischer Spielfilm von Bob Kelljan über die verbrecherischen Methoden eines Konzerns und seine korrupten Handlanger in der Stadtverwaltung.

Radiothek

Gegen die Streichung der WDR-Jugendsendung Radiothek seit dem 1.1.81, gegen die fristlose Kündigung des Radiothek-Redakteurs Ulli Lux am 20.2.81 haben sich am linken Niederrhein und im Ruhrgebiet verschiedene Jugendzentren, Künstler, Kulturzeitungen usw. mit der Radiothek-Redaktion und insbesondere mit Ulli Lux solidarisch erklärt.

Am 27.März (Beginn: 18 Uhr) wird eine große **Solidaritätsveranstaltung** durchgeführt. Ort: Neukirchen Vluyn (bei Moers, Glück-Auf-Saal

Es kommen u.a.: **Die drei Tornados, Frank Baier, Werner Worschech, Ulli Lux, WDR-Kollegen, Vertreter der RFFU; eingeladen sind auch Vertreter des WDR-Aufsichtsrats und der katholischen Kirche.**

Das Mädchenorchester in Auschwitz

Über den Fernsehfilm und das Buch von Fania Fenélon

Nach „Holocaust" war es in der vergangenen Woche wieder ein amerikanischer Fernsehfilm, der die faschistischen Vernichtungslager zum Thema hatte. Anders jedoch als „Holocaust" mit seiner klischeehaften Fernsehserien-Dramaturgie folgte „Spiel um Zeit" (Drehbuch: Arthur Miller, Regie: Daniel Mann) weitgehend dem Erlebnisbericht einer Überlebenden von Auschwitz.

Die französische Sängerin Fania Fenélon hat diesen Bericht vor einigen Jahren niedergeschrieben. Sie war in Paris von den Nazi-Besatzern als Widerstandskämpferin verhaftet und nachdem sie sich als Halbjüdin zu erkennen gegeben hatte, ins Frauenlager Auschwitz-Birkenau verschleppt worden. Ihr Leidensweg unterschied sich in der ersten Zeit in nichts von dem der anderen Frauen, die hier halb verhungert in Baracken zusammengepfercht auf ihre Vernichtung durch das Gas warten mußten.

und werden von ihnen verachtet.

Fania Fenélon beschreibt in ihrem Buch, wie sich diese Spannung auf die Mitglieder des Orchesters auswirkt. Da gibt es etwa immer wieder Versuche, aus der von der SS vorgegebenen Rolle auszubrechen, wenn zum Beispiel der 1. Satz aus Beethovens Fünfter Symphonie einstudiert wird, weil die Anfangstakte die Erkennungsmelodie von Radio London sind oder wenn den SS-Schergen Stücke des von den Nazis verbotenen jüdischen Komponisten Mendelsohn vorgespielt werden.

Solche nur scheinbar unbedeutenden Akte des Widerstands sind unabdingbar für das Überleben. Denn Überleben in Auschwitz — das stellt Fania Fenélon überzeugend dar — heißt nicht nur bis zur Befreiung den Gaskammern zu entkommen. Es bedeutet auch, unter dem alltäglichen Terror und den ständigen Drohung des Todes




KZ-Orchester in „Spiel um Zeit"

Eine Wende tritt ein, als ein weiblicher Kapo nach Frauen fragt, die Puccinis Oper „Madame Butterfly" singen könnten. Fania Fenélon meldet sich und sie wird ins Mädchenorchester aufgenommen. Dieses Orchester hatte für die SS-Henker im Lager zwei Funktionen. Es mußte allmorgendlich den Kolonnen der noch arbeitsfähigen Häftlinge auf ihrem Weg zur Fronarbeit vorangehen und auch die neuankommenden Transporte der zur Vernichtung bestimmten Gefangenen begleiten. Auf der anderen Seite diente das Mädchenorchester dazu, den Henkern selbst nach der Vollbringung ihres blutigen Handwerks Entspannung zu verschaffen.

Fania Fenélons Buch lebt aus der unerträglichen Spannung, die diese pervertierte Situation bei den Musikerinnen erzeugt. Sie sehen in ihrer Tätigkeit beim Orchester eine Chance zum Überleben, wohl wissend, daß dennoch auch ihr Leben täglich bedroht ist und jede Laune eines SS-Führers, jedes Mißfallen an ihren Darbietungskünsten auch für sie den Weg ins Gas bedeuten kann. Andererseits aber erfüllt das Orchester auch eine Funktion im System der SS, sind seine Mitglieder gegenüber den anderen Frauen im Lager privilegiert

dennoch ein menschliches Wesen zu bleiben und sich nicht zum willenlosen, nur auf egoistische Selbsterhaltung bedachten Objekt erniedrigen zu lassen.

Fania Fenélon zeigt, wie groß gerade diese letzte Gefahr ist, daß die Solidarität unter den Mädchen des Orchesters ständig gefährdet ist und immer wieder neu erkämpft werden muß. Sie schildert aber auch eindrucksvolle Beispiele eines wirklichen Heldentums; vor allem in dem Kapitel über die polnischen Patrioten Mala und Edek, die nach ihrer anfangs gelungenen Flucht von der SS wieder gefaßt und ermordet werden. Als Edek im Männerlager Auschwitz unter dem Galgen stirbt, müssen die Nazi-Schergen erleben, daß gegen ihre Befehle alle Mitgefangenen ihre Kopfbedeckung abnehmen, um den Ermordeten zu ehren.

Über den Fernsehfilm sagte Fania Fenélon: „Das ist nicht die Atmosphäre von Auschwitz. Miller ist dem Grauen ausgewichen." Das ist eine weitgehend richtige Einschätzung. Miller und Mann haben ihren Film fast ausschließlich in der Baracke des Mädchenorchesters angesiedelt. Das Grauen des Vernichtungslagers wird bis auf wenige Szenen nur dadurch deutliche, daß in den Barackenraum immer wieder Schreie oder Schüsse hereindringen. Fania Fenélon hat in ihrem Buch dagegen neben ihren eigenen unmittelbaren Erlebnissen auch die Erzählungen anderer Frauen über die Selektionen, über die Baracken der zum Tod bestimmten Frauen oder über die grauenvollen Menschenversuche des Doktor Mengele wiedergegeben. So entsteht ein dichtes und beklemmendes Bild von der ganzen Wirklichkeit des Vernichtungslagers, das im Film weitgehend ausgespart bleibt.



Vanessa Redgrave

Darüber hinaus gibt der Film auch die oben erwähnte Spannung und den täglichen Kampf um die Solidarität unter den Frauen des Lagers nur ungenügend wieder. Hier stehen egoistische Verhaltensweisen der Häftlinge zu sehr im Vordergrund. Welche Gefahr darin liegt, wird deutlich, wenn man liest, was „Spiegel"-Redakteur Höhne über diesen Aspekt des Films zustimmend geschrieben hat: „Da lösen sich die gewohnten Konturen von Gut und Böse auf, werden Peiniger und Opfer zu verschiedenen Spielarten einer gemeinsamen menschlichen Unvollkommenheit." Soll heißen: Zwischen Mördern und Opfern besteht letzlich kein Unterschied. Der Faschismus steckt eben in uns allen, und er ist nur ein Ergebnis unserer „Unvollkommenheit".

Einer solchen Interpretation kommt auch die Darstellung der SS-Figuren, vor allem der Lagerführerin Mandel, im Film entgegen. Fania Fenélon hat in ihrem Buch die kleinen scheinbar menschlichen Gesten dieser Leute — sei es ihre Versessenheit auf die Musik oder sei es ein Geschenk an einen der Häftlinge — immer wieder in den Rahmen der systematischen Mordtätigkeit gestellt und gerade an diesen Gesten den perversen, barbarischen Charakter der Schergen und des Systems, in dem sie funktionierten, entlarvt.

Der Film aber löst die „menschlichen" Gesten zu sehr vom Hintergrund der faschistischen Barbarei ab und erfaßt Figuren wie Mengele oder Mandel nicht in ihrer wirklichen Grausamkeit. Daß „Spiel um Zeit" trotz aller hier angeführten Mängel dennoch ein beeindruckender Film war, ist vor allem auf Vanessa Redgrave zurückzuführen, die die Rolle der Fania Fenélon spielte. Was der Inszenierung nicht gelang, erreichte sie durch ihr hervorragendes Spiel: Sie machte nicht nur in beklemmender Weise die Atmosphäre der allgegenwärtigen Todesdrohung deutlich, sondern zeigte auch einen Menschen, der sich nicht selbst aufgibt und dadurch letztlich stärker ist als die Mörder und ihr Vernichtungsapparat.

„Das Mädchenorchester in Auschwitz" von Fania Fenélon ist im Röderberg-Verlag, Frankfurt, erschienen. Es kostet 19,80 Mark.

„Die Kritik an der Religion ist der Anfang aller Kritik"

Am 4. April veranstaltet der Landesverband Nordrhein-Westfalen des Deutschen Freidenker-Verbandes einen Kongreß mit dem Thema „Religion und Sozialismus". Als Themenschwerpunkte werden genannt: „Religion und Sozialismus — ein Problem für die deutsche sozialistische Linke?" und: „Religion und Sozialismus in den Ländern der ‚realen Sozialismus' — am Beispiel Polens".

Wir halten es für sehr begrüßenswert, daß der Feidenker-Verband die Initiative zu einem solchen Kongreß ergriffen hat. Vor allem auch deshalb, weil in dem Aufruf daran erinnert wird, daß Marx sagte: „Die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik." Denn dies, daß die Kritik an der Religion die Voraussetzung des Marxismus ist oder andersherum ausgedrückt — daß die Gegnerschaft zur Kirche und zur Religion das mindeste ist, was man von einem Marxisten, einem Kommunisten, verlangen kann, scheint uns doch arg in Vergessenheit geraten zu sein.

Hier ist der Aufruf aber auch inkonsequent. Denn Polen — das ist kein Beispiel für Religion und Sozialismus, kein Beispiel für die Vereinigung von Religion und Arbeiterbewegung. Polen ist vielmehr ein Beispiel dafür, daß Religion „in einem der religiöse Ausdruck des wirklichen Elends und in einem die Protestaktion gegen das wirkliche Elend" ist (Karl Marx.) In Polen herrscht nicht der ‚reale Sozialismus', sondern der reale Kapitalismus. Und ein Kennzeichen dafür, daß massenhaftes kapitalistisches Elend herrscht, ist die massenhafte Verbreitung der Religion. Religion, das „illusorische Glück" des Volkes läßt sich nur aufheben, wenn das Volk „wirkliches Glück" hat — in einem sozialistischen Staat. Beweis dafür ist das sozialistische Albanien, das einzige sozialistische Land der Welt und zugleich das einzige Land der Welt, in dem es keine Kirchen und keine Gottesdienste mehr gibt.

Was die Haltung der deutschen sozialistischen Linken zum Problem der Religion betrifft, so ist es sicher richtig, wenn der Aufruf feststellt, daß es zwar eine Kritik an reaktionären Auswüchsen der Kirchen gibt, aber kaum grundsätzliche Kritik an der Religion. Was uns aber genau so wichtig scheint, ist, daß diese mangelnde Auseinandersetzungsbereitschaft in weltanschaulichen Fragen **auch** dazu führt, daß der **grundsätzliche** Kampf gegen die Kirche unter den Linken und in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung kaum eine Rolle spielt.

Die alte Forderung der Arbeiterbewegung nach Trennung von Kirche und Staat scheint in Vergessenheit geraten zu sein. (Im Gegenteil. Die DKP sichert der Kirche sogar für den Sozialismus den Schutz und die Unterstützung des Staates zu!) Solange aber diese Trennung von Kirche und Staat nicht durchgesetzt ist, ist die Religion auch keine „Privatsache", sondern Staatsdoktrin. Denn Trennung von Kirche und Staat, das heißt ja nicht nur Abschaffung der Kirchensteuer, dabei geht es auch um den Religionsunterricht in den Schulen, dabei geht es um die kirchlichen Kindergärten (in vielen Städten 60, 70, 80 Prozent aller Kindergärten), um kirchliche Kinder- und Jugenderziehungsheime und Krankenhäuser, dabei geht es um den sogenannten Gotteslästerungsparagraphen im Strafgesetzbuch, um Sendezeiten im Fernsehen und Radio ausschließlich für die Kirchen, nicht aber für Atheisten usw.



Die ehemalige Kathedrale von Skodra (Albanien) ist heute ein Sportpalast

Es wäre zu wünschen, daß der Kongreß all diese Fragen und Probleme konsequent, im Sinne von Karl Marx, diskutiert. Wir werden über den Ablauf des Kongresses berichten und dabei auch die Probleme, die hier nur angeschnitten werden konnten, ausführlicher behandeln.

Aufruf zum Kongreß:

Religion und Sozialismus

Religion und Sozialismus — ist das überhaupt ein Thema für einen Kongreß? Einige Stichworte werden schnell verdeutlichen, um was es dabei gehen kann.

Fluchtbewegung der Jugend in religiöse Sekten. Ein Pole wird zum Papst gewählt, seine Reise nach Polen — in ein Land des ‚realen Sozialismus' wird zum wahren Triumphzug. Streikende Werftarbeiter in Polen führen auf dem besetzten Fabrikgelände die Ohrenbeichte durch. In manchen Ländern des ‚realen Sozialismus' ist die Kirche Freiraum für die demokratische Opposition. In Lateinamerika stehen Geistliche,christliche Laien und atheistische Marxisten in einer aktiven Front gegen Faschismus und Diktatur. Gleichzeitig beharrt die katholische Kirche auf ihren realitätsfremden und inhumanen Moralvorstellungen über Familie, Erziehung und Sexualität. Katholische Kirchenführer in Deutschland nutzen die Kanzel, um den reaktionären Kräften Wahlhilfe zu leisten...

Diese Liste ließe sich fortsetzen.

Wie reagiert die sozialistische Linke auf diese Probleme? Immerhin hat Marx einmal geschrieben: ‚Die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik.'

Man kann, von Ausnahmen abgesehen, folgendes Grundschema erkennen. Wenn die Aktivitäten der Kirchen reaktionär sind, greift man sie mit großer Entrüstung, meist mit viel Satire gewürzt, an und verurteilt sie. Hat man es mit fortschrittlichen Christen zu tun, wird schnell das Bündnis von Christentum und Sozialismus beschworen.

Auf dem Kongreß soll einmal etwas tiefer und gründlicher das Verhältnis zwischen Religion und Sozialismus untersucht und diskutiert werden. Dabei sollen Atheisten und Christen mitwirken, ohne ihre weltanschaulichen Differenzen zu leugnen.

Es sind vorläufig zwei Themenschwerpunkte geplant:

Religion und Sozialismus — ein Problem für die deutsche sozialistische Linke?

Religion und Sozialismus in den Ländern des ‚realen Sozialismus' — am Beispiel Polens!

Der Kongreß dient nicht zur Propagierung unseres Programmes oder eines fertigen Programmes zu dem Thema des Kongresses, sondern er soll ein Forum bilden, in dem atheistische Sozialisten, Christen und weltanschaulich Indifferente ihre Meinungsverschiedenheiten und ihre Gemeinsamkeiten erkennen können.

Wir meinen, daß ein solcher Klärungsprozeß auch ein Beitrag zur immer noch weit entfernten Einheit der Linken sein kann.

Bisher unterstützen diesen Kongreß:

Arno Klönne, Hochschullehrer, Paderborn; Christian Sigrist, Hochschullehrer, Münster; Helmut Elsner, Mitarbeiter des Karl-Marx-Hauses, Trier; Erhard Lucas, Hochschullehrer, Oldenburg; Klaus Kreppel, Bielefeld; Michael Knieriem, Leiter des Friedrich-Engels-Hauses, Wuppertal; Mathilde Beckers, Düsseldorf; Jutta Bartus, Schriftstellerin, Düsseldorf; Peter Maslowski, Schriftsteller Sommerhausen; Siegfried Jäger, Hochschullehrer, Duisburg; Frank Benseler, Hochschullehrer, Paderborn; Jens Huhn, Journalist, Offenbach; Hinnerick Bröskamp, Gewerkschaftssekretär / Geschäftsführer Junges Forum Recklinghausen; Klaus Thüsing, McB, Paderborn; Walter Zielke, Studentenpfarrer, Essen; Hermann-Josef Elsen, Kaiserslautern;

Wir rufen hiermit zur Teilnahme an diesem Kongreß auf.

Am Samstag, dem 4. April 1981 um 14.00 Uhr im Kultur- und Freizeitzentrum „Ratskeller Hamborn" Duisburger Str. 213, 4100 Duisburg 11 (Hamborn)

Veranstalter:	Deutscher Freidenker-Verband Landesverband NRW Uellendahler Str. 81 5600 Wuppertal 1
Telefon:	0202/507585
Teilnehmerbeitrag:	5,00 DM

Anmeldungen bitte an die o.g. Adresse (Angemeldeten Teilnehmern wird rechtzeitig die Tagesordnung und eine kurze Anreiseskizze zugeschickt.)

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayi: 12 20. Mart 1981 | Yıl: 15 | 1 DM



Her hafta Cuma günü çıkar

Faşist Cunta ve "Türkiye-Yardımı" protesto edildi!

14 Mart Cumartesi günü Frankfurt'ta yapılan yürüyüşe yaklaşık 10 000 Türkiyeli ve Alman anti-faşist katıldı. Diğer örgütlerin yanı sıra Partimiz de bu eyleme çağrı yapmıştı. Polisin provokasyon girişimleri anti-faşistlerin kararlılığı ve disipliniyle boşa çıkartıldılar. (Konuyla ilgili geniş haber 2. sayfamızda. Yürüyüş resimleri Almanca sayfa 9'da)

CSU'nun planları:

Yürüyüşçülere karşı ateşli silahlar kullanılacak

Direnişi örgütleyelim!

MÜNİH. — "Öyle durumlar olurki, bu durumlarda ateşli silahların kullanılması tartışma konusu olmak zorundadır", Bavyera Eyaleti İçişleri Bakanı Gerold Tandler, 11 Mart günü söylediği bu sözlerle bundan sonraki yürüyüşlerde öldürmelerin de hesaba katılacağını bildiriyordu. Tandler, polisin silahlanma gücünün artırılmasında derhal şu uygulamalara gidileceğini sıralıyordu: Sert lastik kurşunların kullanılması ve su fışkırtıcı panzerlerin kullanılacağı suya sağlığa zarar veren kimyasal maddelerin katılması.

Tandler, ayrıca diğer eyaletlerdeki polisin de bu şekilde silahlanmasını talep ediyordu. Bavyera polisinin diğer eyaletlerdeki polise yardımcı güç gönderebilmesinin—Brokdorf'ta olduğu gibi—tek şartı, bu eyaletlerde de yeni saldırı araçlarının devreye sokulmasıdır. Bu önlemlerin alınmasına da, "polisin şiddet eylemcilerinden korunması" maskesi geçirilmektedir.

Tabii ki, Tandler'e en büyük desteği sağlayan partisinin şefi Strauss'dur. O, "güçlü bir devletin, amaca uygun ve görev yapmaya elverişli bir biçimde donanmış polis ile" mümkün olacağını geçen günlerde söylemekteydi. Eski bir Nazi yönetici subayı olan Strauss, daha da ileri giderek, konut sorununa karşı yürüyen insanları Hitler'in saldırı birlikleri olan SS ve SA'lara benzetmektedir. Aralıksız devam eden yürüyüşler ona, "Weimarer Cumhuriyetinin son dönemlerindeki olayları" hatırlatıyormuş. Strauss'un bu açık tehdidi, "1981 yılı şiddet olaylarında yeni bir doruk noktası olacak" diyen Tandler'in açıklamalarıyla birleşiyor.

Son dönemlerdeki olaylarda vahşi bir biçimde şiddete başvuranın açıkça polis olduğu göz önündedir. Strauss ve tayfasının emekçilerin haklı taleplerine verdiği bir tek cevap budur.

Bu uyarıyı bütün demokratlar dikkate almak zorundadır. Şiddete başvuran gerici politikacılara haddini bildirelim. Ortak anti-faşist direnişimizi güçlendirelim!

("Mit Schusswaffen gegen Demonstranten" RM/Nr. 12, S. 1)



„Haydi arslanlarim! Zorbalardan kendinizi koruyun"

Yüzbinler yine uyarı grevine gitti!

Grev oylaması yönündeki sesler yükseliyor

IGM yönetimi ücretlerin düşürülmesi çizgisinde

Metal sanayiinde toplu sözleşme mücadelesi giderek sertleşmektedir. Bu arada gerçek ücretlerin düşürülmesi planlarına karşı yapılan uyarı grevlerine metal sanayiinde çalışan yaklaşık bir milyon emekçi katıldı. Grevci işçiler ve memurlar, giderek artan bir şekilde grev genel oylamasının yapılmasını ve sendikal taleplerin bütünüyle uygulamaya geçirilmesini talep etmektedirler.

Hergün artan hayat pahalılığı karşısında emekçilerin satınalma gücü düşmekte ve bunun bir sonucu olarak da, yaşam koşulları kötüleşmektedir. Geçen yıla karşın işçilerin satınalma gücünü koruyan en düşük ücret zammı oranı yüzde sekizdir. Bu gerçeği çok iyi bilen IGM sendika ağaları, buna rağmen gerçek ücretlerin düşürülmesi yönünde bir politika izlemektedirler. "yeni hareketlilik" denilen uyarı grevlerinin genişletilmesi taktiği pek fazla birşey getirmemekte ve işçileri güçlü mücadelelerden uzak tutmaktadır. Kapitalistler, "ücret politikasında bir dönüm" yaptıklarını söyleyerek, önümüzdeki yıllarda ücretleri düşürmeyi hedeflemektedirler. Süresiz ve birleşik bir greve gidilmeksizin bu çabaların engellenmesi sözkonusu değildir. Ve bu gözönündeki açık bir gerçektir.

Kapitalistlerin adi ve teslim olmayan tavırlarına karşın görüşme masasına geri dönen IGM sendika ağaları, gerçek ücretlerin düşürülmesi oranı üzerine pazarlık yapmaktadırlar. Açıkça görüldüğü gibi IGM yönetimi, yüzde 5 civarında bir "ücret zammı" alarak, toplu sözleşmeleri imzalamaya hazırdır.

Geçen hafta yapılan uyarı grevlerinin birçoğunda işçiler, görüşmelere derhal son verilmesini ve süresiz greve gidilmesinin talebinde bulunuyorlardı.

("Der Ruf nach Urabstimmung wurde immer lauter" RM-Nr. 12, S. 1)

DGB'nin olaganüstü kongresi yapıldı

Sosyal ortaklık çizgisi giderek sağlamlaşıyor

DÜSSELDORF. — 12-14 Mart tarihleri arasında Düsseldorf'ta DGB'nin 4. Olağanüstü Kongresi yapıldı. DGB'nin yeni programı üzerine beklenen sert tartışmalar yapılmadı. Birlik sendikasının temel ilkelerine yapılan ağır saldırılar üzerine oturtulan yeni program, aleyhte oy kullanılmadan kabul edildi.

Alman Sendikalar Birliği'nin (DGB) yeni programı, sadece sınıf işbirliğini getiren sosyal ortaklık çizgisinin daha da ilerletilmesi ve kapitalist sömürü düzenindeki yoz ilişkilerin daha da sağlamlaştırılmasının bir ifadesi değil. O, aynı zamanda birlik sendikasının temel ilkelerine saldırmakta ve onu yanıltıcı boş laflarla alabildiğine sahteleştirmektedir. Bunun en açık örneği sendikal hareket içindeki devrimci ve komünist akımların DGB'nin içinde yer almasının bütünüyle yasaklanmasıdır.

DGB yönetimindeki gerici güçler, anti-komünizm bayrağı altında örneği görülmemiş bir kışkırtma kampanyası sürdürmektedirler. Sendika ağaları bu kışkırtma sayesinde kongrede sınıf işbirlikçi politikalarına karşı direnmelerin meydana gelmemesini başarabildiler. Delegeler arasında muhalefet yapması beklenen bütün güçler (özellikle IG Druck, IG Metall ve HBV'nin belirli temsilcileri) açıkça geri çekildiler.

Sadece IG Druck merkez yönetim kurulundan Detlef Hensche, hiç olmazsa birkaç kelime açık protestoda bulunmaya cesaret edebildi. Hensche, DGB'nin içinde "komünistlerin gizliden gizliye nüfuz edindiği" üzerine sürdürülen kışkırtmanın DGB'nin yönetimi tarafından desteklenmesinin "bölücü" çabalar olduğunu söylüyordu.

("Opposition zog die Flagge ein" RM/Nr. 12, S. 1)

Bütün Batı Almanya çapında,

Polis terörüne karşı mücadele gelişiyor

Cuma ve Cumartesi günü 40 000 kişi yürüdü

Geçen hafta Cuma ve Cumartesi günleri bütün Batı Almanya çapında yürüyüşler yapıldı. Toplam 40 bin insanın katıldığı bu eylemlerde polis terörü ve Nürnberg'deki kitlesel tutuklamalar protesto edildi. Bu yürüyüşlerde konut sorunu da teşhir edildi.

Bugünlerde işgal edilmiş bir şehire benzeyen Freiburg'da yaklaşık 20 bin insan yürüdü. Nürnberg şehrinden sonra, Freiburg'da da en büyük yürüyüşlerden biri yapıldı.

Öteki yürüyüşlerin ve diğer eylemlerin yapıldığı şehirlerin bazıları şunlardır: Münih, Nürnberg, Kassel, Bremen, Hannover, Düsseldorf, Köln, Remscheid, Saarbrücken, Heidelberg, Karlsruhe, Stuttgart, Göttingen, Hamburg, Gevelsberg, Emden, Aurich ve Kiel. KPD, gücü oranında bu eylemleri destekledi.

Bu arada Hamburg şehrinde yapılan 3000 kişinin katıldığı yürüyüş sonunda polis saldırıya geçti ve bir kaç kişi yaralandı. Polis, köpekleriyle beraber miting alanında insanları avlıyordu. Polisin çatışmalara yol açan provakasyonları, yürüyüşçülerin kararlılığı ve disiplinli tavırları sonucu çoğu yerlerde etkisiz hale getirildiler.

Polis, Münih'te 16 Mart sabahı, bir önceki akşam işgal edilen bir evi vahşi bir terör estirerek boşalttı. Ve 43 kişiyi tutukladı. "Bavyera'da bir ev işgali 24 saatten fazla sürmemektedir", polis başkanı aynen böyle açıklıyordu. Bu açıklamadan da, polisin işgal edilen evleri ne biçim bir terörle boşalttığı anlaşılmaktadır. Ama, konut sorunu ve polis terörüne karşı verilen mücadele etmektedir!

("Grossartige Solidarität gegen Polizeiterror" RM/Nr. 12, S. 1)



Ülke çapında polis terörüne ve konut sorununa karsı kitle eylemleri yapılmakta ve bu eylemler giderek yaygınlasmaktadır. Yukarıdaki resimde Düsseldorf'ta yapılan yürüyüşü görüyorsunuz.

Faşist Cunta ve "Türkiye-Yardımı" protesto edildi

Frankfurt yürüyüşüne 10 bine yakın kitle katıldı

Devrimcilerin kararlılığı polisin provakasyonlarını boşa çıkarttı

FRANKFURT. — Geçen hafta Cumartesi günü Frankfurt'ta yapılan yürüyüşe yaklaşık 10 bin Türkiyeli ve Alman anti-faşist katıldı. Yürüyüşte ve mitingde faşist cunta teşhir edildi, cuntaya yapılan askeri, ekonomik ve politik yardımlar protesto edildi. Alman gericiliği yasaklama girişiminde başarılı olamayınca, eylemi provakasyona getirmek istedi. Ama devrimcilerin ve demokratların kararlı tutumu sonucu, polisin bütün provakasyon girişimleri boşa çıkartıldı.

Yürüyüşe Türkiyeli örgütlerden HK, DY, DHB güçlü bir biçimde; DS, DHY ve Ala Rızgari 100-150 kişilik gruplar halinde katıldılar. Alman örgütlerinden, KPD, Halk Cephesi, KB ve diğer yerel gruplar katılmıştı. Yürüyüşte en çok atılan sloganlar şunlardı: Kahrolsun faşist cunta, Faşizme ölüm halka hürriyet, Yaşasın TDKP, "Türkiye-Yardımı"na son, Faşizme ölüm tek yol devrim, faşist cunta da sökmeyecek, Yaşasın enternasyonal dayanışma, Faşizme ölüm işkenceye son, vs.

Yürüyüş günü sabah saat dokuzdan itibaren Frankfurt'taki Paulsplatz'da Türkiyeli ve Alman anti-faşistler toplanmaya başladı. Bu arada polis birlikleri de yavaş yavaş alanın çevresine dolmaya başlıyordu. Saat 11'e doğru polis, toplanma alanının Paulsplatz olmadığını söyledi ve Römerplatz'a gitmemizi istedi. Römerplatz'a vardığımızda alanın her tarafı polislerle çevrilmişti. Ve gelen bütün arkadaşlar tek tek aranıyordu.

Frankfurt şehir yönetimi daha önceden sudan bahanelerle yürüyüşü yasaklamıştı. Yürüyüş komitesinin itirazı sonucu yasak kaldırılmış, ama yürüyüşün başlangıç saati, hareket yeri ve güzergâhı değişmiştirilmişti. Buradaki asıl amaç, yürüyüşün geniş kitleler tarafından görülmesini engellenmesiydi.



Polisin provokasyonlarını önlemek amacıyla yürüyüş konvoyu boyunca oluşturulan halkalar

Yürüyüş hareket alanının kenarındaki bir sokakta, önü arkası görülmeyecek bir şekilde peş peşe polis arabaları ve panzerler dizilmişti. Polis, saat 13,00'de yürüyüşe geçildiği sırada yürüyüş konvoyunda her 1000 kişi arayla polis arabalarının ve panzerlerin yerleştirileceği söylendi. Buradaki amaç açıkça belliydi: Yürüyüşü yasaklamayı başaramayan Frankfurt şehir yönetimi, polis vasıtasıyla provakasyon yaratıp, eylemi başarısızlığa uğratmak istiyordu. Daha doğrusu yasaklamak istiyordu. Yürüyüşe katılan Alman anti-faşistler, şimdiye kadar hiç bir yerde polisin ve panzerlerin yürüyüş konvoyu içinde yürümediklerini söylüyorlardı.

Devrimciler ve anti-faşistler, polisin bu hareketine karşı direndiler ve polisi yürüyüş konvoyu içine sokmak istemediler. Ama, polis, açıkça provakasyon yaratıp, kitleyi dağıtmak istiyordu. Bunun üzerine, yürüyüş komitesi konvoyun iki yerinde polisin yürümesini kabul etti.

Polisin bu girişimi, yürüyüş hakkına yapılan büyük bir saldırıdır. Burjuva devleti, bu gibi saldırılarla emekçilerin haklı mücadelesini engellemek istemektedir. Anlaşılan, kitle eylemlerinin polis tarafından engellenmesinde yeni bir taktik geliştirilmektedir. Frankfurt'ta boşa çıkartılan bu provakasyon girişiminin diğer bir amacı daha vardı: Özellikle son dönemlerde Batı Almanya'da faşist cuntaya, onun işkencelerine ve katliamlarına, Batı Alman emperyalizmi ve diğer emperyalist güçlerin cuntaya sağladığı, ekonomik, askeri ve politik desteğe karşı giderek gelişen mücadeleyi engellemek. Bu mücadeleye katılan Türkiyeli ve Alman anti-faşistlerini yıldırmak ve faşist generaller çetesinin yaptığı gibi, onları "terörist", "cani" vs. şeklinde göstermektir. Tıpkı ev işgalcilerini ve atom enerjisi aleyhtarlarını gösterdikleri gibi.

Bu provakasyon girişimi yürüyüş esnasında ve miting alanında protesto edildi. Provakasyonun boşa çıkartılmasında yürüyüş konvoyu boyunca oluşturulan halkaların büyük bir katkısı oldu. "Polisin iç savaş provalarına son!", özellikle Alman anti-faşistleri tarafından atılan bu slogan, polis devletinin yapısını iyi bir biçimde açıklıyordu. Münih'ten ve diğer bazı şehirlerden otobüslerle gelenler polis tarafından yolda durdurulmuş, yürüyüşün yasaklandığı söylenmiş ve katılımın engellenmesi istenmişti.

Üç saatten fazla devam eden yürüyüşün önünü arkasını görmek mümkün değildi. Gerek yürüyüşün başlangıç alanında, gerekse de yürüyüş sırasında ve miting alanında yapılan çeşitli konuşmalar ve atılan sloganlarla faşist cunta teşhir edildi ve "Türkiye-Yardımı"nın derhal kesilmesi talep edildi. Ayrıca, Türkiye'ye giden Federal Parlamento delagasyonunun yaptığı gerçek dışı açıklamalar da protesto edildi. Mitingde SPD milletvekili Manfried Coppik ve Avrupa Parlamentosu'ndan SPD'li bir bayan parlamenter birer konuşma yaptılar.

Ayrıca, HK, DY ve DHB adına bir konuşma yapıldı. Miting saat altıya doğru başarılı bir şekilde sona erdi.

("Demonstration in Frankfurt gegen die Junta" RM/Nr. 12, S. 9)

Frankfurt'taki yürüyüşte Halkın Kurtuluşu bloğundan bir bölüm

Bavyera polis devleti ve kitlesel tutuklamalar

Gericiliğin en gözde adamı Strauss, 4.3.1981'de Passau'da yaptığı bir konuşmada yürüyüşçülere karşı nasıl saldırıya geçileceğini detaylı bir biçimde açıklamıştı: "Şiddete başvuran ev işgalcileri, yeni bir terörist hareketin çekirdeğidirler". CSU çevrelerinden yükselen seslerden birisi de şöyleydi: "Bavyera polisi saldırganlara karşı koyacaktır". Bu gibi açıklamalarla polisin yürüyüşçülere karşı saldırıya geçeceği ifade ediliyordu.

Nürnberg'de 5 Mart akşamı yapılan bir yürüyüş sırasında altı adet cam tabakası kırılmıştı. Yürüyüş esnasında polis bu gelişmelere seyirci kalmış ve saldırıya geçmişti. Yürüyüşten sonra bazı gençler KOMM gençlik evine giderek, oradaki normal çalışmalarına devam ettiler. Camların kırılmasını bahane eden polis, KOMM gençlik evini çember altına aldı ve 141 genci tutukladı. Tutuklananların bir bölümü yürüyüşe dahi katılmamıştı. Bavyeradaki çeşitli cezaevlerine dağıtılan gençlerin ailelerine, nerede olduklarına dair günlerce bilgi verilmedi. Gençlerin anne ve babalarına küfür niteliğinde sözler söylendi ve hatta bir kadına "bir teröristin anası" diye hakaret edildi.

Ama, anne ve babalar bu gelişmeler karşısında susmadılar. Güçlerini birleştirerek, Strauss ve tayfasına önemli bir yenilgi yaşattılar; Anne ve babalar, devlet terörüne karşı ortaklaşa hareket etmenin zorunluğunu kavrayarak, bir toplantı düzenlediler. Bu toplantıda diğer şeylerin yanı sıra, eyleme gidilmesine de çağrı yapıldı.

7 Şubat günü yapılan ilk yürüyüşe 1500 kişi katıldı ve bütün tutukluların derhal bırakılması talep edildi. Tutuklulanın aileleri Pazartesi günü mahkemeyi "basarak", çocuklarıyla görüşebilmek için ziyaret izni istediler. SPD'nin yaptığı çağrıyla Salı günü Lorenz kilisesinin önünde 5000 kişinin katıldığı bir miting yapıldı. (katılanların küçük bir bölümü SPDli idi) Mitingde polis terörü ve "adaletin" bu skandalı sert bir biçimde teşhir edildi. Sendikalar işyeri sendika temsilcileri, tiyatrocular, öğretmen grupları ve hatta kiliseler bu olayı protesto etmektedirler.

Salı günü yapılan yürüyüşün bitiminden sonra, kitle bayağı uzak olan cezaevine doğru yürüyüşe geçti. Yeni katılmalarla beraber kitlenin sayısı 10 bini aştı. Bu yürüyüş, savaştan sonra Nürnberg'de yapılan en büyük yürüyüşlerden birisi oldu. Yürüyüşe KPD ve Halk Cephesi de katıldılar. Eylem, cezaevi önünde yapılan etkili bir mitingle son buldu. Nürnberg'deki kitle tutuklamasının halk kitlelerinin arasında ne denli bir kin ve nefrete karşılandığını bu eylemde görmek mümkündü.

Yürüyüşteki protestoların büyük bir bölümü, ülkemizin bütününü bir polis devleti yapmak isteyen gerici politikacılara karşı yöneliyordu. Nürnberg'deki emekçi halk bu olayların asıl sorumlularının kimler olduğunu biliyordur. Halk, polis müdürünün alınmasının yanı sıra, Strauss ve Tandler'in geri çekilmesini talep etmektedir.

("Polizeistaat Bayern" RM-Nr. 12, S. 6)



Nürnberg'deki kitle tutuklamasında, tutuklanan insanlar tek tek arandı

Cunta demokratları vatandaşlıktan çıkarmak istiyor

Yurtdışında Türkiyeliler üzerindeki baskı yoğunlaşıyor

Faşist cunta son haftalar içinde yurtdışında yaşamakta olan Türkiyeli demokratlar üzerindeki baskıyı giderek yoğunlaştırdı. Cunta'nın başvurduğu araçlardan birisi de, geçmiş dönemlerde Almanya'daki Nazi faşistlerinin uyguladığı bir yöntemdir: Yurtdışındaki Türkiyeli demokratlar vatandaşlıktan atılmakla ve mallarına el konulmakla tehdit edilmektedirler.

Gerici ve faşist gazeteler, Türk basını, Yurtdışındaki ve özellikle de Federal Almanya'da yaşayan Türkiyeli demokratlara karşı vahşi ve dizginsiz bir kışkırtma kampanyası açtı. Terör—aynen böyle söylenmektedir—Türkiye'den Batı Almanya'ya taşınmıştır; burada da teröre mücadele edilmek zorundadır.

Batı Almanya'da da yayınlanmakta olan "Tercüman" ve "Anadolu" gibi faşist ve gerici gazeteler, Türkiyeli demokratlara fiili saldırılara gidilmesine açıktan açığa çağrı yapmaktadır. "Hürriyet" gazetesi, Almanca ve Türkçe olarak faşist cuntayı öven bir mektup yayınladı. Bu mektubun bütün okurlar tarafından Federal Cumhuriyet'teki partilere, radyo kurumlarına ve diğer yerlere gönderilmesi istenmektedir.

"Tercüman" gazetesi, bugünlerde Federal Almanya'nın her yerinde sözde politik olmayan, özünde ise faşist cuntanın propagandasını yapan, Türk Büyük Elçiliğinden ve Türk Konsolosluklarından diplomatların da katıldığı toplantılar düzenlemektedir. Bu toplantılarla amaçlanan asıl şey, ülkemizde yaşayan Türkiyelilere cuntaya bağlılık yeminleri ettirmek, onlara kin ve nefret duyguları aşılayarak, Türkiyeli işçilere, demokratlara karşı kışkırtmaktır. Diğer taraftan Türkiyeli işçilere, Evren-Rejimi'nin Batı Almanya'daki temsilciliklerinde Cuntaya bağlı olduklarına dair zorla açıklamalar imzalandığı bilinmektedir.

Faşist rejim, Türkiye'deki demokratların yanı sıra, Yurtdışında yaşayan demokratlara da kanlı pençesini atmış durumda. Cunta, çıkardığı bir yasayla "yurtdışında, Türkiye'nin güvenliğine, siyasi, ekonomik ve mali düzenine karşı" çıkan rejim aleyhtarı demokratlara, Türkiye'deki askeri makamlara teslim olmaları için çağrı yapmaktadır. Teslim olmaları için bu kişilere bir aylık süre tanınmaktadır. Bu süre içinde Türkiye'ye geri dönmedikleri taktirde vatandaşlıktan çıkarılmış olacaklar ve mallarına el konulacak. Hitler faşizminden alınan bu vahşi önlem, cuntanın akibetine uğrayan demokratların çocuklarını da kapsamaktadır.

Cunta, bu çağrısını ilk olarak "Türkiye İşçi Partisi" Genel Başkanı Behice Boran ve TÖB-DER Genel Başkanı Gültekin Gazioğlu'na yaptı. Bundan kısa bir süre sonra bu ultimatom DİSK'in yurtdışına kaçan 24 görevlisine verildi ve Türkiye'ye dönüp askeri faşist cuntaya teslim olmaları istendi. Ve daha sonraları da faşist cunta bu önlemleri giderek genişletti, ardı arkası kesilmeden listeler yayınladı.



T.C. vatandaşlığından çıkarılan Melike Demirağ (Frankfurt Yürüyüşünde)

"Frankfurter Rundschau" gazetesine yaptığı bir açıklamada Gültekin Gazioğlu, Türkiye'ye geri dön çağrısına uymayacağını, çünkü, askeriyeden beklenenin "sadece keyfiyetlik olduğunu ve asla haklılık" olmadığını söylüyordu. TÖB-DER Başkanı, cuntanın iktidari ele almasından bugüne kadar yüzlerce TÖB-DER üyesinin tutuklandığını ve işkenceden geçirildiğini, bunlardan bir çoğunun da katledildiğini açıklamaktadır. Bu güne kadar TÖB-DER içinde örgütlenmiş 3786 öğretmen hakkında dâvâ açıldı. Buna gerekçe olarakta "cani talepleri" ileri sürüldüğü gösterilmektedir.

Bununla kastedilen; "gelişmiş halk kültürü anlayışında bir eğitim sistemi ve toplumun bütün sınıf ve tabakalarının fırsat eşitliğine sahip olması" talepleridir. Ayrıca, ana dilinde ders yapma hakkının tanınması talebi (bununla demek istenen, özellikle Kürtler'in okullarda anadilinden eğitim yapmalarıdır) ve bilimsel olmayan, gerici, faşist düşünceleri içeren ders kitaplarının kaldırılmasıdır.

Mesleğini ciddiye alan demokrat bir öğretmen için doğal olan bu talepler, bugün Türkiye'de faşistler tarafından cani olarak nitelendirilmektedir. Bu yüzden öğretmenlere işkence yapılmakta ve katledilmektedirler. Bütün bu gerçekler, en açık bir biçimde Türk faşist generallerinin çirkin karikatürünü çizmektedirler. Bugün, cunta, yurtdışındaki Türkiyeli demokratlara da baskı uygulayarak, Türkiye'ye dönmeleri için zorlamaya çalışıyorsa, buna da karşı mücadeleyi yükseltmek zorundayız.

Bildiğimiz gibi, bu demokrat arkadaşların yurdışı edilebilmeleri için faşist cunta ile Batı Alman makamları arasında ortaklaşa bir oyun oynanmaktadır. Biz devrimciler ve demokratlar, gericilerin ve faşistlerin oynadıkları bu oyunları boşa çıkarmalıyız. Federal Almanya Cumhuriyeti'nde yaşayan tek bir Türkiyeli demokratın dahi faşist cellatların eline verilmesine müsade edilmemelidir!

("Die Junta will Demokraten ausbürgern" RM/Nr. 12, S. 9)

Karmann fabrikasında çoğunluk seçimleri:

Beş milliyetten işçiler ortaklaşa mücadele ediyor

İŞÇİ MUHABİRİ. — Osnabrück'deki Karmann fabrikasında bu yılki işçi temsilciliği seçimleri işçi kesiminde çoğunluk sistemine göre yapılacak. Karmann bir araba fabrikası olup yaklaşık 6000 işçi çalışmaktadır. Fazla sayıda yabancı işçinin çalıştığı bu fabrikada, faşist "Bozkurtlar" liste seçimlerinin yapılmasına neden olmak için dini kışkırtmalara gittiler.

Geçen yılın sonunda işçi temsilcileri başkanı bir işyeri toplantısında bu yılki seçimlerde çoğunluk seçimlerinden yana olduğunu açıklamıştı. Bundan üç yıl önce, 1978'de liste seçimleri yapılmıştı. O zaman IGM listesi yanında üç ayrı liste daha seçimlere katılmıştı. Bu listelerden birini Türkiyeli, birini Portekizli ve diğerini fabrikanın Fuhrpark bölümünden işçiler oluşturmuşlardı.

Bu yıl ise, adayların alfabetik isim sıralamasına göre içinde yer alacağı bir tek listeyle işçi temsilciliği seçimlerinin yapılması önerilmişti. Buna rağmen, listelerin veriliş süresinin son bulduğu üç hafta öncesine kadar işçi arkadaşların büyük çoğunluğu tarafından arzu edilen çoğunluk seçimlerinin gerçekten yapılıp yapılmayacağı kesinlik kazanmamıştı.

Daha geçen yılın sonunda Karmann firmasında faşist "Bozkurtlar"dan oluşan grubun başını çeken birisi, liste seçimlerinin yapılması için faaliyete başlamıştı. Ama, çoğu Türkiyeli arkadaşlar bunu başından defetmişlerdi.

Faşist "Bozkurtlar" ile en azından bir Alman işçi temsilcisi arasında iyi ilişkiler olduğu hakkında per çok dayanak noktası vardır. Bozkurtlar'ın başı, seçim duyurusu asılır asılmaz listesi için yaptığı propagandayı genişletmeye başladı. Bu kişinin daha seçim duyurusu asılmadan önce imza toplamaya başladığı tahmin edilmektedir.

Aynı listede onun dışında bir Türk ve iki Pakistanlı işçi adaylığını koymuştu. Bu unsurlar henüz işin başında dini duyguları bir araç olarak kullanmaya başladılar: "Müslümanlara, Hıristiyanları ve komünistleri değil, müslümanları seçerler"

Ayrıca, fabrikanın diğer bölümlerinden de en azından bir veya iki kişinin liste çıkarmak istediklerina dair sürekli olarak söylentiler geliyordu. İşçi arkadaşlar, bu unsurların dürüst kişiler olmadığını kariyerist mevkiler peşinden koştuklarını söylüyorlardı.

Bu şartlar karşısında fabrikada beş milliyetten arkadaşlar bir araya gelerek, ortak hareket etmeyi kararlaştırdılar. Arkadaşlar, çoğunluk seçimlerinin yapılmaması ihtimalini gözönüne alarak, "Dayanışma" adını alacak yedek bir liste oluşturdular. Eğer liste seçimleri yapılacak olursa, o zaman en azından IGM listesine alternatif gösterilebilecek gerçekçi ve sınıf mücadeleci bir listenin çıkarılması gerekirdi. Hazırlanan yedek listenin asıl hedefi bu idi.

Almanlar'dan, Türkiyeliler'den, İspanyollar'dan, Portekizliler'den ve Pakistanlılar'dan toplam 11 kişi, yeden liste "Dayanışma"da adaylığını koymaya hazır olduklarını açıkladılar. Bir program onaylandı ve bir liste hazırlandı. Ama, bu liste hiç bir şarta altında ilk liste olarak verilmeyeckti.

Dayanışma listesinden arkadaşlar, diğer listeler bahane teşkil etmemek için ilk olarak listelerin verilme süresinin dolmasından bir gün önce destekleme imzaları toplamaya başladılar. Aynı günün akşam vardiyasının ortalarına kadar 270 imza toplandı.

İkinci günün sabahı saat 9,00'da listelerin verilme süresi dolmuş oluyordu. Bu ana kadar hiç bir liste ulaştırılmış değildi. Gerçi Bozkurtar'ın başı, günlerce önce listesini vermeye çalışmıştı. Ama seçim kurulu, ona bir açıklama imzalatarak, listesini ilk olarak verilmeyeceğini kabul ettirmişti.

Son haftalarda fabrikada liste seçimleri veya çoğunluk seçimleri yapılması üzerine yapılan bir sürü tartışmalardan sonra, liste seçimlerine gidilecek olsaydı, ilk verilen liste tecrit olurdu. Bundan böyle, liste verme süresi sona erinceye kadar sadece bir liste verilmemişti: Bu, bütün adayların alfabetik isim sıralamasına göre içinde yer aldığı ortak liste idi.

Fakat koltuklarını kaybetme korkusuyla dolanan eski işçi temsilcilerinin sayısı hiç de az değildi. Böyle işçi temsilcileri işyerlerine uğrayarak, işçileri yine "arkadaşça" selamlıyorlar ki, bu adamlar aylarca ortalıkta gözükmüyorlardı. Ama, seçim gününün hesap günü olduğu Karmann'da da geçerlidir!

("Kollegen aus fünf Nationen zogen am gleichen Strang" RM-Nr. 11, S. 5)

Betriebs-ratswahl '81

'81 işçi temsilciliği seçimleri

1981 yılı işyeri işçi temsilciliği seçimleri:

SEÇİMLERDEKİ EN ÖNEMLİ HUKUKİ KURALLAR

Listeye itirazı doğuran nedenler

1. Adaylara ilişkin gerekli bilgilerin tam olarak verilmemesi (gerekli bilgiler: Soyad, ad, doğum tarihi, meslek, ait olunan grup).
2. Adayların, adaylıklarını kabul ettiklerine ilişkin yazılı açıklamanın bulunmaması.
3. Aday silme nedeniyle, gerekli imza sayısını tutturamamak.

Liste temsilcisi, seçim kurulunun listeye itirazlarını, bu itirazların kendisine bildirilmesinden sonraki üç işgünü içinde düzeltilmelidir. Seçim kurulu bu süreyi kısaltamaz ve uzatamaz. İtirazlar, bu süre içinde düzeltilmezse, aday teklif listesi geçersiz sayılır.

İtirazlar konusunda, seçim kurulunun elinde, devrimci listeleri engellemeye ve zora koşmaya yarar bir çok olanak var. Seçim kurulu sık sık, aslında yasada öngörülmeyen bazı verilerin listede yer almamasını bahane edip listeye itiraz ediyor. Örneğin son işyeri işçi temsilciliği seçimleri sırasında, KHD'li yoldaşlardan, listeyi imzalamış olan arkadaşların **Kostenstelle'lerini** de listeye eklemelerini istendi. Böylesi itirazlara karşı çıkmak gerekir. İtirazı liste temsilcisine yazılı olarak ileten seçim kurulu üyesi, seçim kurulunun bu itirazı reddedilmesini görüşeceğini bildirirse, bununla birlikte itirazın liste temsilcisince giderilmesine ilişkin üç günlük süre uzamış olmaz. İtirazın yazılı olarak bildirilmesiyle, liste temsilcisi bu itirazı reddetse bile, bu süre de işlemeye başlar. Bu nedenle, liste temsilcisi herhalükârda bu itirazı gidermeye ve düzeltmeye çalışmalıdır. Bunun gerektirdiği faaliyetleri iş saatleri içinde yürütmek, yalnızca liste temsilcisinin hakkıdır. Bu faaliyet sırasında liste temsilcisi işbaşından ayrılacak olursa, bunu önce kendi üstüne — kural olarak ustabaşına — bildirmelidir. KHD'de son işyeri işçi temsilciliği seçimleri sırasında Kızıl Liste'nin liste temsilcisi işbaşından ayrılırken üstünü bundan haberdar etmedi gerekçesiyle yazılı bir ihtar aldı. Bu ihtar dahasonra, bu kadın arkadaşın işten atılmasında kullanılan gerekçelerden biri oldu.

Sıra numaralarının saptanması

Sürelerin dolmasından sonra seçim kurulu, geçerli sayılan tüm listelerin temsilcilerini davet eder ve onlar önünde kura çekme yoluyla listelerin sıra numaralarını saptar. Liste temsilcileri davete uymasalar bile, yine de kura çekimi yapılır. Sıra numaraları, listelerin oy pusulaları üzerindeki sıralanış dizisini belirler. Bu dizi, her listenin kendi simgesi veya listeye simge olarak kabul edilen ilk iki adayın adıyla birlikte oy pusulalarına geçirilir.

Listelerin seçim kurulunca ilan edilmesi

Geçerliliği tanınan aday teklif listelirinin, oy verilmesinden en geç bir hafta önce seçim kurulunca aynı biçimde ilân edilmeleri gerekir. Listeler, oy verme bitinceye değin işletme içinde asılı kalır.

Oy verme

Oy vermede, zarf içinde ve önceden hazırlanmış oy pusulasının kullanılması gerekir. Seçmeyi istediğimiz adayın adının veya liste simgesinin herhangi bir kâğıt üzerine yazılıp verilmesi geçerli sayılmaz. Oy vermesi gizli olarak yapılır. Seçim kurulu, seçim pusulasının gizli olarak işaretlenmesini sağlamak zorundadır. Oy sandığı oy verme süreci boyunca kilitli olarak kalır. Oy verme işlemine ara verilmesi halinde oy sandığının ağzı mühürlenir. Oy verme yeniden başladığında, önce seçim kurulu mühürün ağzını arızasız olduğuna dair zabıt tutar.

Oyların sayımı, seçim kurulu tarafından, oy verme süresinin bitimininin hemen ardında açık bir toplantıyla yapılır.

Kişel nedenlerle (hastalık, tatilde olma, montaj vs. gibi) bizzat oy vermeye gelinemezse, yazılı olarak ta oy verilebilir. Bunun için gerekli evraklar seçim kurulundan istenir. Hatta seçim kurulu, belli bazı arkadaşların (örneğin dış görevlerde olanların) oy vermeye gelemeyeceklerini biliyorsa, yazılı oy verme evraklarını kendiliğinden bu arkadaşlara iletmek zorundadır.

Adayların iş akdinin feshine karşı korunması

Oyların işçi temsilciliği adayların bu adaylıkları sayesinde işten atılamayacaklarına daha önce de değinmiştik. Ama bu, son seçimlerde de gördüğümüz gibi, adaylar adaylıkları sayesinde işlerinden atılmıyorlar anlamına gelmiyor. Kapitalistler, bu arkadaşların işlerine son verebilmek için genellikle "işyeri barışını bozmak" gibi, ne yana çekilse ses veren bazı yasa maddelerinden yararlanıyorlar. Böyle bir durumda derhal davacı olmak gerek. Yapılacak şey, mahkemeden, işçi temsilciliği adayı olarak kalındığına ve bu adaylığın yürütülebilmesi için adayın işletme içinde bulunmaya hakkı olduğuna ilişkin bir ihtiyati tedbir kararı çıkarmaya çalışmaktır. Ama, öte yandan, zaten bir çok boşlukları olan Koruyucu Yasa'nın, adaylar için ne zaman işler olduğu konusunda da farklı hukuk yorumları var. Örneğin Bernd Woitalla yoldaşın iş mahkemesindeki davası, ancak aday listesi Koruyucu Yasa'nın işleyeceği yönünde karara bağlandı.

Son işyeri işçi temsilciliği seçimlerinde edinilen tecrübelerin de gösterdiği gibi, işçi temsiliklerine devrimci işçi temsilcilerin seçme mücadelesi, çetin bir sınıf mücadelesidir. Bu nedenle, burjuvazinin hukuk yasalarını iyice tanımamız hem yararlı hem de gerekli. Ama burjuvazinin kendi koyduğu yasalara saygı göstereceğine de asla güvenemeyiz. Tecrübelerimiz, devrimci bir listeyi engelleme uğruna kapitalistlerin tüm bu yasaları da çiğnediklerini gösteriyor. İş Mahkemesi davaları ve itiraz davaları lâstik gibi uzadıkça uzuyor. Sonunda kapitalistler bu davaları kaybetseler bile, onlar için bu, devrimci bir aday listesini önlemek uğruna kolayca göze alabilecekleri bir şey oluyor. Ve bu uğraşlarında kapitalistler DGB aygıtı da tüm gücüyle destekliyor.

DÜZELTME: Gazetimizin geçen sayısında yayınlanan yazımızın üçüncü bölümü başlıksız yayınlanmıştır. Düzeltir, özür dileriz.

Batı Berlin'den işçi muhabiri:

Grevci Reichsbahn işçileri mahkeme önünde

Biz Reichsbahn (Batı DDR'e ait bir demiryolu şirketi. Bundan bir kaç ay önce greve giden işçiler polisin ve yöneticilerin saldırısına uğramıştı) işçileri şimdi yargılanmak için mahkeme önüne sürükleneceğiz. Bu durum Batı ve Doğu Berlin'deki sendika ağalarının işçilere karşı ortaklaşa hareket ettiklerini açıkça ortaya koymaktadır. Yaralanma yüzünden demiryolu polisine karşı açtığım dâva mahkeme tarafından reddedildi.

Biz grevci işçilere şu suçlamalar yönlendirilmektedir: Meskene tecavüz etmek, demiryolu polisine karşı direnişe geçmek, başkalarının şahsına hakaret etmek, trafiği aksatmak, eşyalara zarar vermek vs.

Ben, asıl sanık sandalyasına oturacak olanların; demiryolu polisi ve grev kırıcıları oldukları düşüncesindeyim! Stellwerk'lerin kapılarını parçalayanlar bu kişiler idi (ki, bununla her emekçinin şahsına, baskıya ve haksızlığa karşı mücadele eden her özgürlük savaşçısına hakaret etmiş oluyorlardı.) kırmızı sinyal verildiği halde trenleri önümüzden sürüp götürenler bunlar idi. (nasıl bir felaketin olacağını siz düşünün!) O halde, sanık sandalyasına oturacak olanlar grevci demiryolu işçileri değil, bütün bunları gerçekleştirenlerdir.

Şimdi, hiç utanmadan ve sıkılmadan işçileri burjuva mahkemelerinin önüne sürükleyen revizyonistlerin ne derece ahlaksız olduklarını daha açık bir biçimde anlamış oluyoruz.

Kızıl selamlar
H. W.

("Reichsbahner wegen Streik vor Gericht" RM/Nr. 12, S. 8)



Reich demiryolu işçilerinin grev sırasında yaptıkları bir toplantı